

Die Außenpolitik des deutschen Kaiserreiches zwischen 1871 und 1914:

Dieser Aufsatz ist Herrn Klaus Klott gewidmet, dessen vielfältigen und wunderbaren Anregungen ich eine Erweiterung meines historischen und politologischen Wissens verdanke und ohne dessen Anregungen dieser Aufsatz niemals entstanden wäre.

Einleitung:

Dieser Aufsatz soll die Außenpolitik des Kaiserreiches von 1871 bis 1914 untersuchen und wird der Frage nach dem Anteil Deutschlands am Ausbruch des ersten Weltkrieges anhand neuerer verfügbarer deutscher Fachliteratur nachgehen. Auf die Analyse von Primärquellen wird jedoch verzichtet. In einem ersten Teil wird die Außenpolitik des Kaiserreiches von 1871 bis 1914 Schwerpunkt der Darstellung sein. Ein zweiter Teil untersucht dann die Ursachen des zweiten Weltkrieges, wobei die Darstellung der Juli-Krise 1914 breiten Raum gewidmet werden wird. Im Sinne der politischen Psychologie wird die Juli-Krise von 1914 als Kette von Fehlwahrnehmungen und Fehlkalkulationen der wichtigsten Akteure aufgrund festgefügtter Feindbilder im Sinne eines Sicherheitsdilemmas begriffen.¹ Dabei wird Sicherheitsdilemma im Sinne Snyders definiert als „*situation in which the security of each state requires the insecurity of others*“² Es wird deutlich gemacht werden, dass insbesondere der Abbau von Feindbildern notwendig ist, um zu einer Deeskalation von Konflikten beizutragen. Hierbei wird auf die allgemeine kognitive Psychologie eingegangen, da Akteure nicht unmittelbar auf Handlungen anderer Akteure reagieren, sondern deren Handlungen zunächst interpretieren müssen, um selber aktiv zu werden. Danach kann die Frage beantwortet werden, warum die deutsche Reichsleitung so bemerkenswert kurzfristig und realitätsfern in der Juli-Krise 1914 reagiert hat. Diese Theorien weisen meines Erachtens auch einen ersten Weg dahin, wie der erste Weltkrieg hätte verhindert werden können und wie zukünftige Kriege möglicherweise verhindert werden können.

1. Die Außenpolitik des Deutschen Kaiserreiches 1871 bis 1914:

„Das Streben der deutschen Nation nach Macht und Ansehen nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt hat extrem zugenommen.“³

Zwei Schaubilder zum Bündnissystem 1887 und 1912⁴ ergeben die wachsende Isolation des 1871 neu gegründeten Deutschen Reiches im Verlaufe von nur 25 Jahren. 1887 befand sich Frankreich aufgrund des von Bismarck geschaffenen Bündnissystems in einer isolierten Position. Alle anderen Mächte waren in „Bismarcks Bündnissystem 1887“ durch Beziehungen miteinander verbunden. Deutschland, Italien und Österreich-Ungarn waren

¹ Vgl. Gerd Krell: Weltbilder und Weltordnung. – 2. Aufl. - Baden-Baden: Nomos-Verl., 2003, Kapitel 12: Politisch-psychologische Theorien, Kapitel 1 bis 3, S. 352-367. Vgl. auch: Snyder, Jack L.: Perceptions of the Security Dilemma in 1914 in: Psychology & Deterrence / Robert Jervis, Richard Ned Lebow; Janice Gross Stein. – 2.nd ed. Baltimore; London: The Johns Hopkins Univ. Pr., 1989, S. 153-179. Vgl. auch: Richard Ned Lebow: Kognitive Blockierung und Krisenpolitik: Deutsche Entscheidungsträger im Juli 1914 in: Kriegsursachen / Redaktion: Reiner Steinweg. – Frankfurt am Main: Suhrkamp-Verl., 1987, S. 191-S. 247. Bei der Darstellung der Juli-Krise 1914 greife ich ansonsten auf die Standardwerke von Volker Ullrich, Hans-Ulrich Wehler und Wolfgang J. Mommsen zurück, die mir bis heute die – aus deutscher Sicht – besten neueren Darstellungen zu diesem Thema zu sein scheinen.

² Snyder, a.a.O., S. 155

³ J. J. Ruedorffer: „Grundzüge der Weltpolitik“, zit. nach: Hew Strachan: „Wer war schuld? Wie es zum Ersten Weltkrieg kam“ in: Stephan Burgdorff/Klaus Wiegrefe (Hg): Der 1. Weltkrieg: Die Ur-Katastrophe des 20. Jahrhunderts. – München: Deutsche Verl.-Anst., 2004, S. 240

⁴ Schaubilder in: Evi Ripper/Werner Ripper: Von der Reichsgründung bis zur Oktoberrevolution. - Darmstadt: Studiengemeinschaft Darmstadt, o. J., S. 18 und 37.

durch den sogenannten „Dreibund“ 1882, Deutschland und Russland durch den sogenannten „Rückversicherungsvertrag 1887“ vertraglich miteinander verbunden. Freundschaftliche Beziehungen bestanden 1887 auch zwischen Deutschland und England.

Ganz anders stellte sich die Situation im Jahre 1912 dar. Zwar gab es nicht – wie auf dem Schaubild von 1887 – einen einzelnen isolierten Staat. Allerdings ist zu erkennen, dass Frankreich nicht länger isoliert war, sondern durch die Entente cordiale von 1904 mit England und Russland freundschaftlich verbunden war. Freundschaftliche Beziehungen herrschten nun auch zwischen Italien und Frankreich, die freundschaftlichen Beziehungen Italiens zu Deutschland und Österreich sind – trotz noch bestehendem Dreibund – merklich gelockert. Deutschland – und darauf kommt es an – hat lediglich feste freundschaftliche Beziehungen zu Österreich-Ungarn und keine Rückversicherung mehr mit Russland (nach Kündigung des entsprechenden Vertrages mit Russland nach Bismarcks Sturz 1890). Wenn auch die freundschaftlichen Beziehungen zu Österreich-Ungarn Deutschland vor einer Isolierung vergleichbar derjenigen Frankreichs 1887 bewahrten, so stellt sich doch die Lage für Deutschland sehr viel ungünstiger dar als 1887, da es – de facto – einer Dreierkoalition aus England, Frankreich und Russland gegenübersteht, sich die Beziehungen zu Italien gelockert haben und als „feste Achse“ nur die „freundschaftlichen Beziehungen“ zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn geblieben waren. Durch die freundschaftlichen Beziehungen Italien-Frankreich drohte also ein Verhältnis von 5 Mächten gegen eine (alle gegen Frankreich) aus dem Jahre 1887 in ein Verhältnis 3:2 (Frankreich, Russland, England,) umzuschlagen, wenn England sich endgültig auf Seiten Frankreichs schlagen würde und Italien – wie es dies 1914 tat – neutral bleiben sollte. Die Bündnissysteme hatten sich also 1912 deutlich zuungunsten von Deutschland und Österreich-Ungarn verschlechtert, Deutschland näherte sich – wie besonders nach der „zweiten Marokko-Krise“ 1911 sichtbar wurde – gefährlich der Isolierung. In einem künftigen Kriege musste diese Isolierung sich zuungunsten des militärischen Kräfteverhältnisses auswirken. Wie kam es zu dieser Isolierung des Deutschen Reiches innerhalb von nur 25 Jahren?

Um diese Frage gründlich und ausführlich zu beantworten muss die Außenpolitik des Kaiserreiches detailliert untersucht werden. Immanuel Geiss⁵ hierzu ganz eindeutig festgestellt: „Die hektische und beunruhigende deutsche Außenpolitik konsolidierte nicht nur das französisch-russische Bündnis und die Verständigung zwischen England und Frankreich, sondern trieb auch England zum weltpolitischen Ausgleich mit Russland (1907). Die sogenannte Triple Entente vollendete somit die Isolierung des Reiches, die von deutscher Seite als „Einkreisung“ empfunden wurde. Die herrschende Klasse in Deutschland reagierte auf die Erkenntnis der weltpolitischen Sackgasse und **Isolierung, in die sie sich selbst durch ihre „Weltpolitik“ hineinmanövriert hatte**, mit einer Mischung aus Selbstmitleid („Einkreisung“) und wilder Entschlossenheit, die Sackgasse mit umso härteren Mitteln zu durchbrechen.“ Volker Ullrich bilanziert eine „wachsende außenpolitische Isolierung des Deutschen Reiches (1901-1909)“⁶ und führt dies auf Fehlentscheidungen seit Bismarcks Sturz zurück. Unter Reichskanzler von Bülow, der in seiner Regierungserklärung vom 6. Dezember 1897 für Deutschland „auch unseren Platz an der Sonne“ gefordert hatte⁷, verließ das Deutsche Reich die Bismarcksche „Politik der Sättigkeit“, auf die ich in der nächsten Frage ausführlicher eingehen werde. So sehr sich Deutschland Eintritt in die Weltpolitik in den allgemeinen Trend der Zeit einfügte – so Volker Ullrich, so sei dies von Anfang an mit

⁵ Immanuel Geiss: Deutsche Außenpolitik 1871-1914 in: ders.: Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs. – München: Wien, Hanser, 1978, S. 53-75, hier S. 70. Auf zentrale Aussagen dieses Aufsatzes werde ich in der Betrachtung der wilhelminischen Außenpolitik in der letzten Frage zurückgreifen.

⁶ Volker Ullrich: Die nervöse Großmacht 1871-1918: Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs. – Frankfurt am Main: S. Fischer Verl., 1997, S. 204, im folgenden zit. als: Ullrich

⁷ ebd., S. 193

schweren – ja wie sich zeigen sollte, existenzbedrohlichen – Hypotheken belastet worden. „Mit seinem forcierten Anspruch auf einen „Platz an der Sonne“ kam das Kaiserreich im Grunde zu spät; denn um 1900 war die Aufteilung der Welt schon weitgehend abgeschlossen. Die Folge war, dass der Neuling unter den europäischen Großmächten überall dort, wo er seinen Fuß hinsetzte, auf entgegenstehende Interessen der arrivierten Kolonialmächte, vor allem des britischen Weltreichs, stieß. Das Bewusstsein der Verspätung und das Bedürfnis, Versäumtes überstürzt nachholen zu müssen, verliehen der **wilhelminischen Weltpolitik von Anfang an Züge einer nervösen Unrast**, die für Beunruhigung im Mächtekonkordat sorgte. Hinzu kam, dass das schweifende Streben nach weltpolitischer Präsenz sich kaum auf konkrete koloniale Erwerbungen richtete, sondern eher dem „objektlosen Imperialismus“ im Sinne Joseph Schumpeters entsprach.⁸

Die wilhelminische Weltpolitik – sichtbar spätestens ab 1897 – war zu erklären durch den **„Willen zur Weltgeltung“** (K. Wernecke), „das heißt zu einem den beiden anderen führenden Wirtschaftsnationen, Großbritannien und den Vereinigten Staaten, mindestens ebenbürtigen Weltmachtstatus. **Dieser Anspruch lief, wie die Dinge lagen, auf eine Neugruppierung der Mächtekonstellation zu Deutschlands Gunsten, ja auf eine Revolutionierung des internationalen Systems hinaus.**“⁹

Von Anfang an spielten bei dem Entschluss zur Weltpolitik auch innenpolitische Erwägungen eine wichtige Rolle, ohne dass diesen eine primäre oder gar ausschlaggebende Bedeutung zugesprochen werden sollte. In einer kraftvollen äußeren Politik erkannte Bülow eine Chance, die innenpolitischen Konflikte im Kaiserreich zu entspannen und große Teile des Volkes, vor allem die Mittelschichten, hinter die Parole der „nationalen Sammlung“ zu scharen. In diesem Sinne schrieb er Ende Dezember 1897 an den einflussreichen Berater Kaiser Wilhelms II., Philipp Graf zu Eulenburg: „Ich lege den Hauptakzent auf die auswärtige Politik...Nur eine erfolgreiche äußere Politik kann helfen, versöhnen, beruhigen, sammeln, einigen.“¹⁰

Es bedurfte in der Tat keiner großen Anstrengungen, um die neue außenpolitische Leitvorstellung populär zu machen. Besonders in bürgerlich-akademischen Kreisen hatte die Überzeugung von der Notwendigkeit überseeischer Expansion längst Wurzeln geschlagen. Weltpolitik – so erschien es einer vor Vitalität überschäumenden jungen Generation – war die logische Konsequenz der Reichsgründung und bezeichnete eigentlich erst deren Vollendung. Die Entscheidung zur Weltpolitik entsprang somit nicht einem einsamen Ratschluss Kaiser Wilhelms II. und Bülows, sondern sie wurde getragen von der begeisterten Zustimmung des Bildungsbürgertums, während sich die traditionellen Eliten in Heer und Bürokratie zunächst eher reserviert verhielten.¹¹ Der Kaiser, der ein gutes Gespür für populäre Stimmungen besaß, glaubt sich an die Sitze der Bewegung setzen zu sollen, wobei er das Eintreten für eine entscheiden imperialistische Politik mit einem romantischen Sendungsbewusstsein verquickte. Auf ihn geht die Idee zurück, die seit Ede der neunziger Jahre des zu Ende gehenden 19. Jahrhunderts in das Zentrum der deutschen Politik rückte und das Verhältnis zu England nachhaltig vergiften sollte: die Idee des Baues einer großen deutschen Schlachtflotte. Sie wurde als Instrument und Symbol der deutschen Weltpolitik betrachtet, die nationalen Energien bündeln, von inneren Schwierigkeiten kompensatorisch ablenken und die überkommene Macht- und Herrschaftsordnung zementieren helfen. Insofern war die Schlachtfloottenpolitik „immer auch Innen- und Gesellschaftspolitik.“¹² Die Gelegenheit zu einer Verständigung mit England, welches durch den britischen Kolonialminister Joseph

⁸ ebd., S. 194

⁹ ebd., S. 195

¹⁰ ebd.

¹¹ ebd., S. 196. Vgl. auch: Wolfgang J. Mommsen: War der Kaiser an allem schuld? Wilhelm II. und die preußisch-deutschen Machteliten. – München: Ullstein, 2002.

Chamberlain 1898 unterbreitet wurde, wurde von der deutschen Führung ebenso abgelehnt wie ein erneuter britischer Versuch durch den britischen Kriegsminister Lord Haldane im Jahre 1912 (vgl. GAB03, Kapitel 4.5, S. 36). Wilhelm II. wollte eine „**Politik der freien Hand**“ durchsetzen. Diese Wende bestand darin, „**dass Deutschland die Bahn der vorsichtigen europäischen Sicherheitspolitik verließ und zur weltpolitischen Bewegung übergang**“¹³. Noch im Jahre 1902 erklärte Friedrich von Holstein, bis zu seiner Verabschiedung 1906 die „graue Eminenz“ im Auswärtigen Amt: „Für uns liegt...kein Grund vor, die Politik der freien Hand aufzugeben.“¹⁴ Dies geschah zu einer Zeit, in der sich die außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten des Deutschen Reiches bereits deutlich verschlechtert hatten. Italien machte Anstalten, sich den Verpflichtungen des Dreibundvertrages zu entziehen. In bilateralen Verhandlungen einigte es sich 1900 mit Frankreich über eine Abgrenzung der kolonialen Interessensphären in Nordafrika und verpflichtete sich „zu strikter Neutralität, wenn Frankreich zur Verteidigung seiner Ehre oder seiner Sicherheit als Folge einer direkten Provokation die Initiative zu einer Kriegserklärung ergreift“¹⁵. Diese Abmachung verstieß zwar gegen Geist und Intention des Dreibundvertrages, zeigte aber die wachsende Isolation Deutschlands auf. Auf der anderen Seite begann Großbritannien, nachdem ihm das Deutsche Reich die kalte Schulter gezeigt hatte, sich nach anderen Allianzpartnern umzusehen. Mit Frankreich wurde am 8. April 1904 die Entente Cordiale abgeschlossen, was in Deutschland zu einem „bösen Erwachen“ (Volker Ullrich) führte. „Auf dem Auswärtigen Amte herrscht tiefe Niedergeschlagenheit über das französisch-englische Abkommen betreffs Marokko, eine der schlimmsten Niederlagen der deutschen Politik seit dem (französisch-russischen) Zweibunde“, notierte die Baronin Spitzemberg in ihrem Tagebuch.¹⁶ **Friedrich von Holstein klagte, Deutschland sei nun „außer Stande, irgendwelche überseeischen Erwerbungen zu machen.“ Sein Prestige sei „in den letzten Jahren gesunken, während unsere Gegner und Rivalen einen Ring zu bilden im Begriff sind.“**¹⁷

Tatsächlich hatte die Mächtekonstellation sich dramatisch zu Deutschlands Ungunsten verändert. Wider Erwarten hatten die alten Rivalen England und Frankreich einen Ausgleich ihrer kolonialen Differenzen gefunden: Frankreich erkannte die englische Vorherrschaft in Ägypten uneingeschränkt an; dafür gab Großbritannien Frankreich nunmehr freie Hand in Marokko. Obwohl das Kolonialabkommen sich nicht direkt gegen eine andere Macht richtete, war es doch unverkennbar in eine weitergehende Bündnisperspektive eingebettet, die auf eine politische Isolierung des Deutschen Reiches zielte. Der französische Außenminister Delcassé erklärte somit auch zwei Monate vor Abschluss der Entente, eine Verständigung über die kolonialen Probleme werde eine politische Allianz mit England nach sich ziehen: „Wenn wir uns gleichzeitig auf Russland und England stützen könnten, wie stark würden wir Deutschland gegenüber dastehen!“¹⁸

Durch den russisch-japanischen Krieg 1904/05 schien sich die internationale Lage vorübergehend noch einmal zu Deutschlands Gunsten zu wenden. Das Zarenreich erlitt Niederlage auf Niederlage und sah sich bald schweren innenpolitischen Erschütterungen ausgesetzt. Für die deutsche Außenpolitik bedeutete diese Entwicklung zwar zunächst eine

¹² Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 3. – München, Beck, 1995, S. 1131, zit. nach: Ullrich, a.a.O., S. 197/198

¹³ GAB03, S. 31

¹⁴ zit. nach: Ullrich, a.a.O., S. 204

¹⁵ ebd. Daraus erklärt sich auch das Schaubild des Bündnissystems von 1912: Zwischen Frankreich und Italien bestehen dort aufgrund dieser Tatsache „freundschaftliche Beziehungen“

¹⁶ hier zit. nach: Ullrich, a.a.O., S. 205

¹⁷ Friedrich von Holstein, zit. nach: Ullrich, ebd.

¹⁸ Dulcassé zit. nach: ebd., S. 206

spürbare Entlastung, da die Gefahr eines Zweifrontenkrieges vorerst gebannt schien. Ein Kontinentalbündnis mit Russland, welches Wilhelm II. und Bülow im Sommer 1905 anstrebten, scheiterte jedoch, da Zar Nikolaus II. einen Rückzieher machte: die Beziehungen zu Frankreich gingen vor.¹⁹ Der Anfang Juli 1905 von Wilhelm II. und Nikolaus II. geschlossene sogenannte Björkovertrag blieb eine Totgeburt; der Zar rückte auf Drängen seiner Ratgeber bald von der geschlossenen Vereinbarung wieder ab. Russland dachte gar nicht daran, sich durch die deutsche Initiative zur Überwindung seiner absehbaren Isolation sich in einen Gegensatz zu Frankreich manövrieren zu lassen.

Deutlich wurde dies auch auf der Marokkokonferenz, die von Januar bis April 1906 im südspanischen Algeciras tagte. Die russische Delegation stellte sich im entscheidenden Moment hinter den französischen Standpunkt, ebenso wie die Delegationen Englands, der USA, ja selbst Italiens. Nicht, wie erwartet, Frankreich, sondern das Deutsche Reich sah sich isoliert. Es konnte sich nur noch auf die Unterstützung Österreich-Ungarns verlassen (wie im 2. Schaubild: Bündnissysteme 1912 ja ebenfalls deutlich wird). Am Ende wurde zwar die Souveränität Marokkos formell bekräftigt, doch zugleich erhielt Frankreich eine Sonderstellung, die ihm weiterhin die friedliche Durchdringung des Landes gestattete.

Die Konferenz von Algeciras bedeutete eine schwere diplomatische Niederlage des Deutschen Reiches. Der Versuch, durch eine kurzsichtige Drohpolitik Frankreich in die Enge zu treiben, war gescheitert. Die Bande zwischen den Entetepartnern festigten sich. Ende 1905 begannen Beratungen zwischen französischen und britischen Militärs über eine Zusammenarbeit beider Mächte im Kriegsfall. **Besorgt registrierte er neue Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Heinrich von Tschirschky, noch während der Algeciras-Konferenz im März 1906, dass „sich wenig auffällig, aber unverkennbar das Netz einer Koalition um Deutschland gezogen“ habe.**²⁰ Das Wort von der „Einkreisung“ tauchte auf und begann sich im politischen Vokabular der wilhelminischen Politiker einzunisten. Er warnte vor einer Politik, erklärte Bülow im November 1906 im Reichstag, „die darauf ausginge, Deutschland einzukreisen, einen Kreis von Mächten um Deutschland zu bilden, um es zu isolieren und lahmzulegen.“ **Doch was so lautstark als finstere Machenschaften missgünstiger Nachbarn angeprangert wurde, war hausgemacht, provoziert durch die eigene prestigeesüchtige Welt- und Flottenpolitik, war „selbstverursachte Auskreisung“**²¹ Klaus Hildebrand bilanziert bitter: „Die sich inzwischen auftürmenden Lasten der wilhelminischen Weltpolitik trugen so nachhaltig zur Verschlechterung der Lage bei, dass am Ende nur das Scheitern übrig blieb.“²² So wurde das Verhältnis mit England durch die forcierte Flottenrüstung weiter verschärft – und entschärfte zugleich die Gegensätze zwischen England und Russland. Am 31. August 1907 geschah, was die deutsche Politik für ausgeschlossen gehalten hatte: Großbritannien und das Zarenreich verständigten sich in einem Abkommen über die Abgrenzung ihrer Interessenssphären im Nahen Osten und in Asien. In Berlin sorgte die Nachricht für Aufregung: sie gab der ohnehin grassierenden Einkreisungsfurcht neue Nahrung. Mit der russisch-britischen Konvention von 1907 hatte sich die Entente cordiale zur Triple-Entente erweitert (wie das Bündnissystem von 1912 auch dokumentiert). **Die deutsche Weltpolitik stand vor einem Scherbenhaufen; der Politik der**

¹⁹ Ullrich, a.a.O., S. 207

²⁰ Tschirschky, zit. nach: ebd., S. 208

²¹ Ullrich, a.a.O., S. 208. Der Begriff „selbstverursachte Auskreisung“ wird von Ullrich aus dem Werk von Klaus Hildebrand: „Das vergangene Reich: Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler“. – Stuttgart, 1995, S. 233 zitiert. Auch Michael Stürmer bilanziert: „Was den Deutschen seit 1905 zum Trauma der Einkreisung wurde, war in Wahrheit das Verhängnis ihrer eigenen Überhebung“ (Michael Stürmer: Das ruhelose Reich: Deutschland 1866-1918. – Berlin: Siedler-Verl., 1983, S. 327, hier zit. nach Ullrich, a.a.O., S. 208, Fußnote 50.

²² Ich zitiere aus der Taschenbuchausgabe von dem oben genannten Titel von Klaus Hildebrand: Das vergangene Reich. – Berlin: Ullstein, 1999, S. 246

freien Hand war der Boden entzogen. Die Folge war, dass sich das Deutsche Reich mehr denn je auf Österreich-Ungarn als den einzig verbliebenen verlässlichen Bündnispartner angewiesen sah. „Treues Zusammenstehen mit Österreich-Ungarn“, bekräftigte Bülow im Sommer 1908, müsse der „oberste Grundsatz der deutschen auswärtigen Politik bleiben.“²³ Diese Feststellung Bülows führte dazu, dass sich das Deutsche Reich in der sogenannten Bosnischen Annexionskrise von 1908/09 vorbehaltlos hinter Österreich-Ungarn stellte, als Spannungen auf dem Balkan, ausgelöst durch einen Machtwechsel in Konstantinopel, zur Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn führte. Das Zarenreich, das sich seit der Niederlage im russisch-japanischen Krieg wieder stärker dem Balkan zugewandt hatte, fühlte sich durch die einseitige Verletzung des Berliner Vertrages von 1878 (bei der Bismarck als „ehrlicher Makler“ aufgetreten war, was dennoch nicht verhinderte, dass sich das von den Ergebnissen der Konferenz enttäuschte Russland, welches Bismarck als „Vermittler“ dafür verantwortlich machte, von diesem Zeitpunkt an an Frankreich annäherte (ich komme darauf in Frage 3 zurück)) durch Österreich-Ungarn herausgefordert und drohte mit militärischen Gegenmaßnahmen. Der Konflikt eskalierte rasch „zu einer schweren europäischen Krise, die in mancher Hinsicht die mächtropolitische Konstellation vorwegnahm, die im Juli 1914 zum Ausbruch des ersten Weltkrieges führen sollte.“²⁴

Die deutsche Regierung tat nichts, um beruhigend und mäßigend auf Wien einzuwirken. Im Gegenteil: Sie gab dem Bündnispartner am 30. September 1908 einen Blankoscheck für eine aktive Verfolgung seiner Balkanpolitik, auch gegenüber den Serben. Dahinter stand zweifellos die Absicht, die Krise um Bosnien-Herzegowina für eine Kraftprobe mit der Triple-Entente zu nutzen, und diese, wenn, möglich, auseinander zu bringen. Für dieses Ziel nahm Bülow bewusst das Risiko eines europäischen Krieges in Kauf. Doch Russland wich, anders als in der Julikrise 1914, vor der Kriegsdrohung zurück, weil es sich nach der Niederlage gegen Japan militärisch noch nicht wieder stark genug fühlte. Es musste die Annexion von Bosnien-Herzegowina durch Österreich-Ungarn anerkennen. Das war eine schwere diplomatische Demütigung des Zarenreiches und ein Prestigeerfolg für Österreich-Ungarn, der allerdings teuer erkaufte war. Denn statt, wie erhofft, den „Einkreisungsring“ zu sprengen, schweißte ihn die deutsche Politik erst richtig zusammen. Die Triple-Entente festigte sich zur Triple-Allianz.²⁵ Deutschland tat nichts, um diese Allianz zu sprengen. Im Gegenteil: die sogenannte zweite Marokko-Krise im Jahre 1911 machte die Isolierung der deutschen Regierung gefährlich deutlich. Die von dem Staatssekretär des Äußeren, Kiderlen-Wächter, im Jahre 1911 verfolgte „provokative Politik“ (Volker Ullrich) in dieser zweiten Marokko-Krise verdeutlichte in gefährlichem Maße die Isolation der deutschen Regierung und die Politik der „Illusionen“ (Fritz Fischer²⁶), die die deutsche Reichsregierung in gefährlicher Ausblendung der Realität verfolgte. **Nachdem der letzte Versuch eines Ausgleiches der Interessengegensätze mit England**, die insbesondere aufgrund des bereits erwähnten Aufbaus einer großen deutschen Schlachtflotte, die von England als Bedrohung seiner maritimen Vormachtstellung betrachtet wurde²⁷, entstanden waren, – die oben angesprochenen Haldane-Mission von 1912 – aufgrund der Unnachgiebigkeit der deutschen Seite, die ein Neutralitätsabkommen mit Großbritannien gegen geringfügige Konzessionen auf dem Gebiet des Flottenbaus forderte, was die britische Regierung ablehnte, **gescheitert war, war für lange Zeit die Chance vertan, die Isolierung der deutschen Politik, wie sie im Schaubild der Bündnisse 1912 deutlich wird, umzukehren.** Im Gegenteil: Die

²³ Ullrich, a.a.O., S. 210

²⁴ Wolfgang J. Mommsen: Bürgerstolz und Weltmachtstreben. – Berlin: Propyläen-Verl., 1995, S. 362, hier zit. nach: Ullrich, a.a.O., S. 210

²⁵ Ullrich, a.a.O., S. 211

²⁶ Fritz Fischer: Krieg der Illusionen: Die deutsche Politik von 1911-1914. – Unveränd. Nachdr. d. 2. Aufl., 1970. – Düsseldorf: Droste, 1998

²⁷ vgl. etwa Ullrich, a.a.O., S. 196/197

Präzisierung der Kriegsbereitschaft zu einem förmlichen Kriegsende erfolgte nach dem Scheitern der Haldane-Mission. Anfang Dezember 1912 warnte England Das Deutsche Reich davor, dass es im Falle einer militärischen Intervention Österreich-Ungarns gegen Serbien mit anschließendem Eingreifen Russlands, Deutschlands und Frankreichs nicht neutral bleiben werde.²⁸ Daraufhin geriet Wilhelm II. so in Rage, dass er am 8. Dezember 1912 hinter dem Rücken des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Äußeren seine engsten militärischen Berater zu einer Krisensitzung zusammentrommelte: in dieser Beratung vom 8. Dezember 1912, unter Vorsitz des Kaisers (aber Ausschaltung des – eher friedensbereiten – Reichskanzlers Bethmann-Hollweg, dem Nachfolger Bülow) erfolgte die „Präzisierung der Kriegsbereitschaft zum Kriegsende“²⁹. Nur der Zeitpunkt sei noch einmal verschoben worden, um das deutsche Volk psychologisch noch besser auf den Waffengang vorzubereiten³⁰. Auch wenn der „Kriegsrat“ keine unmittelbaren Auswirkungen hatte³¹, so war doch mit dem Scheitern der Haldane-Mission und der Beratung des „Kriegsrats“ vom 8. Dezember 1912 deutlich geworden, dass die Zeit des Friedens, des friedlichen Interessenausgleiches der Mächte, seinem Ende entgegenging. Nochmals: **Die Haldane-Mission war die letzte Chance, die bündnispolitischen „Fronten“ – Frankreich, Russland, England auf der einen Seite gegen Deutschland und Österreich-Ungarn andererseits – aufzubrechen. Sie wurde verspielt.** So ist es kein Zufall, dass der Wiederholung der „bosnischen Annexionskrise“ von 1909, der Juli-Krise 1914, der Ausbruch der „Ur-Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ (George F. Kennan), des Ersten Weltkrieges erfolgte, der – so Wolfgang J. Mommsen – der „Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters“ bedeutete³²: Wie konnte es dazu kommen? Woran scheiterte Bismarcks „Politik der Saturiertheit“? Wie ist dieser Wandel von der Politik der Friedenssicherung und des Maßhaltens zu einer „Politik der Illusionen“ historisch erklärbar?

Wolfgang J. Mommsen hat in einem bemerkenswerten Aufsatz³³ die Auffassung vertreten, dass eine Vielfalt von **strukturellen Ursachen** – etwa eine **Kriegsmentalität**, das **Weltmachtstreben**, aber auch die **innere Verfasstheit des wilhelminischen Kaiserreiches**, sowie das **ungeklärte Kompetenzverhältnis zwischen der Politik und dem Militär** – dafür verantwortlich seien, dass die deutschen Handlungsspielräume 1914, sei es subjektiv, sei es objektiv, eingeschränkt waren. Auch wirtschaftliche Gegebenheiten, etwa der „Zwang zum Export“, der sich aus dem Wandel vom Agrarstaat zum Industriestaat ergab³⁴ ausgelöst durch den wirtschaftlichen Wandel vom Agrarstaat zum Industriestaat zwischen 1871 und 1914³⁵,

²⁸ Geiss, a.a.O., S. 73

²⁹ ebd., S. 72. Er folgt damit der Argumentation Fritz Fischers, vgl. Fußnote 22

³⁰ Ullrich, a.a.O., S. 234. Vgl. dazu auch Fritz Fischer, a.a.O., Kapitel: „Der vertagte Krieg“, Kapitel 1: Die Entscheidungen am Jahresende 1912, a.a.O., S. 241: „Der nun auch von ihm (Bethmann-Hollweg, B.N.) als unvermeidlich angesehene Krieg sollte in der augenblicklichen Balkan-Krise nicht ausgelöst werden, weil die politische und militärische Lage des deutschen Reiches nach seinem Urteil noch nicht hinreichend dafür vorbereitet war. Bethmann Hollweg übernahm jetzt die Aufgabe, im Reichstag eine große Heeresvorlage durchzubringen, die Nation psychologisch auf den Krieg vorzubereiten...“

³¹ Ullrich, a.a.O., S. 234. Er zitiert Historiker, die die Bedeutung dieses Kriegsrates vom Dezember 1912 in ihrer Bedeutung relativieren, ebd. Fußnote 35

³² Wolfgang J. Mommsen: Der Erste Weltkrieg: Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters. – Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verl., 2004.

³³ Wolfgang J. Mommsen: Der Topos vom unvermeidlichen Krieg: Außenpolitik und Öffentliche Meinung im Deutschen Reich im letzten Jahrzehnt vor 1914 in: Wolfgang J. Mommsen: Der autoritäre Nationalstaat: Verfassung, Gesellschaft und Kultur im deutschen Kaiserreich. – Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1990, S. 380-406

³⁴ Fritz Fischer, a.a.O., Kapitel 1. Zeitweise hat Hans-Ulrich Wehler in Anlehnung an Rudolf Hilferding von „**organisiertem Kapitalismus**“ gesprochen, etwa in seiner ersten Publikation vom Kaiserreich. In Band 3 seiner „Deutschen Gesellschaftsgeschichte“ konstatiert er jedoch, dass dieses Interpretationsmodell sich als vielfach unbefriedigend und nicht schlüssig erwiesen habe (Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte Band 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges“. – München: Beck, 1995, S. 663 ff.

³⁵ beispielhaft siehe Ullrich, a.a.O., Kapitel: Vom Agrar- zum Industriestaat, S. 127-142

imperialistische Ziele, wie sie etwa der „Alldeutsche Verband“³⁶ propagierte, Nationalismus und die Militarisierung der Gesellschaft³⁷ bzw. etwas einschränkend - zumindest der wachsende Stellenwert des Militärischen in der wilhelminischen Gesellschaft, wie sie etwa Zuckmayers: „Hauptmann von Köpenick“ – nach einem wahren Vorfall – dokumentiert worden ist, sind hier zu nennen. Die halbkonstitutionelle Verfassung des Kaiserreiches mit ihrem Verzicht auf konsequente Parlamentarisierung nach klassischem, also englischem Vorbild³⁸ mit einer „imperialen Kaiseridee“ unter Wilhelm II.³⁹, dessen „unverblümter Herrschaftsanspruch“ (Volker Ullrich) nach seiner Thronbesteigung Befremden und Kritik, etwa des Vorsitzenden der Fortschrittspartei, Eugen Richter, hervorrief⁴⁰, gehören ebenfalls zu diesem Ursachenbündel.

Nun kann es nicht Aufgabe dieser Arbeit sein, alle diese Aspekte auszuführen. Sie sollten hier nur stichwortartig angedeutet werden. Die Punkte: Wirtschaftliche Expansion, Heereserweiterung, das „Dilemma des neuen Deutschen Staates“, Bismarcks Politik der Sättigung, das Scheitern des Bismarckschen Bündnissystems und - kurz stichwortartig, da in Frage 2 schon behandelt – die Außenpolitik unter Wilhelm II. werden jetzt beispielhaft von mir herausgearbeitet werden. Schwerpunktmäßig liegt die Betrachtung – wie bei Frage 2 – allerdings auf der Außenpolitik. Die oben genannten weiteren Ursachen müssen jedoch für eine vollständige Analyse mitberücksichtigt werden. Ohne sie ist der Wandel der „Politik der Sättigung“ des Bismarckschen Reiches zur Politik der „nervösen Großmacht“ (Ullrich) nicht erklärbar. Auch müssen Innen-, Außen- und Gesellschaftspolitik – im Sinne der obigen Äußerung Wehlers⁴¹ immer im wechselseitigen Zusammenhang gesehen und dürfen nicht getrennt betrachtet werden. Wichtig ist daher, dass es eine monokausale befriedigende Erklärung, wie die oben geschilderten Ereignisse „historisch erklärbar“ sind, daher nicht gibt. Auch meine Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sie kann Entwicklungen auf kurzem Raum lediglich anreißen.

A: Voraussetzungen des deutschen Weltmachtstrebens nach 1890:

Das deutsche Weltmachtstreben nach 1890 ruhte auf zwei Säulen: der rasch wachsenden Wirtschaftskraft des Landes und dem Ausbau des Militärpotentials zu Lande und zu Wasser⁴²

1.) Die Wirtschaftliche Expansion des deutschen Reiches:

„Um die Führung im Welthandel kämpfen miteinander die drei germanischen Völker und Frankreich. Diese Wettbewerber haben vieles vor uns voraus! England fundiert seinen Export im wesentlichen mit auf seinem gewaltigen Kolonialbesitz, ohne den es in den Ziffern der Ausfuhr längst von Deutschland überholt worden wäre. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben die gewaltige Konsumkraft dieses großen Staatenkomplexes und seiner 90 Millionen Einwohner als Untergrund ihres Exports für sich; sie können auf dem Weltmarkt vielfach unterbieten, weil ihnen die Grundlage des inneren Bedarfs dauernd die Möglichkeit der gewaltigen Weiterentwicklung ihrer Industrie darbietet. Frankreich, das allerdings eines

³⁶ zu Programm und Radikalität des „Alldeutschen Verbandes“ vgl. Ullrich, a.a.O., S. 380-383

³⁷ vgl. Kapitel: „Die Radikalisierung des Nationalismus und der Aufstieg der Agitationsverbände“ in: Volker Ullrich, a.a.O., S. 376-404

³⁸ so korrekt Klaus Hildebrand: Das vergangene Reich, a.a.O., S. 23

³⁹ ebd., S. 378

⁴⁰ ebd., S. 148. Richter erklärte: „Deutschland ist ein Monarch konstitutionelles Land, aber nach dem Programm: sic volo, sic iubeo – regis voluntas suprema lex mag man vielleicht in Russland noch eine Zeit regieren können, das deutsche Volk lässt sich auf die Dauer nicht danach regieren“ (ebd.)

⁴¹ vgl. Fußnote 8

⁴² so völlig korrekt: Manfred Görtemaker: Deutschland im 19. Jahrhundert: Entwicklungslinien. – Opladen: Leske + Budrich, 1989, S. 359

Bevölkerungszuwachses entbehrt, ist andererseits als Land der Rentner in der Lage, durch die Gewährung von Anleihen an andere Staaten die Berücksichtigung der französischen Industrie bei staatlichen Lieferungen in großem Maße zu erzwingen...während Deutschland, dessen wachsende wirtschaftliche Prosperität vollkommen im eigenen Bedarf der Industrie aufgeht, gerade in der Gegenwart davon absehen muss, sich in dieser Beziehung zu weit zu engagieren.“⁴³

Mit diesen Worten umriss 1913 Gustav Stresemann Anspruch und Dilemma des Wilhelminischen Deutschland, das sich seit den neunziger Jahren, den Tagen der Handelsvertragspolitik Caprivis und der Weltpolitik Bülow's, aus dem geschlossenen Agrarstaat der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts zu dem imperialen Industriestaat neudeutscher Prägung des Jahres 1913 gewandelt hatte. Das Selbstbewusstsein und der Machtanspruch Deutschlands konnten sich auf imponierende Zahlen gründen, die der deutsche Staatssekretär des Innern, Clemens von Delbrück, im Januar 1914 vor den Parlamentariern des Deutschen Reichstages ausbreitete: im Jahre 1880 hatte die deutsche Einfuhr 28,88, im Jahre 1912 10,69 Milliarden Mark betragen, die Ausfuhr war im gleichen Zeitraum von 9,2 auf 8,96 gestiegen. 1913 betrug sie 10,080 Milliarden Mark. Ein Vergleich mit Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten zeige, dass Deutschland in seinem Gesamthandel noch im Jahre 1891 mit Frankreich und den Vereinigten Staaten auf einer Stufe gestanden habe, von Großbritannien jedoch noch um 75 Prozent übertroffen worden sei. Heute habe Deutschland die beiden zuerst genannten Länder weit überflügelt und sei dem britischen Gesamthandel nahegerückt, denn dieser übertreffe den französischen um 92 Prozent, den amerikanischen um 44 Prozent und den deutschen nur noch um 16 Prozent. Das gleiche Bild zeige sich auf dem inneren Markt: „Ein Bild für die innere Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse bietet die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktionen, die Steigerung der berg- und hüttenmännischen Produktionen, insbesondere von Kohle und Eisen, und die Zunahmen auf dem Gebiete des Verkehrswesens, bei Eisenbahnen, Post, Telegraphie, Telephon, Schifffahrt, Kapitalsentwicklung u. dergl. mehr.“

Das deutsche Dilemma – Kapitalmangel wegen steigender Produktionsziffern – klammerte der Staatssekretär des Innern aus: was Stresemann...nicht unterschlagen wollte, bemäntelte die Regierung im Zeichen des 25jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers mit Optimismus. Tatsächlich hatte sich das Gesicht Deutschlands in wenigen Jahrzehnten wesentlich verändert; der Anspruch der „jungen“ Weltmacht Deutschland gründete sich auf die dynamische Entwicklung seiner Bevölkerungszahl und seiner Produktionsziffern.“⁴⁴ Deutschland steigerte seine Bevölkerungszahl zwischen 1871 von 41 Millionen auf 66 Millionen, während in Frankreich die Bevölkerungszahl – ähnlich wie in England – stagnierte bzw. nur gering anstieg (Frankreich: von 38 Millionen 1870 auf 40 Millionen 1915, England von 26 Millionen 1870 auf 40 Millionen 1910).⁴⁵ Grundlage des wirtschaftlichen Aufschwungs war der ineinanderverwobene und verflochtene Ausbau der Grobeisen-, Stahl- und Bergbauindustrie. Angekurbelt durch die 5 Milliarden Mark französischer Kriegsschädigung nach dem Krieg 1870/71, durch Rüstungsaufträge und durch den verkehrswirtschaftlichen Ausbau des Deutschen Reiches und Europas konnte die deutsche Kohleförderung zwischen 1870 und 1914 verachtfacht werden, während England die seine nur noch verdoppelte. Dieser Zuwachs wurde nur von den Vereinigten Staaten überboten. Die Steigerung der Kohleproduktion (Stein- und Braunkohle) betrug zwischen 1886 und 1911 218,1% (von 73,7 Millionen Tonnen 1886 auf 234,5 Millionen Tonnen 1911). Die Eisen- und Stahlproduktion wurde intensiviert:

⁴³ Gustav Stresemann: Handel und Industrie, in: Das Jahr 1913: Ein Gesamtbild der Kulturentwicklung, hrsg. D. Sarason, Leipzig/Berlin, 1913, S. 200 f., hier zit. nach: Fritz Fischer, a.a.O., S. 17

⁴⁴ Fritz Fischer, a.a.O., S. 18

⁴⁵ Zahlen ebd.

Die deutsche Roheisenerzeugung stieg von 4,02 Millionen Tonnen 1887 auf 19,29 Millionen Tonnen 1913, eine Zunahme um 480%, die nur noch mit der Steigerung in den USA um 368% vergleichbar war. Damit wurde Deutschland freilich immer abhängiger von der Rohstoffzufuhr (Eisenerz- und Stahlveredler wie Mangan). Parallel zu diesem Aufschwung der Kohle- und Stahlproduktion ging ihre Monopolisierung und Vertrustung vor sich. Bei der Entwicklung der Stahlproduktion lag Deutschland 1910 hinter den USA auf Platz 2. Zu diesem Aufschwung der Schwerindustrie und der stark expandierenden Maschinenbauindustrie gesellten sich die neuen „jungen“ Industrien, die chemische, Elektro- und die optische Industrie.⁴⁶ Auch das Bankwesen nahm einen gewaltigen Aufschwung.⁴⁷ Die Hochindustrialisierung führte zu wachsenden gesellschaftlichen Spannungen, da sie zu „unentrinnbaren Fluktuationen zwischen (Hoch-)Konjunktur und Krisen führten“, die als langjährige Depressions- und Wachstumsphasen von der Bevölkerung empfunden wurden. Außerdem wurden die sozialen Spannungen durch eine ungerechte Vermögensverteilung als Folge der Hochindustrialisierung und der wachsenden Rüstungsausgaben verstärkt spürbar.⁴⁸ Hinzu kam, dass insbesondere diese unteren Einkommensschichten die Lasten der immer stärkeren Rüstungsausgaben zu tragen hatten. Die weiter unten ausführlich geschilderte wilhelminische „Weltpolitik“ führte spätestens 1909 zum Offenbarungseid: die Rüstungsausgaben mussten reduziert, die Lasten auf breitere Schultern verteilt werden, die besitzenden Einkommen ebenfalls an deren Finanzierung beteiligt werden, um diese kostspielige Politik zu finanzieren.⁴⁹

⁴⁶ Fischer, a.a.O., S. 20

⁴⁷ ebd.

⁴⁸ vgl. Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte Band 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges, a.a.O., S. 547 ff. Insbesondere in industriellen Abschwungphasen wurden radikale Lohnkürzungen vorgenommen, vgl. ebd. S. 560-565. Dies führte zu einer wachsenden Fixierung auf den Export. Die gesellschaftlichen Spannungen wurden durch die ungerechte Vermögensverteilung weiter angefacht. Vgl. hierzu auch: Hans-Ulrich Wehler: Das deutsche Kaiserreich. – 7. Aufl. – Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 146/47: „Ungeachtet aller statistischen Ungenauigkeiten im einzelnen lässt sich doch ein durchgehender Grundzug bei der Verteilung des Volkseinkommens herauschälen: Die „Disparität in der Entwicklung der Einkommensverteilung“ bildete das Ergebnis einer zunehmenden Ungleichheit „zugunsten der höheren und höchsten Einkommen, was jeweils in en Perioden des konjunkturellen Aufschwungs besonders deutlich in Erscheinung trat.“ So lässt sich anhand der vorgelegten Zahlen erkennen, „dass sich der Anteil der Industriearbeiterschaft am Volkseinkommen von 1870 bis 1900 um 55 Prozent verringerte, obwohl bis zur Jahrhundertwende ein Drittel der reichsdeutschen Bevölkerung in der Industrie tätig war...Wenn man sich die angeführten Zahlen vergegenwärtigt und dazu ins Gedächtnis ruft, dass die Reallöhne der Arbeiter- und unteren Angestelltenschaft – durchweg ihre einzige Einkommensquelle – vom Ende der 80er Jahre bis 1914 im Jahresdurchschnitt um nicht mehr als 1 Prozent anwachsen, während das Volkseinkommen von etwa 18 auf 50 Mrd. M. anstieg, dann gewinnt man einen Eindruck davon, wie die „Gesetze des Marktes“ auf dem Magnetfeld der Einkommensverteilung und Vermögensbildung die Elemente extrem einseitig in eine Richtung wandern ließen und dort zusammenballten.“ (ebd., S. 148/49).

⁴⁹ So ist es bezeichnend, dass Reichskanzler Bülow nicht unmittelbar über die sogenannte Daily-Telegraph-Affäre stürzte, sondern über die Reichsfinanzreform, die 1908 dramatische Formen annahm: „Schon lange konnten die steigenden Ausgaben des Reiches, vor allem für Heeresrüstung und Schlachtflottenbau, nicht aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden. Die Folge war eine – auch für damalige Verhältnisse – rasant ansteigende Staatsverschuldung...1908 hatte die Verschuldung ein Ausmaß erreicht, das eine Lösung dringend erforderlich machte. Um das Defizit zu decken, brauchte das Reich 500 Millionen Mark zusätzlicher Steuereinnahmen pro Jahr. Nach der Regierungsvorlage, die Ende 1908 dem Reichstag zugeleitet wurde, sollten davon vier Fünftel durch Erhöhung der Konsumsteuern (auf Bier, Schnaps, Tabak etc.) und ein Fünftel durch eine Ausdehnung der (1906 als erste direkte Besitzsteuer eingeführten) Erbschaftssteuer auf Ehegatten und Kinder aufgebracht werden. Der Löwenanteil der neuen Abgaben sollte also wiederum von den Verbrauchern getragen werden. Dennoch liefen die Konservativen gegen die geplante erweiterte Erbschaftssteuer Sturm...Am 24. März 1909 teilte der Vorsitzende der deutsch-konservativen Reichstagsfraktion, Oskar von Normann, dem national-liberalen Fraktionsführer Ernst Bassermann mit, dass seine Partei entschlossen sei, die Erbschaftssteuer im Reichstag zu Fall zu bringen. Das bedeutete faktisch die Aufkündigung des Blocks...Vergeblich versuchte Bülow, die Konservativen doch noch umzustimmen...Am 24. Juni 1909 wurde der entscheidende Passus des Erbschaftssteuergesetzes im Reichstag abgelehnt. Zwei Tage später bat Bülow um seine Entlassung. Er hatte sein politisches Schicksal mit dem Erfolg der Reichsfinanzreform verknüpft...Um den Eindruck zu vermeiden,

Im Jahre 1888, zur Zeit des Regierungsantritts Wilhelms II., war die wirtschaftliche Situation in Deutschland unbefriedigend: die Auswirkungen der großen Depression des Jahres 1873 bestimmten noch die wirtschaftliche Situation und dämpften die Unternehmungslust von Handel und Industrie. Zwar hatte sich im Schutz der Zölle seit 1879 in den achtziger Jahren ein innerbetrieblicher Ausbau und eine allgemeine Konzentrationsbewegung vollzogen und gleichzeitig sich das Bedürfnis der Exportindustrie auf den freien und ungehinderten Zugang auf den Weltmarkt gesteigert. Eine Neuorientierung der Handelspolitik war aber durch das ständige Unterstützungsbedürfnis der Agrarier verhindert worden. Bismarck hatte diese protektionistische Politik zum Schutz der Agrarier durchgesetzt. Sein Nachfolger, Graf von Caprivi, versuchte, die Bedürfnisse der deutschen Exportwirtschaft zu berücksichtigen⁵⁰ Durch Abschluss einer Reihe von Handelsverträgen suchte er zugleich die mitteleuropäische Machtbasis des Reiches zu stärken. „Klarer als Bismarck hatte der in die Politik verschlagene General erkannt, dass die Zukunft Deutschlands als eines exportorientierten Industriestaates auf Dauer nur gesichert werden konnte, wenn mit dem einseitig die landwirtschaftlichen Interessenten begünstigenden System des Protektionismus gebrochen wurde. Dem Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn im Mai 1891 schlossen sich in rascher Folge Verträge mit der Schweiz, Belgien und Italien an; zwei Jahre später folgten Spanien, Rumänien und Serbien. Innerhalb weniger Jahre war so ein verzweigtes System von Handelsverträgen entstanden, das auf eine Liberalisierung des zwischenstaatlichen Handels zielte und die deutsche Industrie den Zugang zu neuen Märkten eröffnete.⁵¹

Zweifelloso entsprang Caprivis offensive Handelsvertragspolitik nicht nur wirtschaftspolitischen, sondern auch machtpolitischen Überlegungen. Durch Schaffung eines von Deutschland dominierten mitteleuropäischen Wirtschaftsraums wollte er die Machtstellung des Deutschen Reiches langfristig sichern und ihm kraft seines ökonomischen Potentials zu einer Art friedlicher Hegemonie in Europa verhelfen. Während er sich allerdings hütete, dieses Ziel öffentlich kundzutun, vielmehr in seiner Rhetorik den Hegemonieanspruch europäisch verbrämte, machte Wilhelm II. im Kreise seiner Getreuen an seinen geheimsten Wünschen keinen Hehl: „Ich hoffe“, erklärte er auf einer Nordlandfahrt im Sommer 1892, „dass Europa allmählich den Grundgedanken meiner Politik durchschauen wird: Die Führung im friedlichen Sinne –eine Art Napoleonische Suprematie-Politik...in friedlichem Sinne.“⁵²

Ein Beleg für den wirtschaftlichen Aufstieg des Deutschen Reiches war ferner die Zunahme der außenwirtschaftlichen Orientierung. Das Reich importierte vor allem Rohstoffe und Nahrungsmittel, die es mit dem Export von industriellen Fertigwaren bezahlte. Allein zwischen 1893 und 1906 stiegen die Ein- und Ausfuhr um mehr als das Doppelte: die

dass der Reichskanzler von der Parlamentsmehrheit gestürzt worden war, musste Bülow auf Wunsch Wilhelms II. noch so lange im Amt ausharren, bis der von der neuen konservativ-klerikalen Mehrheit gebilligte Steuerkompromiss unter Dach und Fach war. Das geschah am 10. Juli: In dem nun beschlossenen Steuerpaket wurde die Erbschaftsteuer ersetzt durch weitere Verbrauchssteuern und eine stärkere Besteuerung des mobilen Kapitals (Abgaben auf Wertpapiere, Schecks, Wechsel). Das Ganze war eine aus engstirnigem Interessenegoismus geborene Notlösung, nicht aber eine tragfähige Grundlage zur Bewältigung der anstehenden Finanzprobleme. Wie es um die Finanzlage des deutschen Reiches stand, hat keiner deutlicher zum Ausdruck gebracht als Adolf Wermut, Staatssekretär im Reichsschatzamt, in einem Schreiben an die Ressortchefs vom 26. August 1909. Darin forderte der oberste Finanzwächter des Reiches kategorisch „nicht nur einen Stillstand, sondern ein kräftiges Zurückschrauben“ der Rüstungsausgaben, weil anderenfalls der „völlige Zusammenbruch des Finanzwesens und aller darauf gegründeten nationalen Betätigung“ drohe. **Dreizehn Jahre nach ihrer Inaugurierung war die deutsche Weltpolitik an eine Grenze gestoßen.**“ (Ullrich, a.a.O., S. 220-222).

⁵⁰ Ullrich, a.a.O., S. 185

⁵¹ ebd., S. 186

⁵² ebd.

Einfuhren von 4 auf 9 Milliarden Reichsmark, die Ausfuhren von 3 auf 7 Milliarden. Zur Abwicklung dieses Außenhandels wurde die deutsche Handelsflotte stark erweitert: 1871 war sie mit 147 Schiffen und einem Volumen von 81 994 Bruttoregistertonnen noch eine bescheidene Flotille gewesen. 1913 zählte sie mit 2098 Schiffen und einem Volumen von 4 380348 Bruttoregistertonnen zu den mächtigsten Handelsflotten der Welt.⁵³

2. Die Heereserweiterung:

Der wirtschaftlichen Expansion entsprach die militärische: Nachdem bereits 1890 eine Heeresverstärkung geringen Umfangs durchgeführt worden war, folgte 1893 mit einer Vermehrung um 84 000 Mann die größte Heereserweiterung seit der Reichsgründung. Verbunden mit einer Verkürzung der Wehrdienstzeit von drei auf zwei Jahre, verhalf sie dazu, die allgemeine Wehrpflicht fast vollständig zu verwirklichen, die bis dahin aufgrund der zu geringen Präsenzstärke des Heeres zwar rechtlich, aber noch nicht praktisch bestanden hatte. Weitere Vermehrungen folgten, zuletzt durch das Gesetz vom 3. Juli 1913 zur Ergänzung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres vom 27. März 1911 / 14. Juni 1912. Das Reich verfügte nun über ein stehende Heer von 661 478 Soldaten, das darüber hinaus bei Bedarf im Mobilmachungsfall rasch auf ein Millionenheer erweitert werden konnte, da die Reservisten regelmäßig zu Übungen einberufen wurden und daher mit der militärischen Taktik und der Handhabung der Waffen, Geräte und Ausrüstung vertraut blieben. Dies war die stärkste Landstreitmacht in Europa, deren militärische Schlagkraft allen anderen europäischen Armeen deutlich überlegen war. Deutschland brauchte deshalb einen isolierten Angriff eines anderen Landes nicht zu fürchten: nur eine Koalitionsarmee würde in der Lage sein, die deutschen Truppen zu schlagen.

Solange die deutsche Politik das Zustandekommen einer übermächtigen Koalition verhinderte, konnte das Reich sich einigermaßen sicher fühlen. Selbst ein konzertierter Angriff Frankreichs und Russlands auf der Grundlage des russisch-französischen Zweibundes hätte zu Beginn des 20. Jahrhunderts die deutsche Heeresführung nicht vor unlösbare Aufgaben gestellt.⁵⁴ Mit der Gründung des Deutschen Reiches war 1871 „im Herzen von Europa eine Macht getreten, die, ohne selbst eine erobernde zu sein, so stark war, dass sie ihren Nachbarn den Krieg verbieten konnte.“⁵⁵ Doch genau dies führte zu Ängsten in Europa, denn Deutschland war so stark, „dass es seine Nachbarn ängstigte.“⁵⁶

B: Von Bismarcks „Politik der Saturiertheit“ zur wilhelminischen „Weltpolitik“:

3. Das Dilemma des neu gegründeten Deutschen Staates:

Sebastian Haffner konstatierte: „Ein jüngerer amerikanischer Historiker, David Calleo, hat gesagt: „Das deutsche Reich wurde eingekreist geboren.“ Daran ist soviel richtig, dass es von Anfang an von anderen Großmächten umgeben war. Es grenzte im Westen an Frankreich..., im Süden und Südosten an Österreich-Ungarn, das damals noch eine Großmacht darstellte, und im Osten an das gewaltige russische Reich. Das deutsche Reich war also in geographischer Hinsicht ziemlich schlecht dran. Es hatte keine Freiräume, in die es vorstoßen konnte – wie England, Frankreich, sogar Belgien, Holland, Spanien, Portugal über das Meer hinweg oder wie Russland nach Osten ins Asiatische hinein. Andererseits war das Reich nun einmal Großmacht und hatte deshalb auch den Großmachtinstinkt, noch größer zu werden.

⁵³ Manfred Görtemaker, a.a.O., S. 360

⁵⁴ ebd., S. 361

⁵⁵ Dieses Diktum des preußischen Generalstabschefs Helmut von Moltke zitiert Klaus Hildebrand: Das vergangene Reich, a.a.O., S. 18.

⁵⁶ Ebd.

Der war ihm sozusagen in seine Großmacht-Wiege gelegt worden. Und dazu kam noch ein zweites: Das Reich besaß eine ungeschickte Größe. Es war...wahrscheinlich stärker als jede andere einzelne europäische Großmacht. Es war aber selbstverständlich schwächer als eine Koalition mehrerer oder gar aller jener Großmächte, die es umgaben. Genau aus diesem Grunde hatte es solche Koalitionen immer zu fürchten. Denn gerade weil zum Beispiel Frankreich, zum Beispiel Österreich, zum Beispiel Italien und vielleicht sogar Russland sich schwächer fühlten als das Deutsche Reich, neigten diese Länder dazu, Bündnisse zu suchen, Koalitionen einzugehen. Und wiederum, weil sie dazu neigten, war das Deutsche Reich immer versucht, solche Koalitionen zu verhindern, ein Glied herauszusprenken, wenn es konnte – und zwar notfalls mit Gewalt, mit Krieg. Vergessen wir nicht: Krieg war damals noch für alle Mächte die ultima ratio, das letzte und ernsteste Mittel der Politik. Aus dieser Situation hat es sich ergeben, dass die Deutschen... – gegen den Willen des Reichsgründers – dazu neigten, die Reichsgründung für unvollkommen zu halten; für keinen Abschluss der Nationalgeschichte, sondern für ein Sprungbrett zu einer nie genau definierten Ausdehnung.

Warum hat man eigentlich den deutschen Nationalstaat, der 1871 in Versailles gegründet wurde, „Deutsches Reich“ getauft und nicht einfach „Deutschland“? Doch wohl deswegen, weil er eben von Anfang an mehr – und auch wiederweniger – war als ein Nationalstaat „Deutschland“. Weniger, denn er schloss ja viele Deutsche aus, er war „kleindeutsch“, Nationalstaat nur insoweit, wie es in Preußens Kräften stand, ihn zu gründen, und wie es sich mit preußischer Vorherrschaft vereinbaren ließ; sozusagen Preußens deutsches Reich. Aber indem die Titulatur „Deutsches Reich“ dieses Weniger verhüllte, deutete sie zugleich ein Mehr an: nämlich den europäischen, übernationalen Universalitätsanspruch des mittelalterlichen Heiligen römischen Reichs Deutscher Nation. „Deutsches Reich“: das konnte entweder heißen: soviel Deutschland, wie Preußen beherrschen kann; oder: soviel Europa und soviel Welt, wie Deutschland beherrschen kann. Das erste war die Auslegung Bismarcks; das zweite die Hitlers.⁵⁷

Auf jeden Fall: Ab 1871 stand an Stelle des bisherigen Deutschen Bundes „plötzlich ein geschlossener, großer, militärisch starker Staat. An die Stelle eines großen Schwammes oder einer großen, vielfältigen Kunststoffschicht, die Mitteleuropa weich gegen die äußeren Mächte abfederte, war gewissermaßen ein Betonklotz getreten – ein furchterregender Betonklotz, aus dem viele Kanonenrohre herausragten.“⁵⁸ Bismarck konnte nur eins tun: er musste seinen Nachbarn die Angst vor Deutschland nehmen und den „Albdruck der Koalitionen“, die Angst also, dass die anderen Mächte sich – aus obigen Gründen – gegen Deutschland verbinden würden, durch eine kluge Politik der Mäßigung überwinden. Darauf komme ich jetzt zu sprechen.

4. Bismarcks „Politik der Saturiertheit“:

Die Befürchtungen, Deutschland werde seine politische, wirtschaftliche und militärische Stärke in Europa, die dazu führte, dass das Deutsche Reich eine „halbhegemoniale Stellung in Europa“ besaß⁵⁹, durch weitere Eroberungen nach der Annexion von Elsaß-Lothringen in eine volle verwandeln wollen, war in Europa durchaus ausgeprägt. „Da ich ihn nun kenne, werde ich nicht länger überrascht sein, ihn die Landkarte Europas weit mehr ändern zu sehen, als von Kaiser Napoleon erwartet wurde“, berichtete der englische Botschafter im Dezember 1870 aus dem preußischen Hauptquartier.⁶⁰

⁵⁷ Sebastian Haffner: Von Bismarck zu Hitler. – München: Droemer-Knaur, 1989, S. 14-16, im folgenden zit. als Haffner

⁵⁸ ebd., S. 62

⁵⁹ Ullrich, a.a.O., S. 74

⁶⁰ ebd.

Derlei Befürchtungen konnte die deutsche Außenpolitik nach 1871 nur dann zerstreuen, wenn sie allen hegemonialen Ambitionen entsagte, sich in ihren Zielen selbst begrenzte und sich ganz dem Dienst der Friedenssicherung verschrieb. Bereits in seiner Thronrede zur Eröffnung des Reichstages im März 1871 erklärte Kaiser Wilhelm I. daher, dass das Deutsche Reich keine weiteren territorialen Ansprüche stelle und sich fortan ganz seiner inneren Entwicklung zuwenden wolle: „Das neue Deutschland...wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewusst genug ist, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als ein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil zu wahren.“⁶¹ Wie die neue Großmacht in der Mitte Europas von den Nachbarn als Bedrohung empfunden wurde, so empfand Bismarck selber die deutsche Lage als bedroht. Dass – wie er später einmal in einer Reichstagsrede sagte – „Millionen Bajonette ihre polare Richtung doch im ganzen in der Hauptsache nach dem Zentrum Europas haben, dass wir im Zentrum Europas stehen und schon infolge unserer geographischen Lage, außerdem infolge der ganzen europäischen Geschichte den Koalitionen anderer Mächte vorzugsweise ausgesetzt sind“⁶² – dieser „Alptraum der Koalitionen“ – war sein Alptraum von Anfang an.

Das deutsche Reich vor den bedrohlichen Folgen seiner Gründung zu bewahren und Europa allmählich mit dessen Existenz zu versöhnen, wurde zum Leitmotiv von Bismarcks Außenpolitik. Deren Optionen waren durch die Annexion von Elsaß-Lothringen von vornherein begrenzt. 1860 hatte Bismarck noch in einem Brief an seinen damaligen Mentor Leopold von Gerlach geschrieben, er müsse sich die Möglichkeit eines Zusammengehens auch mit Frankreich trotz aller Bedenken offen halten, „weil man nicht Schach spielen kann, wenn einem 16 Felder von 64 von Hause aus verboten sind.“ Nach der Annexion von Elsaß-Lothringen, die er im August 1871 als Fehler erkannte⁶³, notierte er in seinem berühmten Kissinger Diktat von 1877 folgenden Kernsatz: „Das Bild, welches mir vorschwebt: nicht das irgendeines Ländererwerbs, sondern das einer politischen Gesamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreich unserer bedürfen und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden.“⁶⁴ Bismarcks Politik bedeutete strengen Verzicht. Sie lässt sich in fünf Punkten zusammenfassen: 1.) Verzicht auf territoriale Vergrößerung in Europa, 2.) Im Zusammenhang damit Niederhaltung aller expansionistischen Bestrebungen in Deutschland, 3.) ständige Entmutigung aller Anschlusswünsche der „unerlösten“ Deutschen, die von der Reichsgründung ausgeschlossen geblieben waren, insbesondere der österreichischen und baltischen Deutschen, 4.) strikte Nichtbeteiligung an der überseeischen Kolonialpolitik der europäischen Mächte⁶⁵ 5.) wenn nötig, aktive Verhinderung innereuropäischer Kriege, auch wenn das Deutsche Reich nicht unmittelbar beteiligt oder betroffen war. Alles in allem eine respektable Friedenspolitik (Haffner), die Bismarck während seiner Amtszeit durchgehalten

⁶¹ zit. nach: Ullrich, a.a.O., S. 75

⁶² Haffner, a.a.O., S. 61, Ullrich, a.a.O., S. 75

⁶³ so eröffnete er dem französischen Geschäftsträger in Berlin: „Einen Fehler haben wir begangen, indem wir euch Elsaß-Lothringen wegnahmen, wenn der Friede dauerhaft sein sollte. Denn für uns sind diese Provinzen eine Verlegenheit, ein Polen mit Frankreich dahinter“ (zit. bei Haffner, a.a.O., S. 62, Hildebrand, a.a.O., S. 26.

⁶⁴ Zit. bei Haffner, a.a.O., S. 65, Textauszug GAB03, S. 59/60.

⁶⁵ Die kurzzeitige Wendung zur Kolonialpolitik, die Bismarck in den Jahren 1884/85 betrieb, hat – wie Haffner und Hildebrand überzeugend zeigen, vermutlich hauptsächlich innenpolitische Gründe gehabt: er wollte eine england-feindliche Stimmung schaffen, um so seine mögliche Entlassung nach dem erwarteten Tode Wilhelms I: durch seinen Nachfolger Friedrich III., dem durch seine Frau Sympathien für England und ein „englisches Kabinett Gladstone“ nachgesagt wurden, zu verhindern. Er kämpfte somit wohl um seine Stellung. Als durch die Langlebigkeit Kaiser Wilhelms I. und die tödliche Kehlkopfkrebserkrankung des Kronprinzen die „Gefahr“ einer Entlassung Bismarcks vorerst gebannt war, ließ er die kurzzeitig betriebene Kolonialpolitik wie eine „heiße Kartoffel“ wieder fallen, als die Entfaltung einer anti-englischen Stimmung nicht mehr nötig war. (Quelle: Haffner, a.a.O., S. 69-71, Hildebrand, a.a.O., S. 104

hat und die ihn „die nächsten zwanzig Jahre in Anspruch nahm.“⁶⁶ Spätestens seit der sogenannten „Krieg-in-Sicht“-Krise von 1875 hat Bismarck diese Politik verfolgt. Nach Drohungen gegenüber Frankreich nach der Verabschiedung des sogenannten Cadre-Gesetzes vom März 1875 durch die französische Nationalversammlung, die unter anderem eine Reorganisation der französischen Armee und eine Erhöhung der Linienregimenter von drei auf vier Bataillone vorsah, erschien in Berlin ein von Bismarck inspirierter Leitartikel in der Berliner POST: „Ist der Krieg in Sicht?“ Bismarck hat immer geleugnet, dass er wirklich einen zweiten, einen Präventivkrieg gegen das wiedererstarkende Frankreich gewollt habe. Dies scheint – so ist Haffner zuzustimmen – durchaus glaubhaft⁶⁷.

Es ging Bismarck eher um Vorbeugung gegen einen befürchteten französischen Revanchekrieg. Zwar drohten Mitarbeiter des Kanzlers, unter anderem auch der deutsche Generalstabschef Helmuth von Moltke in er zweiten Aprilhälfte unverhüllt mit einem Präventivkrieg, falls Frankreich nicht einlenke. Es blieb allerdings bei Drohgebärden. Eine ernsthafte Absicht, den Drohungen Taten folgen zu lassen, lässt sich nicht nachweisen, weder bei den Politikern noch bei den Militärs⁶⁸. Aber nun geschah etwas Unerwartetes: England und Russland, die im Krieg des Jahres 1870 nicht eingeschritten waren – Russland übte damals „wohlwollende Neutralität“, da Preußen es bei der Unterdrückung des polnischen Aufstandes 1863 durch die „Konvention von Alvensleben“ unterstützt hatte⁶⁹ - intervenierten damals in Berlin. Sie erklärten, dass sie einer weiteren Schwächung Frankreichs nicht untätig zusehen würden. Zum ersten Mal zeigte sich so etwas wie ein „Vorschatten des Ersten Weltkrieges“ (Haffner)⁷⁰: jene mögliche Koalition zwischen Frankreich, England und Russland, der das Deutsche Reich trotz aller Stärke nicht gewachsen sein würde. Das kurz zuvor – 1873 – abgeschlossene Drei-Kaiser-Abkommen zwischen Russland, Österreich-Ungarn und Deutschland wurde schon zu jener Zeit belastet. Es sollte angesichts der orientalischen Frage, d.h. der Interessengegensätze zwischen Österreich-Ungarn und Russland auf dem Balkan – bald ihr Ende finden. Die Krieg in Sicht Krise zeigte Bismarck jedoch in aller Deutlichkeit, dass seine Drohpolitik gegenüber Frankreich gescheitert war. Nicht Paris wurde als Störenfried Europas identifiziert, sondern Berlin. Gegen Deutschlands „irrlichternde, aggressive Dynamik“⁷¹ schlossen sich England und Russland vorübergehend zur gemeinsamen Abwehr zusammen. Ihre Intervention in Berlin Anfang Mai 1875 bedeutete „eine nachträgliche machtpolitische Garantie des seit 1871 bestehenden Status quo in Zentraleuropa.“⁷² Unmissverständlich waren damit die Grenzen markiert, welche die deutsche Außenpolitik nicht überschreiten durfte, wollte sie nicht die politische Isolierung des Deutschen Reiches provozieren.

Aus den Erfahrungen des Frühjahrs 1875 zog Bismarck eine Lehre: sichern ließ sich die halbhegemoniale Stellung des Deutschen Reiches nur nur eine defensive, dem Prinzip der Saturiertheit verpflichteten Politik: „Das Spiel mit der Kriegsgefahr musste unterbleiben, das Reich sich als Pol der Ruhe, nicht der Unruhe bewähren.“⁷³ Erst seit dieser Krise kann von einer aktiven Friedenspolitik Bismarcks gesprochen werden, die er allerdings konsequent bis zu seinem Sturz 1890 – am Ende gegen die Öffentliche Meinung – durchhielt. Es ging ihm um „Konsolidierung und Bewahrung“ des Erreichten.⁷⁴ Doch bereits kurze Zeit

⁶⁶ Hildebrand, a.a.O., S. 29

⁶⁷ Haffner, a.a.O., S. 64

⁶⁸ Ullrich, a.a.O., S. 80

⁶⁹ vgl. GAB03, S. 6

⁷⁰ Haffner, a.a.O., S. 64

⁷¹ Ullrich, a.a.O., S. 82

⁷² ebd.

⁷³ ebd., S. 82/83

später zerbrach ein wichtiges Element des Bismarckschen Bündnissystems, seine bisher guten Beziehungen zu Russland.

5. Die Krise des Bismarckschen Bündnissystems:

Im Sommer 1878 wurde Bismarck gebeten, in der „orientalischen Frage“, die 1875 durch Aufstände in Bosnien und der Herzogewina wieder aktuell geworden war, im Kern zwischen Österreich-Ungarn und Russland zu vermitteln. Russland verlangte vom deutschen Reich nun die Begleichung seiner „wohlwollenden Haltung“ bei der Reichsgründung von 1871 und forderte von Bismarck die vorbehaltlose Unterstützung seiner Balkanpolitik auch gegen die rivalisierenden Interessen Österreich-Ungarns.⁷⁵ Bismarck taktierte in dieser Angelegenheit zwar sehr vorsichtig. Er wollte keineswegs vor die Alternative gestellt werden, sich entweder für Russland oder für Österreich entscheiden zu müssen. Er wies darauf hin, dass er weder die Unabhängigkeit Österreich-Ungarns noch die Machtstellung Russlands gefährdet sehen wollte.

Doch es gelang der diplomatischen Kunst Bismarcks nicht, die Interessengegensätze beider Länder auszugleichen. Zwar bedeutete der vom 13.06. bis 13.07.1878 unter Bismarcks Vorsitz tagende Berliner Kongress vordergründig eine glänzende Dokumentation der anerkannten Stellung des Deutschen Reiches und seines Kanzlers. Doch faktisch „präsierte Bismarck dem feierlichen Begräbnis des Drei-Kaiser-Bündnisses“ (Wolfgang J. Mommsen)⁷⁶. Russland fühlte sich um die Früchte seines Sieges über die Türkei 1877 (Präliminarfrieden von San Stefano 1878) betrogen. Zwar ging es im Länderschacher nicht leer aus: es bekam Teile Bessarabiens, die es nach dem Krimkrieg 1856 verloren hatte, zurück, dazu einige Gebiete der asiatischen Türkei. Doch statt des russischen Satellitenstaates Großbulgarien wurde ein autonomes, dem türkischen Sultan weiterhin tributpflichtiges Fürstentum Bulgarien geschaffen. Die südliche Provinz Ostrumelien, die im Frieden von San Stepano bereits Bulgarien zugefallen war, wurde wieder abgetrennt und unter türkische Oberverwaltung gestellt. Seinem wichtigsten Ziel, den Meerengen, war das Zarenreich keinen Schritt näher gekommen. Dies wurde um so schmerzlicher empfunden, als die beiden rivalisierenden Mächte ihre Position auf dem Balkan bzw. im östlichen Mittelmeer erheblich ausbauen konnten: Österreich-Ungarn bekam das Recht auf Besetzung Bosniens und der Herzogewina zugesprochen; England erwarb die strategisch wichtige Insel Zypern.

Die Schuld an dem in ihren Augen unbefriedigenden Ergebnis suchte die russische Diplomatie beim Deutschen Reich, insbesondere beim Reichskanzler Bismarck, dem sie vorwarf, sich der aus dem russischen Verhalten 1870/71 resultierenden Verpflichtung entzogen zu haben. So führte der Berliner Kongress zu einer nachhaltigen Abkühlung im deutsch-russischen Verhältnis und förderte die Annäherung Russlands an Frankreich. Diese Entwicklungen wurden noch verstärkt durch die Einführung der Schutzzollpolitik 1879, durch den die russischen Agrarexporte nach Deutschland erschwert wurden. Den bisherigen Spannungen wurde so eine wirtschaftspolitische Dimension hinzugefügt. Der lang angestaute Groll in St. Petersburg über die deutsche Politik entlud sich in einem Brief des russischen Zaren Alexander II. an Kaiser Wilhelm I. In diesem sogenannten „Ohrfeigenbrief“ vom 15.08.1879 beklagte sich der Zar bitter über die deutsche Undankbarkeit und drohte damit, dass bei einer weiteren Verschlechterung der beiderseitigen Beziehungen die Konsequenzen

⁷⁴ so die Überschrift eines Kapitels in Volker Ullrichs Bismarck-Biographie: Volker Ullrich: Otto von Bismarck. – Reinbek: Rowohlt, 1998, S. 95

⁷⁵ Ullrich, a.a.O., S: 84

⁷⁶ Wolfgang J. Mommsen: Das Ringen um den nationalen Staat. – Berlin: Propyläen-Verl., 1993, S. 279, hier zit. nach: Ullrich, a.a.O., S. 87

„verheerend für unsere beiden Länder“ werden könnten. Das Drei-Kaiser-Abkommen vom Oktober 1873 war damit endgültig zerbrochen.

Bismarck steuerte nun konsequent den deutsch-österreichischen Zweibund von 1879 an. Er konnte den am 07.10.1879 geschlossenen Vertrag mit Wien jedoch erst nach heftigem Widerstand gegen Kaiser Wilhelm I. durchsetzen. Der Monarch widersetzte sich hartnäckig dem Abschluss des Vertrages. Sein Weltbild war noch durch die überlieferte dynastische Freundschaft zu Russland und durch die preußisch-österreichische Rivalität der fünfziger und sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts geprägt gewesen.⁷⁷ Vielleicht sah der Monarch aber genauer als Bismarck die Gefahr einer Isolierung Deutschlands durch eine langfristige einseitige Bindung an Österreich-Ungarn voraus.⁷⁸ In jedem Fall wurde der Zweibundvertrag zum „Eckpfeiler des zweiten Bündnissystems Bismarcks“.⁷⁹ Dafür spricht schon die – für Bismarck untypische – lange Laufzeit des Vertrages von 5 Jahren. Er war ein geheimes Defensivbündnis. Der Zweibund verpflichtete die beiden Partner zur gegenseitigen militärischen Hilfe bei einem russischen Angriff. Im Fall eines Angriffs einer anderen Großmacht bestand für den Partner die Pflicht zu „wohlwollender Neutralität.“ Mit Recht hatte Wilhelm I. moniert, dass der Vertrag zwar deutsche Hilfe für Österreich bei einem russischen Angriff, jedoch keine österreichische Bündnishilfe im Falle eines französischen Angriffs auf Deutschland vorsah.⁸⁰ Mit Recht jedoch spricht Sebastian Haffner von einem „tiefen Einschnitt“, den der Berliner Kongress im deutsch-russischen und deutsch-österreich-ungarischen Verhältnis bewirkte. „Ja, man könnte fast von einer Umkehrung der Politik von 1867 sprechen. Damals hatte Bismarck Österreich, mit russischer Deckung, aus Deutschland herausgeworfen. Nun war es wieder mit Deutschland verbündet – gegen Russland.“⁸¹

Auf jeden Fall zieht Haffner das korrekte Fazit: „Das deutsch-österreichische Bündnis war von Bismarck vielleicht nicht als Dauereinrichtung gemeint. Es ist aber genau das geworden. Denn das deutsch-österreichische Bündnis brachte als natürliche Folge im Lauf der Zeit ein russisch-französisches Bündnis hervor...Die russisch-französische Allianz war keine Improvisation der neunziger Jahre. Sie war – kann man sagen: unaufhaltsam – im Entstehen seit dem deutsch-österreichischen Bündnis von 1879. Hier liegt ihre Wurzel...Von nun an bestand sowohl in Russland als auch in Frankreich die sich ständig verfestigende Tendenz, dem deutsch-österreichischen Bündnis ein dauerhaftes eigenes gegenüberzustellen. Bismarck hat das, solange er regierte, mit großer Kunst hinausgeschoben. Aber mit einer Kunst, die zum Schluss schon in Akrobatik umschlug. 1881 hat er es trotz der tiefen Verstimmung zwischen Petersburg und Berlin und der Dauergegnerschaft zwischen Petersburg und Wien geschafft, noch eine Art Allinaz zwischen den dreien zustande zu bringen: das Dreikaiserbündnis...Aber das Dreikaiserbündnis hat nur sechs Jahre gehalten. Es war gar zu künstlich, gar zu sehr dem natürlichen Lauf der Dinge zuwider. Wie denn überhaupt der Bismarckschen Bündnispolitik der achtziger Jahre oft etwas virtuosenhaft Gewolltes, fast Frivoles anhaftet. 1882 etwa brachte Bismarck noch ein anderes, nicht weniger unnatürliches Bündnis zustande, nämlich den deutsch-österreichisch-italienischen Dreibund. In beiden Fällen handelte es sich darum, dass er zwei natürliche Gegner unter der Vermittlung Deutschlands zu künstlichen Verbündeten machte. Österreich und Italien waren nämlich wegen des Trentino und Triests, die zu Österreich gehörten, von Italien aber als unerlöste italienische Gebiete betrachtet wurden, ebenso natürliche Gegner, wie es Österreich und Russland wegen der türkischen Nachfolge auf dem Balkan waren.

⁷⁷ Ullrich, a.a.O., S. 89

⁷⁸ vgl. Franz Herre: Wilhelm I.: Der letzte Preuße. – München: Heyne, 1983, S. 482/83

⁷⁹ Mommsen: Das Ringen um den nationalen Staat, a.a.O., S. 495

⁸⁰ GAB03, S. 14

⁸¹ Haffner, a.a.O., S. 76

Als das Dreikaiserbündnis 1886 in die Brüche ging, tat Bismarck etwas eigentlich schon Unerlaubtes. Er schloss hinter dem Rücken des verbündeten Österreich mit Russland einen Geheimvertrag, der dem deutsch-österreichischen Bündnis direkt entgegengesetzt war: den sogenannten „Rückversicherungsvertrag“. Der „Rückversicherungsvertrag“ gestand Russland die Vorherrschaft über Bulgarien zu und gewährte wohlwollende Neutralität sogar für den Fall einer Eroberung Konstantinopels durch Russland, ging also nicht nur hinter den österreichischen Bündnisvertrag von 1879 zurück, sondern sogar hinter die „ehrliche Maklerschaft“ Bismarcks auf dem Berliner Kongress. Man hat zu Bismarcks Entschuldigung gesagt, dass er seine Bündnisse der achtziger Jahre nicht auf das hin abschloss, worauf Bündnisse normalerweise zielen – nämlich einen künftigen Krieg –, sondern dass er mit der akrobatischen, ja widersprüchlichen Bündnispolitik dieser Jahre einen solchen Krieg geradezu verhindern wollte.

Das wird man ihm zugestehen dürfen. Während die deutschen und österreichischen Generalstäbe in den späten achtziger Jahren bereits eifrig Präventivkriegspläne gegen Russland bastelten, schrieb er an den Chef des Militärkabinetts: **„Unsere Politik hat die Aufgabe, den Krieg, wenn möglich, ganz zu verhüten, und geht das nicht, ihn doch zu verschieben. An einer anderen würde ich nicht mitwirken können.“**⁸² Insofern kann dem Fazit Haffners nur zugestimmt werden: „Bismarcks Politik nach der Reichsgründung war die einzige einschränkungslose Friedenspolitik, die das Deutsche Reich in der Zeit seines Bestehens gemacht hat.“⁸³ Dennoch fällt Haffners Bilanz der Bismarckschen Außen- und Bündnispolitik zwiespältig aus: „Und doch hat Bismarck bei größtem staatsmännischem Geschick und bester ehrlicher Absicht das, was er erreichen wollte, in seiner Zeit nicht ganz erreicht. Er selbst hat dem Deutschen Reich bei seiner Gründung mit der Großmacht Frankreich einen nicht zu befriedigenden Dauergegner, einen sogenannten „Erbfeind“ geschaffen; und er hat durch seine Politik auf und nach dem Berliner Kongress zwischen Frankreich und Russland ein Bündnis angebahnt. Gleichzeitig hat Bismarck sich mit Österreich in eine Intimität eingelassen, die absehbar – obwohl Bismarck dies zu verhindern suchte – Konflikte in sich barg. Denn im Gegensatz zu Bismarcks Deutschland war Österreich kein befriedigtes Land. Österreich wollte, ebenso wie Russland, die europäische Türkei beerben; dadurch war ein künftiger Konflikt zwischen Österreich und Russland programmiert. Bereits das Deutschland Bismarcks hat sich gegen Bismarcks innerste Absicht in diesen Konflikt von 1878/79 an verwickelt und ist nicht mehr davon losgekommen. Bekanntlich hat dieser Konflikt 1914 zur unmittelbaren Auslösung des Ersten Weltkrieges gedient.“⁸⁴

6. Außenpolitik unter Kaiser Wilhelm II.

Da die Außenpolitik unter Kaiser Wilhelm II. zum großen Teil in Frage 2 behandelt wurde, wird sie hier nur stichwortartig behandelt werden⁸⁵. Bismarcks Sturz 1890 und der proklamierte „Neue Kurs“ kamen zunächst nach innen einer gewissen Liberalisierung und Lockerung gleich, vor allem durch Wegfall des Sozialistengesetzes. Bismarcks Nachfolger Caprivi betrieb insgesamt nach innen und außen eine Politik der Konsolidierung und der leichteren Hand.⁸⁶ Caprivis Absage an abenteuerliche Flotten- und Weltpolitikpläne und seine

⁸² Haffner, a.a.O., S.76-78

⁸³ ebd., S. 79

⁸⁴ ebd., S. 79/80

⁸⁵ Ich halte mich in diesem Abschnitt in der Regel an die kurze Darstellung von Immanuel Geiss, a.a.O., da sich sonst zu viele Überschneidungen mit Frage 2 ergeben.

⁸⁶ Geiss, a.a.O., S. 67. Gemeint ist, dass der Beginn der offensiven „Weltpolitik“ erst nach der Amtszeit Caprivis, 1897 erfolgte. Caprivi betrieb nicht mehr die „Politik der Saturiertheit“ im Bismarckschen Sinne aber auch noch nicht die „Politik der freien Hand“ (Holstein), die erst – siehe die weiteren Ausführungen – ab 1897/98 in Gang kam. Vgl. Hierzu auch Ullrich, a.a.O., S. 188: **„Insgesamt lässt sich die Außenpolitik zwischen 1890 und 1897**

Konzentration auf den europäischen Kontinent hätten, wären sie konsequent und friedlich durchzuführen gewesen, vielleicht den Ansatz für eine Alternative zur späteren imperialistischen Weltpolitik bieten können. Andererseits öffnete Caprivi Handelsvertragspolitik (siehe oben) der deutschen Exportindustrie nach den Jahren des Schutzzolls ab 1879 wieder die kontinental-europäischen Märkte und schuf damit, zumindest indirekt, auch die Grundlage für die spätere Expansion im Zeichen der wilhelminischen Weltpolitik.

In seinen außenpolitischen Möglichkeiten war der „Neue Kurs“, wie ihn Caprivi vertat, somit ambivalent, in seinen tatsächlichen Konsequenzen jedoch eindeutig: die Abkehr von Bismarcks hyperkompliziertem und undurchsichtig gewordenen Spiel mit sich überkreuzenden Bündnissen und geheimen Gegenbündnissen einerseits, die Bevorzugung der deutschen Exportindustrie andererseits bewirkten nämlich eine zumindest stillschweigende Option gegen das zaristische Russland und seine ideologischen Parteigänger, die ostelbischen Junker und die Konservativen.⁸⁷ Außerdem provozierte die Beschränkung auf den mitteleuropäischen Rahmen, signalisiert im Helgoland-Sansibar-Abkommen mit England 1890, im Verbund mit der Gründung des Alldeutschen Verbandes 1891/94 und weiterer rechtsextremer Agitationsverbände (Bund der Landwirte, 1893, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband 1893, Ostmarkenverein 1894) eine chauvinistische Reaktion im Innern, die auf den Sturz des relativ liberalen und gemäßigten Caprivi, anschließend auf eine expansive imperialistische Außenpolitik drängte⁸⁸. Schon ein Jahr nach Caprivis Rücktritt

als eine Phase des Übergangs charakterisieren. Einerseits bewegten sich die Repräsentanten des neuen Kurses „trotz aller Unterschiede und neuer Akzente noch immer im Schatten der außenpolitischen Gedanken- und Vorstellungswelt des Reichsgründers“. Andererseits zeichnete sich nach dem Scheitern von Caprivis Konzeption, durch wirtschaftliche Zusammenarbeit die Interessengegensätze zu versöhnen und auf friedlichem Wege die deutsche Hegemonie in Europa zu erringen, un Umrissen bereits eine neue außenpolitische Leitvorstellung ab, die dem Kraftgefühl des jungen Reiches und der Dynamik seiner wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung trug: der Weg in die Weltpolitik.“

⁸⁷ Geiss, a.a.O., S. 68. Gemeint ist die Aufhebung der Schutzzölle in der Landwirtschaft, die insbesondere die ostelbischen Großgrundbesitzer trafen, B.N., siehe die obigen Ausführungen.

⁸⁸ Gleichzeitig muss aber an dieser Stelle mit Stig Förster vollkommen zu recht folgendes festgehalten werden: „Natürlich gab es wirtschaftliche Rivalitäten [zwischen den Weltmächten, B.N.] So bereitete die wachsende wirtschaftliche Stärke des Deutschen Reiches, das nach der Jahrhundertwende zur größten Industriemacht Europas avancierte, namentlich britischen Industriellen erhebliche Kopfschmerzen. Die dadurch hervorgerufenen Spannungen belasteten denn auch die deutsch-britischen Beziehungen. Doch darf die Bedeutung der industriewirtschaftlichen Reibungen im deutsch-britischen Verhältnis nicht überbewertet werden...Die weltweite Überlegenheit des britischen Finanzkapitals, auf der der Großmachtstatus des Inselreiches wesentlich beruhte, war jedoch von dem notorisch kapitalschwachen deutschen Imperialismus kaum bedroht. Auf dem Gebiet der Auslandsinvestitionen konnten die Deutschen einfach nicht mithalten. Selbst imperialistische Projekte wie der Bau der Bagdadbahn ließen sich nur mit britischer und auch französischer Hilfe finanzieren. Überhaupt waren viele imperialistische Aktivitäten vor 1914 finanzwirtschaftlich betrachtet multinationale Unternehmungen. **Ein Krieg zur Umverteilung von weltwirtschaftlichen Marktanteilen machte deshalb aus der Sicht der Hochfinanz keinen Sinn.** Sowohl im Deutschen Reich wie auch in Großbritannien lehnten führende Finanzmagnaten wie Warburg und Rothschild Krieg deshalb strikt ab, ja versuchten ihn mitunter sogar aktiv zu verhindern. Doch fehlte selbst diesen angeblich so mächtigen Männern eben doch die Macht, die Kriegsfurie aufzuhalten. Auch die führenden Industriellen hatten kaum Interesse an Krieg. Sicherlich verdiente eine ganze Reihe von ihnen kräftig an den Rüstungswettläufen. Das bedeutete jedoch noch lange nicht, dass sie den ruhigen Gang ihrer häufig internationalen Geschäfte dem unkalkulierbaren Risiko eines allgemeinen Krieges aussetzen wollten. Das oben zitierte Beispiel eines Hugo Stinnes war hier durchaus typisch. Erst der Krieg machte aus Stinnes und vielen seiner Kollegen rabiate Annexionisten, wohl weil sei für die von ihnen nicht gewollte Katastrophe nun Kompensationen erstrebten. Bei der Beurteilung darf man jedoch Ursache und Wirkung nicht verwechseln. Wirtschaftliche Rivalitäten scheinen allerdings insofern mittelbar zum Kriegsausbruch beigetragen zu haben, als die Laienschar unter den Politikern sie zu nationalstaatlichen Machtfragen aufbauschte. Aus diesem Missverständnis resultierte ein großer Teil der deutsch-britischen Spannungen. Noch krasser trat dieses Phänomen im Hinblick auf die deutsch-russischen Beziehungen zutage. Auf beiden Seiten ging es hier nur noch sekundär um Handel und wirtschaftliche Probleme. Die russische Regierung trieb die Industrialisierung voran, um machtpolitisch mit dem Westen Schritt halten zu können. Genau dagegen richtete sich Bismarcks langfristig

proklamierte Kaiser Wilhelm II. am 18. Januar 1896, 25 Jahre nach der Reichsgründung, formell den Übergang zur „deutschen Weltpolitik“. Allen persönlichen Schwankungen zum Trotz blieb der Kaiser bis in den Weltkrieg hinein ihr Hauptsprecher.⁸⁹

Trotz der kaiserlichen Proklamation kam diese „**Weltpolitik**“ jedoch **erst 1897/98** richtig in Gang. Der **Beginn des Schlachtflottenbaus** und die **deutsche Expansion nach Ostasien** (Tschingtau) **markierten die tiefe Zäsur**. In Welt- und Flottenpolitik fand das neue, nach der Überwindung der „großen Depression“ um 1896 nun wiedererstarkte deutsche Kraftgefühl seinen adäquaten Ausdruck. Die Führung beim Formulieren der ökonomischen und politischen Ziele übernahmen das Industrie- und Handelsbürgertum.⁹⁰ **Symbol und spektakuläres Instrument der imperialistischen Weltpolitik wurde die neue Kriegsflotte, die von Anfang an offensiv gegen England konzipiert war. Gleichzeitig diente die „Weltpolitik“ nach innen zur demagogischen Ablenkung der Massen von sozialen Spannungen und Problemen, nach außen zur Machtsteigerung des Deutschen Reichs.**

Nach dem Erwerb von Kolonien in Übersee, vorwiegend in Afrika während der Jahre 1884/85, zielte die Außenpolitik unter Wilhelm II. darauf ab, den zerstreuten Kolonialbesitz durch Ausnützung jeder sich bietenden Gelegenheit mittels Erpressung von „Kompensationen“ abzurunden und nach Möglichkeit zu geschlossenen Kolonialgebieten zusammenzufassen. Der sich allmählich präzisierenden Konzeption eines „Mitteleuropa“ auf dem europäischen Kontinent entsprach in Übersee die Idee eines deutschen „Mittelafrika“, das durch wirtschaftliche Durchdringung und politische Gewinnung des Osmanischen Reichs sogar tunlichst mit dem kontinentaleuropäischen Block zu verbinden war. Hierin lag die strategische Bedeutung der Bagdadbahn mit dem sich dahinter abzeichnenden Ziel einer direkten, von Deutschland kontrollierten Bahnverbindung von Hamburg bis Bagdad. **Die Weltpolitik sollte generell die Machtstellung des Deutschen Reichs so erhöhen, dass Deutschland die als unvermeidbar erkannte⁹¹ große Auseinandersetzung siegreich würde bestehen können⁹².**

verheerende antirussische Wirtschaftspolitik vom Ende der 1880-er Jahre die dem Zarenreich den so dringend benötigten Zugang zum westlichen Kapitalmarkt verbauen sollte. Neben den landwirtschaftlichen Schutzzöllen trieb vor allem das Lombardverbot vom November 1887 die Russen direkt in die Arme Frankreichs.. Die russische Industrialisierung wurde dadurch nicht aufgehalten. Als sie mit rasanten Wachstumszahlen weiter voranschritt, brach in der deutschen Führung Panik aus. So kam Reichskanzler Bethmann Hollweg bei einer Russlandreise im Sommer 1912 zu dem Schluß, dass die Industrialisierung das Zarenreich zu einer unüberwindbaren Macht aufsteigen lassen würde, wenn es nicht gelänge, den Rivalen vorher auf Dauer zu schwächen. Es war dieses sachfremde machtpolitische Denken, dass Problemen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen einen friedensgefährdenden Impetus verlieh.“ (zit. nach: Stig Förster: Die Ursachen des Ersten Weltkrieges in: Wie Kriege entstehen: Zum historischen Hintergrund von Staatenkonflikten / Bernd Wegner (Hrsg.). – Paderborn: Schöningh, 2000, S. 211-252, hier S. 225/26

⁸⁹ Geiss, ebd.

⁹⁰ ich halte mich an die Darstellung von Geiss, ebd.

⁹¹ so Geiss, a.a.O., S. 69

⁹² Eine **entgegengesetzte Deutung der Ziele der wilhelminischen „Weltpolitik“** findet sich bei **Wilfried Loth**. Loth bilanziert: „Die [innenpolitische, B.N.] Festigung des Regimes versprach er sich eher von einer glanzvollen Außenpolitik. „Nur eine erfolgreiche Außenpolitik“, schrieb er zum Jahresende an Eulenburg, „kann helfen, versöhnen, beruhigen, sammeln, einigen.“ (vgl. dazu auch **meine Anmerkungen oben und Fußnote 6**) **Den imperialistischen Tendenzen der Zeit entsprechend musste dies eine Außenpolitik sein, die Deutschlands Rang als Weltmacht unter Beweis stellte, „Weltpolitik“ also. Dabei ging es aber weniger um konkrete materielle Gewinne oder eindeutige strategische Ziele als vielmehr um den beständigen Prestigeerfolg bei der kolonialen Aufteilung der Welt, der das Ansehen des Kaisers mehrte und es ermöglichte, „weite Bevölkerungskreise aus dem politischen Parteibann herauszuholen.“ Eine strategische Zielsetzung ergab sich nur langfristig aus der Option für das Schlachtflottenbauprogramm von Admiral Tirpitz, das vorsah, Großbritannien in 20 Jahren mit einer Seeschlacht in der Nordsee bedrohen zu können und damit kolonialpolitische Konzessionen zu erzwingen. Für die konkreten Operationen war dieses Programm aber vorerst ohne Bedeutung, und Tirpitz hütete sich auch, es öffentlich darzulegen.“ (Wilfried Loth: Das**

Die übrigen drei Weltmächte (England, Frankreich, Russland) reagierten jedoch auf die deutsche Weltpolitik mit einer Politik zur Eindämmung Deutschlands. Auf das russisch-französische Bündnis (1892/94) folgte die Entente Cordiale (1904) zwischen Frankreich und England, das nach dem Burenkrieg energisch aus seiner weltpolitischen Isolierung hinaustrat. Für die deutsche Weltpolitik zeichnete sich damit bereits, wenige Jahre nach ihrem offiziellen Beginn, das Scheitern ab. So reagierte die deutsche Führung auf die britisch-französische Verständigung mit der ersten Marokkokrise 1905/06, um Frankreich unter Druck zu setzen und zu demütigen und zugleich das noch ungefestigte Bündnis zwischen Frankreich und England wieder zu sprengen. Das Resultat war jedoch das genaue Gegenteil: die Festigung der Entente.

Ein ähnliches Resultat hatte auch der Versuch des Reiches, die Schwäche des Zaren nach seiner militärischen Niederlage gegen Japan und der ersten russischen Revolution von 1905 auszunutzen, um Russland aus dem französisch-russischen Bündnis herauszubrechen. Doch dieser Versuch scheiterte an der zu großen Interessendivergenz beider Mächte, wie oben gezeigt wurde.

Die **„hektische und beunruhigende deutsche Außenpolitik“** (Immanuel Geiss) konsolidierte nicht nur das französisch-russische Bündnis und die Verständigung zwischen England und Frankreich, sondern trieb auch England zum weltpolitischen Ausgleich mit Russland (1907). Der Versuch, England für einen Kontinentalkrieg im voraus zu neutralisieren hätte die Bereitschaft bedeutet, ihm in der Flottenpolitik ernsthaft entgegen zu kommen. Diese Bereitschaft war jedoch – wie bereits oben erwähnt - nicht vorhanden, da die deutsche Reichsleitung – wie das Scheitern der Haldane-Mission 1912 endgültig belegte – zu keinerlei ernsthaften Abstrichen an ihrem Flottenprogramm bereit war, auch nicht als Gegenleistung für eine britische Neutralität. Wunschdenken und Fehlperzeptionen insbesondere auf deutscher Seite, was auf kritikloses obrigkeitsstaatliches Denken, Mangel an selbstständigem Denken und Mut zu eigenständiger Meinung und Kritik am Hof Wilhelms II. zurückzuführen war⁹³, prägten insbesondere die verantwortlichen deutschen Akteure. **Deutschland hat sich – wie oben erwähnt – mit seiner kompromisslosen, die anderen Mächte „vor den Kopf“ stoßenden Außenpolitik selber isoliert, wie oben gezeigt wurde.** Zwar ist Wolfgang J. Mommsen darin recht zu geben, dass Kaiser Wilhelm II. nicht an allem

Kaiserreich: Obrigkeitsstaat und politische Mobilisierung. – 2. Aufl. – München: Deutscher Taschenbuch-Verl., 1997, S. 106

⁹³ vgl. John C. G. Röhl: Kaiser, Hof und Staat: Wilhelm II. und die deutsche Politik. –4., verb. u. erw. Aufl. - München: Beck-Verl., 1995 sowie: Gerd Krell: Weltbilder und Weltordnung. – 2. Aufl. - Baden-Baden: Nomos-Verlag, 2003, Kapitel 12.1, S. 352 sowie besonders: Richard Ned Lebow: Kognitive Blockierung und Krisenpolitik: Deutsche Entscheidungsträger im Juli 1914 in: Kriegsursachen / Redaktion: Reiner Steinweg. – Frankfurt am Main: Ed. Suhrkamp, 1987, S. 191-247 sowie: Jack L. Snyder: Perceptions of the Security Dilemma in 1914 in: Psychology & Deterrence / Robert Jervis, Richard Ned Lebow, Janice Gross Stein. – 2.nd printing. – Baltimore: John Hopkins Univ. Pr., 1989, S. 153-179. So beschreibt Lebow in seiner Studie, dass – mit Ausnahme des deutschen Botschafters in Großbritannien die anderen Diplomaten des Kaiserreiches keine detaillierten Analysen der Ansichten ihrer Gesprächspartner vermittelten, sondern dem Kaiser und der Regierung nach dem Mund redeten (Lebow, a.a.O., Kapitel: Institutionalisierte Realitätsverleugnung, S. 207/208: Insbesondere die „graue Eminenz“, Friedrich von Holstein, zwischen Bismarcks Entlassung 1890 und seiner eigenen Versetzung in den Ruhestand 1906 wichtigster politischer Beamter im Berliner Auswärtigen Amt, setzte an die Stelle von Bismarcks Getreuen Beamte, die „ihm verpflichtet waren und deren Berichte aus dem Ausland getreulich seine eigene Sicht der Dinge widerspiegeln. Das Kriechertum, das Holstein von seinen Untergebenen verlangte, wurde dadurch verstärkt, dass er mit Diplomaten, die ein abweichendes Urteil abgaben, hart umsprang...Es war in europäischen Diplomatenkreisen eine Binsenweisheit, dass junge deutsche Diplomaten, wollten sie Erfolg haben, nur das nach Berlin berichten durften, was man dort zu hören wünschte.“ (ebd.) Das neo-absolutistische Verständnis des Kaisertums durch Wilhelm II. und der „Königsmechanismus“ im Kaiserreich (J. C. G. Röhl) verstärkte diesen Trend.

schuld gewesen ist⁹⁴, aber gleichzeitig muss konstatiert werden, dass die Vielfalt an strukturellen Ursachen, die Mommsen in seinem oben erwähnten Aufsatz⁹⁵ angesprochen hat, auf strukturelle Defizite im deutschen Kaiserreich, dem „autoritären Nationalstaat“ (Mommsen) verweisen, für die Kaiser Wilhelm II. – wie John C. G. Röhl –, der „Repräsentant“ seiner Epoche⁹⁶ eine große Mitschuld trägt.⁹⁷

Teil 2: Die Juli-Krise von 1914:

„So gewaltig, so plötzlich brach diese Sturzwelle über die Menschheit herein, dass sie, die Oberfläche überschäumend, die dunklen, die unbewussten Urtriebe und Instinkte des Menschentiers nach oben riss.“⁹⁸

2.1. Die Entwicklung der deutschen Politik bis zur Juli-Krise 1914:

„Uns Nachkommen, die wir keine Historiker sind und uns durch die Forschertätigkeit nicht hinreißen lassen und daher jenes Ereignis mit ungetrübtem, gesunden Sinn betrachten, bieten sich Ursachen desselben in unzähliger Menge dar. Je mehr wir uns die Erforschung der Ursachen vertiefen, in um so größerer Zahl erschließen sie sich uns.“⁹⁹

Wie bereits erwähnt, stieg die Spannung in Europa in den letzten Jahren vor 1914 immer weiter an¹⁰⁰. So rief der erste Balkankrieg eine schwerwiegende Krise zwischen den europäischen Großmächten hervor. Die Regierung Österreich-Ungarns war fest entschlossen, den siegreichen Serben einen Adria-Hafen zu verwehren und schreckte auch vor Kriegsdrohungen nicht zurück. Die russische Regierung stärkte Serbien den Rücken und traf erste Kriegsvorbereitungen. Dies wiederum alarmierte die Führung in Berlin, wo Generalstabschef Moltke von verdeckten russischen Mobilmachungsmaßnahmen sprach. Am 2. Dezember 1912 hielt Bethmann Hollweg eine Rede im Reichstag, in der er sich demonstrativ auf die Seite Österreich-Ungarns stellte und Russland vor einem Angriff warnte. Besorgt fragte daraufhin die französische Regierung bei ihren Partnern in St. Petersburg und London an, ob sie im Kriegsfall auf der Seite Frankreichs stünden, da die Lage als sehr ernst eingeschätzt wurde. In dieser Situation hielt es die britische Regierung für angebracht, die deutsche Reichsleitung vor übereilten Schritten zu warnen. Gegenüber dem deutschen Botschafter Lichnowsky stellte Kriegsminister Haldane unmissverständlich klar, dass Großbritannien nicht tatenlos zusehen werde, wenn deutsche Armeen Frankreich überrannten. Die Drohung wirkte. In den folgenden Wochen gelang es dem diplomatischen Zusammenspiel zwischen London und Berlin, die unmittelbare Krise zu entschärfen. Haldanes Intervention führte jedoch dazu, dass Kaiser Wilhelm II. am 8. Dezember die militärischen Spitzen des Reiches zu einem „Kriegsrat“ zusammenrief, dessen Bedeutung in der Geschichtswissenschaft bis heute umstritten ist. Den versammelten Admiralen und

⁹⁴ Wolfgang J. Mommsen: War der Kaiser an allem schuld?, a.a.O.

⁹⁵ siehe oben, Fußnote 33

⁹⁶ vgl. Lothar Gall: Otto von Bismarck und Wilhelm II: Repräsentanten ihrer Epoche? – Paderborn: Schöningh, 2000

⁹⁷ „Seine Schuld war sehr groß“: Gespräch mit dem Wilhelm-II.-Biografen John Röhl über die Verantwortung des Kaisers für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges in: (Hg): Der 1. Weltkrieg: Die Ur-Katastrophe des 20. Jahrhunderts / Stephan Burgdorff/Klaus Wiegrefe. – München: Deutsche Verl.-Anst., 2004, S. 36-43

⁹⁸ Stefan Zweig: Die Welt von Gestern“, hier zit. nach: Rainer Traub: Der Krieg der Geister in: Der 1. Weltkrieg, a.a.O., S. 45

⁹⁹ Leo Tolstoi: Kriegsursachen: Aus: Krieg und Frieden. Hier zit. nach: Kriegsursachen / Redaktion: Reiner Steinweg, a.a.O., S. 20

¹⁰⁰ Bei der Darstellung halte ich mich an verschiedene Darstellungen der Juli-Krise. In diesem Abschnitt folge ich Stig Förster: Die Ursachen des Ersten Weltkrieges, a.a.O., S. 239

Generalen erklärte der Monarch, dass „England“ nun sein wahres Gesicht gezeigt habe. Es sei deshalb notwendig, Heer und Marine auf einen Krieg vorzubereiten. Daraufhin ergriff Generalstabschef Moltke das Wort und erklärte: „Ich halte einen Krieg für unvermeidlich und: je eher, desto besser.“ Dem widersprach jedoch Admiral von Tirpitz, der um den Bestand seiner Flotte im Kampf gegen die überlegene Royal Navy fürchtete. Unter Hinweis auf den strategisch notwendigen Ausbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals bat er um eine Verschiebung des Krieges um anderthalb Jahre. Dabei und bei der Anregung, die Bevölkerung propagandistisch auf den großen Krieg vorzubereiten, blieb es.

An diesem Kriegsrat vom 8. Dezember 1912, wie der nicht anwesende Reichskanzler Bethmann Hollweg diese Veranstaltung wenige Tage später ironisch nannte, hat sich Ende der sechziger Jahre eine heftige Kontroverse entzündet. Nach Auffassung Fritz Fischers und seiner Schule stellt der Kriegsrat aufgrund der auffälligen zeitlichen Übereinstimmung zwischen dem von Tirpitz erwähnten Aufschub um anderthalb Jahre und dem tatsächlichen Kriegsausbruch im August 1914 ein zentrales Ereignis dar. Laut Fischer sei an diesem Tage definitiv beschlossen worden, den Krieg um die Vorherrschaft in Europa zu führen; nur der Zeitpunkt sei noch einmal vertagt worden, weil es darum gegangen sei, das deutsche Volk psychologisch noch besser auf den Waffengang vorzubereiten. Fortan habe die Reichsleitung und die militärische Führung zielbewusst auf den großen Krieg hingearbeitet und auf vielen Gebieten – etwa in der Pressepolitik, bei der Rüstung, in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht - systematische Kriegsvorbereitungen getroffen. Der Krieg sei demnach gewollt und von langer Hand vorbereitet worden.¹⁰¹ Demgegenüber haben die Kritiker Fischers auf die schwankende Haltung des Kaisers, die immer noch auf Verständigung mit Großbritannien ausgerichtete Politik des Kanzlers und die generelle Unfähigkeit des wilhelminischen Staates zu jeglicher langfristigen Planung verwiesen. Kriegsvorbereitungen, die ab Anfang 1913 tatsächlich stattfanden, waren unsystematisch und zudem das natürliche Resultat des sich beschleunigenden Krisenkarussells.

Das heißt allerdings nicht, dass dem so genannten Kriegsrat ein eigentlicher Stellenwert kaum zuzumessen sei. Die eigentliche Bedeutung der Konferenz vom 8. Dezember 1912 lag in der erneut und nachdrücklicher als bisher bekundeten Disposition der Militärs, den für unvermeidbar gehaltenen Krieg zu einem möglichst günstigen Zeitpunkt vom Zaun zu brechen. Diese „spezifische Kriegsbereitschaft“ (Klaus Hildebrand)¹⁰² sollte in den nächsten Monaten noch zunehmen und auf die Entscheidungen der deutschen Politik einen verhängnisvollen Einfluss gewinnen. Der Historikerstreit um den Kriegsrat ist zugleich eine Auseinandersetzung um die kurzfristigen Ursachen des Ersten Weltkrieges. Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung steht die deutsche Politik, denn die Forschung ist sich weitgehend darüber einig, dass der Schlüssel für die Entscheidung zum Krieg in Berlin lag.¹⁰³ Stig Förster bilanziert treffend die festgefahrene Situation vor dem Krieg: „Wenn auch die Bewertung der deutschen Politik in dieser Phase umstritten ist, so steht doch fest, dass der Handlungsspielraum der Regierung Bethmann Hollweg zwischen 1912 und 1914 immer enger wurde. Innenpolitisch blockierte sich das gesamte System gegenseitig. Im Reichstag besaßen die Sozialdemokraten zwar die relative Mehrheit, waren jedoch als Oppositionspartei weitgehend isoliert. Die bürgerlichen Parteien waren heillos zerstritten. Insgesamt war das Parlament zwar einflussreicher geworden, besaß jedoch kaum Möglichkeiten zur aktiven Politikgestaltung. In der Öffentlichkeit lieferten sich alte und neue Militaristen, Rechtsradikale, Konservative, politische Katholiken, liberale und Sozialdemokraten heftige

¹⁰¹ so die Zusammenfassung der Fischer-Schule bei Förster, a.a.O. u. Ullrich, a.a.O. Die Deutung Fischers findet sich in seinem Buch: „Krieg der Illusionen“, a.a.O.

¹⁰² Hildebrand, a.a.O., S. 289, hier zit. nach: Ullrich, a.a.O., S. 234

¹⁰³ so zutreffend Förster, a.a.O., S. 240

Auseinandersetzungen, die schon fast an einen geistigen Bürgerkrieg grenzten. Demgegenüber zogen Regierungsbehörden und Bürokratie nicht etwa an einem Strang, sondern verstrickten sich in Ressortkämpfe und Intrigen. Nicht viel anders sah es im Militär aus. Über allem thronte ein seit der Daily-Telegraph-Affäre angeschlagener Kaiser, dessen Wankelmut und Arbeitsscheu ein polykratisches Chaos heraufbeschworen. Außenpolitisch war die Lage festgefahren. Das Reich verfügte nur noch über schwache oder gar unzuverlässige Bündnispartner, sah sich aber von einer mächtigen Koalition eingekreist. Die Annäherungsversuche an Großbritannien kamen nicht vom Fleck, während kolonialpolitische Erfolge ausblieben. Stattdessen schien das bedrohliche Potential Frankreichs und Russlands immer mehr anzuwachsen. Lag es da nicht nahe, den Gordischen Knoten zu zerschlagen und einen Ausweg im Krieg zu suchen? Es ist umstritten, ob die Reichsleitung bis zum Frühjahr 1914 tatsächlich ernsthaft mit dem Gedanken an Krieg spielte¹⁰⁴. Unbestritten aber ist, dass sich in den politischen Führungsetagen Äußerungen häuften, die eine fast schon fatalistische Kriegserwartung zum Ausdruck brachten.¹⁰⁵ Vor diesem Hintergrund konnte das Drängen einflussreicher Persönlichkeiten, endlich loszuschlagen, erhebliche Wirkung erzielen. Eine derartige Persönlichkeit war Generalstabschef Moltke. Bereits im Kriegsrat [1912, B.N.] hatte er ja betont, dass er einen baldigen Krieg für angebracht hielt. Er stand damit ganz in der Tradition seiner Vorgänger, die seit 1875 wiederholt zum Krieg gedrängt hatten. Im Frühjahr 1914 ergriff er erneut die Initiative. Am 20. Mai fand im Neuen Palais in Potsdam ein Empfang statt. Die Rückfahrt nach Berlin nutzte Moltke zu einem längeren Gespräch mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow. Laut Jagows Aufzeichnungen hatte Moltke dabei folgendes mitzuteilen: „Die Aussichten in die Zukunft bedrückten ihn schwer. In 2 bis 3 Jahren werde Russland seine Rüstungen beendet haben. Die militärische Übermacht unserer Feinde wäre dann so groß, dass er nicht wüsste, wie wir ihrer Herr werden könnten. Jetzt wären wir ihnen noch einigermaßen gewachsen. Es blieb seiner Ansicht nach nichts übrig, als einen Präventivkrieg zu führen, um den Gegner zu schlagen, solange wir den Kampf noch einigermaßen bestehen könnten. Der Generalstabschef stellte mir demgemäß anheim, unsere Politik auf die baldige Herbeiführung eines Krieges einzustellen.“¹⁰⁶ Förster fährt fort: „Frühere Präventivkriegsforderungen des Generalstabs waren von der politischen Führung immer abgewiesen worden. Doch diesmal machten sie offensichtlich Eindruck. Angesichts der drohenden Niederlage im kontinentalen Rüstungswettlauf erschienen Moltkes Sorgen nicht ganz unbegründet. Vor allem aber Moltkes Feststellung, das man jetzt noch Krieg mit einiger Aussicht auf Erfolg führen könne, verfehlte ihre Wirkung nicht. Bethmann Hollweg

¹⁰⁴ Wolfgang J. Mommsen schreibt dazu: „Noch im Frühjahr 1914 ging die Reichsleitung optimistisch davon aus, dass sie sich mit ihrer Strategie einer „Weltpolitik ohne Krieg“ auf dem richtigen Wege, befinde obwohl sich seit einiger Zeit eine Zuspitzung der internationalen Lage abzeichnete. Am 23. April 1914 erklärte Bethmann Hollweg dem deutschen Botschafter in Konstantinopel, Hans Freiherr von Wangenheim, „unser Nationalvermögen nähme so zu, dass wir in zehn bis fünfzehn Jahren alle Nationen überholt hätten. Dann würden wir in der Weltpolitik, die letzten Endes Wirtschaftspolitik wäre, an gesicherter Stelle stehen. Unsere Aufgabe wäre es, uns ohne große Konflikte durch diese Zeit durchzuwinden.“ Auch in Kreisen der deutschen Wirtschaft dachte man so. Der Industrielle Hugo Stinnes hatte schon 1911 Heinrich Claß, dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, der für einen Präventivkrieg plädierte, zum Zuwarten geraten: „[...]lassen Sie noch 3-4 Jahre ruhiger Entwicklung, und Deutschland ist der unbestrittene wirtschaftliche Herr in Europa.“ In der deutschen Öffentlichkeit aber gewann die entgegengesetzte Meinung an Boden, dass nämlich früher oder später mit einem großen europäischen Krieg zu rechnen sei.“ (zit. nach: Mommsen: War der Kaiser..., S. 209/10). Diese Meinung wurde durch ein Buch Friedrich von Bernhardis: „Deutschland und der nächste Krieg“ noch angestachelt. „Mit großem rhetorischem Geschick wurde darin ein Präventivkrieg gefordert, um den Weltmachtstatus des Deutschen Reiches durchzusetzen, weil ansonsten die deutsche Kultur im kommenden Zeitalter des Weltstaaten-systems auf einen minderen Rang absinken werde.“ (Mommsen: War der Kaiser..., s. 201, Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte Band 3, a.a.O., S. 1149 f.) Vgl. auch Mommsens Aufsatz: Der Topos..., a.a.O.

¹⁰⁵ vgl. dazu die hervorragenden Darstellungen Wolfgang J. Mommsens, v.a. seinen Aufsatz: Der Topos, a.a.O.

¹⁰⁶ Aufzeichnungen Jagows, hier zit. nach Förster, a.a.O., S. 241

behauptete später jedenfalls, dass seine ganze Politik im Sommer 1914 auf diesem Versprechen des Generalstabs beruht habe.¹⁰⁷

Wie kam es zu dieser Einkreisungsfurcht des deutschen Generalstabes? Im Deutschen Reich hatte man sich seit der russischen Revolution von 1905 daran gewöhnt, es mit einem innerlich geschwächten und wenig leistungsfähigen Russland zu tun zu haben. Das mit Hilfe französischer Kredite angekurbelte russische Aufrüstungsprogramm, das nach der Heeresvorlage von 1913 eine weitere Beschleunigung erfahren hatte, sowie der zügige Ausbau des russischen Eisenbahnnetzes in den westlichen Departements erweckte beim deutschen Generalstab zunehmende Besorgnis, weil damit eine wesentliche Prämisse für ein Gelingen des sogenannten Schlieffen-Planes in Frage gestellt wurde, nämlich eine langsame russische Mobilmachung, die es den deutschen Heeren ermöglichen sollte, den entscheidenden Schlag gegen Frankreich zu führen, bevor die russische Armee einsatzbereit sein werde. In der Öffentlichkeit wog schwerer, dass sich die Stimmung in Russland selbst deutlich zuungunsten der Mittelmächte verändert hatte. Die gesellschaftlichen Umschichtungen der letzten Jahrzehnte im zaristischen Russland hatten den Einfluss der traditionell deutschfreundlichen Hocharistokratie zunehmend geschwächt; in der russischen „Gesellschaft“ gab das aufsteigende Großbürgertum mehr und mehr den Ton an. Auch die russische Presse wurde immer stärker zu ein Sprachrohr des Wirtschaftsbürgertums und der großbürgerlichen Intelligenz. Die bürgerlichen Schichten aber standen der Außenpolitik der zaristischen Regierung schon seit geraumer Zeit sehr kritisch gegenüber. Sie gingen davon aus, dass diese in den vergangenen Jahren die nationalen wie die wirtschaftlichen Interessen Russlands ganz ungenügend gewahrt habe; beide aber schienen in erster Linie von Seiten des Deutschen Reiches bedroht zu sein. Die Handelspolitik des Deutschen Reiches verletzte nach ihrer Ansicht vitale Interessen der aufstrebenden russischen Industrie ebenso wie der Landwirtschaft, der im Zeichen eines erneuerten Protektionismus der Export von Agrarprodukten nach Deutschland immer mehr erschwert worden war. Der Ende 1914 anstehenden Erneuerung des deutsch-russischen Handelsvertrages sahen die russischen Wirtschaftskreise mit einigem Unbehagen entgegen. Vor allem aber verlegte die deutsche Politik Russland den Weg zur Kontrolle der türkischen Meerengen sowie zur Konsolidierung ihres Einflusses auf dem Balkan. So fand sich die zaristische Regierung von einer zunehmend nationalistisch gesinnten „Öffentlichkeit“ politisch unter Druck gesetzt und zu außenpolitischen Erfolgen verdammt.¹⁰⁸

Im deutschen Generalstab hingegen bestand nach 1871 zunächst Zuversicht, dass man auch angesichts der Stärkeverhältnisse der Armeen der europäischen Großstaaten, die ungeachtet der Heeresvermehrung von 1913 eine beträchtliche numerische Überlegenheit Russlands und Frankreichs gegenüber den Mittelmächten auswies, im Augenblick einen großen Krieg noch siegreich werden bestehen können. Man glaubte, auch wenn in diesem Punkt Zweifel laut geworden waren, immer noch, auf der Grundlage des Schlieffen-Plans eine rasche Entscheidung gegen Frankreich herbeiführen zu können, gleichviel ob Großbritannien letzterem zu Hilfe kommen werde oder nicht. Der Generalstab setzte dabei zusätzlich in sein Kalkül ein, dass das Deutsche Reich, im Unterschied zu seinen Gegnern, schon bei Beginn der Kriegshandlungen in erheblichem Umfang auch Reservisten einzusetzen vermöge und daher jedenfalls in den ersten entscheidenden Wochen eine überlegene Streitmacht ins Feld führen können. „Es ist demnach davon auszugehen, dass in militärischen Kreisen die Auffassung immer stärker an Boden gewann, man müsse angesichts der spürbaren Zuspitzung der strategischen Lage des Deutschen Reiches den erwarteten großen europäischen Krieg führen, solange die westlichen russischen Bahnen noch nicht fertiggestellt und die

¹⁰⁷ Förster: Die Ursachen..., a.a.O., S. 242

¹⁰⁸ Darstellung nach: Mommsen: Bürgerstolz, a.a.O., S. 536

gegenwärtig in Russland laufenden Rüstungsmaßnahmen noch nicht abgeschlossen seien. Diese Einschätzung des Generalstabes wurde in der oben zitierten Äußerung des Generalstabschefs von Moltke vom Juni 1914 deutlich.

Mitten in diese Situation platzte im Juni 1914 die Nachricht, dass England und Russland geheime Verhandlungen über eine Marinekonvention führten, die unter anderem auch gemeinsame Flottenoperationen für den Fall eines Krieges gegen das Deutsche Reich vorsah.¹⁰⁹ Diese Nachricht, durch einen Informanten in der russischen Botschaft in London Deutschland zugespielt, wurde von der Reichsleitung sehr ernst genommen. Die Tatsache, dass der britische Außenminister Grey nach einigen von deutscher Seite lancierten Presseberichten die Verhandlungen über die Marinekonvention im Unterhaus in Abrede stellte, wertete Bethmann Hollweg als Vertrauensbruch. Diese Nachricht konnte das Gefühl der „Einkreisung“, welches die deutsche Politik – wie oben ausführlich dargestellt wurde – seit Jahren hatte, nur verstärken und die geschilderten Präventivkriegsabsichten zum Durchbruch verhelfen. Denn der Reichskanzler besaß jetzt kaum noch ein Argument, den Befürwortern eines Präventivkrieges in der militärischen Führung überzeugend entgegenzutreten zu können. Wolfgang J. Mommsen hat dazu treffend angemerkt: „Umso verheerender mussten sich daher die Nachrichten über ein bevorstehendes englisch-russisches Flottenabkommen auf die innenpolitische Position des Kanzlers auswirken, die im Mai 1914 über eine Spionin in der englischen Botschaft in St. Petersburg die deutsche Hauptstadt erreichten, verheerend vor allem deshalb, weil im Dezember 1912 die Befürworter einer Vorwärtsstrategie erneut Oberwasser bekommen hatten. Bethmann Hollwegs Hauptargument gegen einen Präventivkrieg, nämlich die Hoffnung, dass Großbritannien dazu beitragen würde, das Zarenreich von einem Krieg abzuhalten, war damit über Nacht zusammengebrochen, ja schlimmer noch: England schien bereit, endgültig auf ein Bündnis mit Russland und Frankreich einzuschwenken, und dies arbeitete genau jenen in die Hände, die der These anhängen, dass es angesichts der stetig verschlechternden Position des Deutschen Reiches in jedem Falle vorzuziehen sei, den vorgeblich „unvermeidbaren“ Krieg so bald wie möglich zu entfesseln, eine Situation, auf die Bethmann Hollweg in seinem Schreiben an [den britischen Außenminister, B.N.] Sir Edward Grey vom 16. Juni 1914 übrigens recht deutlich anspielt. Bethmann Hollwegs grundsätzlich proenglische Orientierung war niemandem verborgen geblieben. Gerade deshalb musste seine Enttäuschung hinsichtlich einer möglichen deutsch-englischen Annäherung Wasser auf die Mühlen seiner innenpolitischen Gegner sein. Nicht zuletzt aus diesem Grunde legte der Kanzler seine eigene Einschätzung der englischen Haltung im Falle eines europäischen Krieges nicht offen dar. Man wird festhalten müssen, dass Bethmann Hollweg im Falle eines großen europäischen Krieges nicht mit der Neutralität Englands rechnete, obgleich nicht wenige Zeitgenossen (und späterhin zahlreiche Historiker) dies annahmen. In seinen Augen trugen engere Beziehungen zwischen dem deutschen Reich und Großbritannien zu einer Stabilisierung der deutschen Position auf dem Kontinent bei und verringerten die Gefahr eines europäischen Konflikts im Falle einer neuen Balkankrise. Darüber hinaus hätten sie die wirtschaftliche und politische Expansion des Reiches in Übersee erheblich erleichtern können. Aber Bethmann Hollweg war sich durchaus der Tatsache bewusst, dass die Briten einer Niederwerfung Frankreichs durch das Deutsche Reich niemals tatenlos zusehen würden. Das höchste, was der Kanzler erwartete, war, dass Großbritannien in der Anfangsphase eines europäischen Krieges zunächst neutral bleiben und versuchen würde, eine diplomatische Lösung zu finden. 1914 zählte Bethmann Hollweg auf die britische Unterstützung, sofern es darum ging, einen Krieg zu vermeiden, nicht jedoch auf dauernde englische Neutralität für den Fall eines europäischen Krieges, zumal alle verfügbaren Nachrichten auf das Gegenteil hindeuteten.“

¹⁰⁹ Ullrich, a.a.O., S. 238

Jedenfalls hat die Annahme, dass Großbritannien neutral bleiben würde, im deutschen Kalkül am Vorabend des Ersten Weltkrieges keine Schlüsselrolle gespielt, obschon man Hoffnungen in dieser Richtung – übrigens berechtigterweise – keineswegs ganz aufgab. Eher ist das Gegenteil richtig. Es war die bestürzende Nachricht, dass Großbritannien offensichtlich im Begriff war, ins gegnerische Lager abzuschwenken, welche den Stein schließlich ins Rollen brachte. Denn dies war bei Lage der Dinge Wasser auf die Mühlen der innenpolitischen Gegner des Kanzlers, die für die Entfesselung eines Präventivkrieges bei der nächstgünstigen Gelegenheit plädierten, um damit der Formierung einer noch engeren Entente zuvorzukommen, durch die das Zarenreich zu einem militanten Kurs ermuntert würde.¹¹⁰ Ich werde im Kapitel 2 dieses Dilemma in Anlehnung an Forschungen von Jack L. Snyder als nicht auflösbares Sicherheitsdilemma beschreiben.

Ein weiterer Aspekt kommt jedoch hinzu, ohne den die Haltung der deutschen Akteure in der Juli-Krise 1914 nicht nachvollziehbar ist. Es ist eine fatale Fehleinschätzung der Reaktion Russlands auf die Drohung Österreich-Ungarns, Serbien mit Krieg zu überziehen. Wie ist es dazu gekommen? Diese Frage hat Richard Ned Lebow untersucht und eine meines Erachtens schlüssige Antwort gefunden.¹¹¹ In seinem Aufsatz: „Kognitive Blockierung und Krisenpolitik: Deutsche Entscheidungsträger im Juli 1914“ hat er die Ursache der deutschen Fehleinschätzung der russischen Reaktion auf die Drohung Österreich-Ungarns, Serbien mit Krieg zu überziehen, in der Blindheit gesehen, die durch frühere Erfolge der deutschen Drohpolitik eingetreten waren. Im entsprechenden Kapitel: „Blindheit durch Erfolg“ schreibt er: „Fünf Jahre zuvor, 1909, hatte Aehrenthal, der österreichische Außenminister, eine Konfrontation mit Serbien und Russland provoziert, indem er einseitig die Annexion von Bosnien-Herzegowina (nominell eine Provinz des Osmanischen Reiches) ankündigte. Weder Serbien noch Russland waren anfangs bereit, diese Willkürmaßnahme zu akzeptieren. Beide Länder verlangten Entschädigungen, und Serbien machte sogar mobil, um seine Entschlossenheit zu demonstrieren. Doch am Ende war Russland gezwungen, sich in das österreichische Vorgehen zu fügen und auf Serbien Druck auszuüben, das gleiche zu tun. Die Kapitulation Russlands war Folge seiner unzureichenden militärischen Vorbereitung und seiner diplomatischen Isolierung [in der Bosnien-Krise 1909, B.N.] gewesen. Weder die russische Armee noch die Zivilverwaltung hatten sich von dem verheerenden Krieg mit Japan von 1905 und der darauffolgenden Revolution völlig erholt. Russlands Verbündeter Frankreich machte zudem deutlich, dass es sich wegen eines Konflikts auf dem Balkan nicht in einen europäischen Krieg hineinziehen lassen werde, während andererseits Bülow, der deutsche Reichskanzler, unerschütterlich hinter seinem Verbündeten Österreich stand. Auf dem Höhepunkt der Krise sandte er ein Ultimatum nach St. Petersburg, in dem er Russland barsch aufforderte, seinen Einfluss auf Serbien zu nutzen und es zu zwingen, die Aktion Österreichs zu dulden. Das vom Krieg geschwächte und von Frankreich im Stich gelassene Russland zog angesichts der vereinten Macht Deutschlands und Österreich-Ungarns widerstrebend der schweren Kriegsniederlage eine diplomatische Demütigung vor.“

Die Bosnische Krise übte auf die deutsche Politik von 1914 offensichtlich einen tiefgreifenden Einfluss aus. So war Bethmann-Hollwegs Szenario mehr oder minder ein Abklatsch der Politik Bülows von 1909...Die Bosnische Krise war das Schlüsselerlebnis, das die deutsche Politik von 1914 prägte. Vor allem der Reichskanzler rechnete fest mit der Möglichkeit, den Erfolg von 1909 wiederholen zu können...Wie wir oben feststellten, kann

¹¹⁰ Diese Meinung Mommsens, dargelegt in seinem Aufsatz: „Innenpolitische Bestimmungsfaktoren der deutschen Außenpolitik“ in: ders.: Der autoritäre Nationalstaat: Verfassung, Gesellschaft und Kultur im deutschen Kaiserreich. – Frankfurt am Main: Fischer, 1990, S. 316-357, hier S. 352 ist plausibel, aber umstritten. Andere Darstellungen gehen davon aus, die deutsche Führung habe in fataler Fehleinschätzung der Situation mit der britischen Neutralität gerechnet.

¹¹¹ Lebow, a.a.O., S. 203

ein früherer Erfolg für die gegenwärtige Realität blind machen. Es scheint, dass dies in Berlin der Fall war. Die deutsche Führung imitierte das Vorgehen in der Bosnischen Krise und erhoffte ein ebenso günstige Ergebnis. Doch die Situationen im Jahre 1909 und 1914 wiesen nur eine oberflächliche Ähnlichkeit auf, und die Bedingungen, die 1909 Bülow's Coup erleichtert hatten, waren nicht mehr gegeben.

Schon vor Ausbruch der Krise deutete alles darauf hin, dass Russland sich nicht ein zweites Mal demütigen lassen werde, aber die deutsche Führung nahm diese politische Realität nicht zur Kenntnis. Das österreichische Ultimatum von 1914 verlangte von Serbien letztlich, seine Souveränität aufzugeben. Da Serbien ein Schützling Russlands war, hätte sein Nachgeben gegenüber österreichischen Forderungen dem russischen Einfluss auf dem Balkan einen schweren Schlag versetzt und einen Verzicht auf die Großmachtstellung des Zarenreiches bedeutet. 1914 stand somit mehr auf dem Spiel als 1909; zudem konnte Russland seine Interessen inzwischen wieder besser verteidigen. Es hatte sich von der doppelten Katastrophe – der äußeren Niederlage und der Revolution im Innern – weitgehend erholt, und sein Wiederaufrüstungsprogramm war bereits weit fortgeschritten, wenn auch sein Abschluss erst für 1916 geplant war. Hinzu kommt, dass Russland diesmal mit der Unterstützung seines Hauptverbündeten rechnen konnte. 1909 hatte Frankreich auf Zurückhaltung gedrängt; 1914 waren die Franzosen einverstanden, dass Russland sich den österreichischen Versuchen widersetze, Serbien zu unterwerfen, und der französische Gesandte in St. Petersburg übertrieb sogar das Ausmaß der Unterstützung durch seine Regierung. Schließlich ist zu bedenken, dass Russlands Ohnmacht in der Bosnien-Krise für seine Führung eine empfindliche Niederlage gewesen war. Sowohl Slawophile wie Pro-Westler waren entschlossen, niemals wieder eine solche Demütigung hinzunehmen. Dass Russland die Vernichtung Serbiens nicht zulassen werde, war, wie Bülow später feststellte, so offensichtlich, dass sie seiner Überzeugung nach „jeder normale deutsche Diplomat“ hätte aussprechen müssen. Doch die deutsche Führung einschließlich des Reichskanzlers begriff die grundlegenden Unterschiede zwischen 1909 und 1914 nicht und hielt hartnäckig an der Auffassung fest, dass Russland nachgeben werde.“¹¹²

Und Großbritannien? Zwar ist Stig Förster darin recht zu geben, dass Großbritannien von allen Großmächten am wenigsten Interesse an einem allgemeinen Krieg hatte.¹¹³ Aber: Die englische Diplomatie war seit Jahrhunderten von dem Prinzip geleitet worden, auf dem europäischen Kontinent ein Machtgleichgewicht zu erhalten. Die aggressive Politik des Wilhelminischen Deutschland hatte bei der englischen Führung den Verdacht erweckt, dass Deutschland Hegemonie-Absichten hegte, und dies veranlasste England, als Gegengewicht u Deutschland eine Annäherung an Frankreich und Russland zu suchen¹¹⁴. Ein deutscher Sieg über Frankreich und Russland hätte in Europa das Mächtigkeitsgleichgewicht zugunsten Deutschlands verschoben und damit die wirtschaftliche Prosperität sowie die geographische Absicherung des britischen Empire ernsthaft bedroht. England hatte zwar keine bindenden Zusagen gemacht, Frankreich zu verteidigen, doch ließ seine Politik in den beiden Marokko-Krisen erkennen, dass wohl keine englische Regierung ihre vitalen Interessen vernachlässigen und tatenlos zusehen würde, wie Deutschland Frankreich besiegte.¹¹⁵ Hinzu kam die vertragliche Verpflichtung Englands, Belgiens Neutralität zu verteidigen. Aufgrund der strategischen Bedeutung Belgiens für England war es unwahrscheinlich, dass England versuchen würde, sich seiner vertraglichen Verpflichtung zu entziehen¹¹⁶. In der Verletzung der belgischen Neutralität aufgrund der Planungen des deutschen Generalstabes sieht

¹¹² zit. nach: Lebow, a.a.O., S. 205-206.

¹¹³ Förster: Die Ursachen, a.a.O., S. 247

¹¹⁴ so korrekt Lebow, a.a.O., S. 212

¹¹⁵ ebd.

¹¹⁶ ebd.

Sebastian Haffner – völlig zu recht – eine der „Todsünden“ des Deutschen Reiches, die zum Kriegseintritt Englands gegen Deutschland führen mussten.¹¹⁷ Da die deutschen Diplomaten der Reichsleitung nach dem Mund redeten und die deutsche Selbsttäuschung durch die mangelnde Bereitschaft zur Aufnahme warnender Hinweise geprägt war, die zum Entwurf einer alternativen Strategie und Krisenbewältigung hätte führen können, trug die deutsche Führung eine enorme Mitschuld am Ausbruch des Weltkrieges, zumal sie sich gleich in den Anfangstagen der Krise auf die bedingungslose Unterstützung des Vorgehens der Führung in Österreich-Ungarn festlegte- Am 28. Juni fielen die fatalen Schüsse von Sarajewo. Wenige Tage später, am 5. Juli, stellte Wilhelm II., der an eine monarchische Solidarität angesichts des bevorstehenden österreich-ungarischen Vorgehens gegen die „Königsmörder“ glaubte und den mit dem ermordeten österreichisch-ungarischen Thronfolger ein herzliches Verhältnis verbunden hatte,¹¹⁸ dem Botschafter Österreich-Ungarns in Berlin, Szögyéni, die uneingeschränkte Unterstützung für eine Aktion gegen Serbien in Aussicht. „Da aber offenblieb, wie die Aktion aussehen sollte, handelte es sich um einen Blankoscheck für Wien.“¹¹⁹ Zum Agieren der deutschen Akteure in der Krise komme ich im nächsten Kapitel.

2.2. Die Juli-Krise 1914 als Beispiel für „Fehlperzeptionen und Fehlkalkulationen:

„In ganz Europa gehen die Lichter aus. Wir werden es nicht mehr erleben, dass sie wieder angezündet werden.“¹²⁰

Ich werde die Juli-Krise 1914, die ausführlich beschrieben wurde, nur kurz abhandeln, sie ist mehrfach beschrieben worden. Nach den tödlichen Schüssen in Sarajewo lag die Entscheidung, ob es zu einer Vergeltungsaktion gegen Serbien kommen sollte, zunächst in Wien.¹²¹ „Es ist schließlich aber auch nicht wahr, dass Österreich zum Kriege gegen Serbien von vornherein fest entschlossen war und dass Deutschland ihm nur in törichter Gutmütigkeit

¹¹⁷ Sebastian Haffner: Die sieben Todsünden des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg. – Bergisch-Gladbach: Lübbe, 2001, Kapitel 2: Der Schlieffenplan. Haffner weist hier sogar nach, dass die Mehrheit des britischen Kabinetts noch am 30. Juli Frieden wollte. Erst die Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland führte zu dem Umschwung im britischen Kabinett (ebd., S. 34-37). Haffner bilanziert: „Man kann rückschauend mit voller Sicherheit sagen, dass England draußen geblieben wäre, wenn Deutschland von einer Invasion Frankreichs abgesehen, also im Osten offensiv und im Westen defensiv gekämpft hätte – wie es ja auch der politischen Logik der Krise entsprochen hätte, die eine reine Ostkrise war. Mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit aber wäre England sogar im Fall einer deutschen Westoffensive wenigstens fürs Erste neutral geblieben, solange Deutschland nur Frankreich angegriffen hätte und nicht Belgien.“ (ebd. S. 36/37). So kann deutlich gezeigt werden, wie Fehleinschätzungen auf allen Seiten den Kriegsausbruch beschleunigt haben. Stig Förster bilanziert daher zu recht: „Gerade das britische Beispiel zeigt, dass die Frage nach dem gewollten Krieg sich nicht ganz eindeutig beantworten lässt. Selbst Politiker, die den Krieg nicht angestrebt hatten, wollten sich seiner Sogkraft nicht entziehen, nachdem er bereits ausgebrochen war. Die Führungen mehrerer anderer Mächte, so etwa jene des Osmanischen Reiches, Bulgariens, Italiens, Rumäniens folgten später diesem fragwürdigen Beispiel. Umgekehrt nahmen auch die bewussten Kriegstreiber eine ambivalente Haltung ein. Es wäre jedoch verfehlt, all dies aus den Zwängen der Bündnissysteme und der Logik der Aufmarschpläne erklären zu wollen. Es gab keine Kraft, größer als Menschenmacht, die den Krieg unvermeidlich werden ließ. Die persönliche Entscheidung und damit die persönliche Verantwortung lag trotz aller Zwänge immer noch bei den Beteiligten. Daß sie sich in dieser Lage von egozentrischen Machtspielen und abstrakten Ehrbegriffen statt von ihrer Verantwortung für das Leben von Millionen leiten ließen, mag vielleicht mentalitätsgeschichtlich erklärbar sein, nicht aber unter Hinweis auf angeblich übergeordnete Interessen.“ (Förster: Die Ursachen..., S. 248).

¹¹⁸ Vgl hierzu: Wolfgang J. Mommsen: War der Kaiser..., a.a.O., ebenso: Mommsen: Bürgerstolz, a.a.O., S. 544 S. 213 sowie: Stig Förster: Wochen der Entscheidung in: DAMALS 5/2004: Der Erste Weltkrieg: Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts., S. 14-19, hier S. 16

¹¹⁹ Förster: Wochen der Entscheidung, a.a.O., S. 16

¹²⁰ Der britische Außenminister Edward Grey am 03. August 1914. Äußerung hier zit. nach: Klaus Wiegrefe: Der Marsch in die Barbarei in: Der 1. Weltkrieg: Die Ur-Katastrophe des 20. Jahrhunderts / Stephan Burgdorff/Klaus Wiegrefe (Hg), a.a.O., S. 13

¹²¹ Ich halte mich hier an den Aufsatz: „Wochen der Entscheidung“ von Stig Förster.

und „Nibelungentreue“ einen „Blankoscheck“ gab. Österreich war zunächst ganz unentschlossen. Entschlossen für Krieg war nur der Generalstabschef Graf Conrad von Hötzendorf, der ihn schon ein halbes Dutzend Mal vorher gefordert hatte – Krieg gegen Serbien war sein langem sein „Ceterum Censeo“¹²². Der Außenminister, Graf Berchtold schwankte zunächst noch, der Kaiser Franz Josef hatte schwere Bedenken, der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza war leidenschaftlich dagegen. Da man sich in Wien nicht einigen konnte, schob man die Entscheidung Deutschland zu. Die Entscheidung für den Krieg Österreichs gegen Serbien fiel in Deutschland, in Potsdam, am 5. Juli 1914. Und zwar fiel die Entscheidung ausdrücklich auch für den Fall, dass aus dem Krieg gegen Serbien „ernste europäische Komplikationen“ entstehen sollten. Man war in Deutschland bereit, den europäischen Krieg auszulösen. Man hielt den Anlass für günstig. Nachdem diese Entscheidung gefallen war, war es dann nur konsequent, dass Deutschland in der Krise der letzten Juliwoche gegen alle Gewohnheit darauf bestand, die Aktion gegen Serbien solle als Österreichs Privatangelegenheit behandelt werden und dass es jede Beteiligungsaktion durch die Mächte blockierte. Wenn Deutschland 1914 hätte den Frieden bewahren wollen, wäre das ganz unverständlich gewesen.¹²³

Es ist daher auch relativ unergiebig, darüber nachzudenken, ob die Entscheidung der deutschen Führung, Österreich zu unterstützen, tatsächlich erst am 5. Juli 1914 in dem erwähnten Gespräch zwischen Wilhelm II. und dem österreichisch-ungarischen Botschafter gefallen ist, oder die Entscheidung schon vorher gefallen ist. Wolfgang Mommsen schreibt hierzu: „In der Tat setzte sich in Berlin bereits Anfang Juli die Ansicht durch, dass man in dieser Situation der verbündeten Donaumonarchie nicht ein weiteres Mal in den Arm fallen dürfe, ohne den Bestand des Bündnisses aufs Spiel zu setzen. Man entschied sich daher für eine Neuauflage der Risikostrategie, die Kiderlen-Wächter sowohl 1908 als auch Ende 1912 erfolgreich angewandt hatte: Durch ein unbedingtes Eintreten für den Bundesgenossen sollte Russland erneut zum Zurückweichen gezwungen werden. Die Armeeführer versicherten, dass die militärische Lage für die Mittelmächte nie wieder so günstig sein würde wie jetzt. Dadurch wurde die Sorge abgeschwächt, dass Russland vielleicht doch zugunsten Serbiens intervenieren könnte, obwohl es nach Auskunft des Generalstabs noch „nicht fertig“ war. Daher entschloss sich die Reichsleitung, mit ihrem bisherigen politischen Kurs zu brechen, der Österreich-Ungarn immer wieder auf eine Verständigung mit Serbien verwiesen hatte. Nun wollte man den erwarteten Konflikt über Serbien hochkommen lassen, auch auf die Gefahr eines allgemeinen europäischen Krieges hin.“¹²⁴

Die entscheidende Fehleinschätzung der deutschen Reichsleitung lag darin, dass sie zu jenem Zeitpunkt damit rechnete, dass sich ein Krieg gegen Serbien lokalisieren ließe, auch wenn Reichskanzler Bethmann Hollweg gegenüber seinem Privatsekretär Kurt Riezler einräumte: „Eine Aktion gegen Serbien kann zum Weltkrieg führen“ Wie Haffner oben zeigte, hatte die deutsche Führung es versäumt, ihre Unterstützung gegenüber einer Aktion Österreichs gegen Serbien an konkrete Bedingungen zu knüpfen, etwa daran, dass sich ein Krieg lokalisieren ließe. Währenddessen reifte in Wien die Entscheidung zum Krieg. Mitte Juli gab dann der ungarische Ministerpräsident Tisza seinen anfänglichen Widerstand gegen einen Vergeltungsschlag gegen Serbien auf. Doch dann traten weitere Verzögerungen ein. Generalstabschef Conrad von Hötzendorff wollte es nicht bei der demonstrativen Besetzung Belgrads, die zunächst erwogen worden war, belassen. Die serbische Armee sollte vernichtend geschlagen werden, doch viele Soldaten und Reservisten befanden sich bis 22.

¹²² Man beachte die Parallellität, mit der der deutsche und der österreichisch-ungarische Generalstab einen Präventivkrieg forderten.

¹²³ Haffner: Die Todsünden..., S. 28/29

¹²⁴ Mommsen: War der Kaiser..., a.a.O., S. 213/14

Juli auf Ernteeinsatz. Eine weitere Verzögerung trat ein, weil sich der französische Präsident und sein Ministerpräsident bis zum 23. Juli auf Staatsbesuch in St. Petersburg aufhielten. Das Ultimatum an Serbien sollte erst nach der Rückreise der französischen Staatsmänner erfolgen, um den Regierungen Frankreichs und Russlands keineswegs die Möglichkeit zu „hautnahem Krisenmanagement“ (Stig Förster) zu geben.

Die Österreicher verhielten sich also nicht in der Weise, wie es die deutsche Reichsleitung vorausgesetzt hatte, nämlich rasch und entschieden gegen Serbien vorzugehen, solange die Entrüstung über die Morde von Sarajevo an den europäischen Fürstenhöfen noch frisch sei. Bethmann Hollweg hatte ursprünglich gemeint: „Ein schnelles fait accompli und dann freundlich gegen die Entente, dann kann der Chok ausgehalten werden.“¹²⁵ „Stattdessen wurde die deutsche Diplomatie nun in die ungewünschte Lage gebracht, Wien zu einem raschen Vorgehen drängen zu müssen, auch wenn dies ihre Ausgangsposition kompromittierte und sie womöglich am Ende als der eigentliche Kriegstreiber dastehen würde.“¹²⁶

Die Reichsleitung hatte gehofft, dass bei einem schnellen Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien, solange die Entrüstung über die Morde in Sarajevo noch frisch war, Russland einen Angriff Österreich-Ungarns gegen Serbien tolerieren würde: „Bethmann Hollweg und seine Berater....rechneten sich gleichwohl eine gute Chance dafür aus, dass Russland, wie schon 1908, erneut zu einem diplomatischen Rückzug gezwungen werden könne, da keine der anderen Mächte sonderliche Neigung verspüre, ihm wegen der serbischen Frage beizuspringen....Sollte Russland ein militärisches vorgehen der Donau-Monarchie gegen Serbien schließlich doch hinnehmen, dann würde nicht nur eine Stabilisierung der Machtstellung des verbündeten Kaiserstaates erreicht sein, sondern es wäre auch die russische Kriegspartei gedemütigt und demoralisiert. Mehr noch: Für diesen Fall rechneten sich der Kanzler und seine Umgebung die Chance aus, das gegnerische Bündnissystem zu sprengen und Russland womöglich sogar dazu zu bringen, anstelle der gescheiterten Entente mit Frankreich und England ein dauerhaftes Bündnis mit dem Deutschen Reich einzugehen. Das wäre die Erfüllung der geheimen Träume aller in der Nachfolge Bismarcks stehenden deutschen Staatsmänner gewesen. Im übrigen stellte das deutsche Kalkül von vornherein den Friedenswillen insbesondere Frankreichs, aber auch Großbritanniens, als Aktivposten in die eigene Rechnung ein. Es kam freilich alles darauf an, Russland nach außen hin die Entscheidung über Krieg oder Frieden zuzuschieben. Dafür aber erschien ein „kleiner Krieg“ Österreich-Ungarns gegen das Königsmörder tolerierende Serbien, der sich vor der Weltöffentlichkeit völkerrechtlich wie moralisch gleichermaßen als gerechtfertigt darstellen ließ, in besonderem Maße geeignet.

Diese Erwägungen standen unter dem Einfluss der Theorie des „kalkulierten Risikos“, wie sie Kurt Riezler, der damals als persönlicher Referent Bethmann Hollwegs tätig war, zuvor in einem Buch „Grundzüge der Weltpolitik der Gegenwart“ entwickelt hatte. Keine der Großmächte, so hatte Riezler argumentiert, sei heutzutage von sich aus dazu bereit, in Ansehung der unabsehbaren Konsequenzen einen großen europäischen Krieg auszulösen. Eben dieser Umstand aber gewähre jener Macht, die am zähesten, geschmeidigsten und am entschlossensten auftrete, einen potentiellen, wenn auch nur begrenzten, dennoch realen Spielraum, um ihre eigenen Zielsetzungen ohne Krieg durchzusetzen.“¹²⁷ Genau dies entsprach der Politik des „kalkulierten Risikos“, die Bethmann-Hollweg in der Juli-Krise betrieb. Die deutsche Reichsleitung hatte jedoch zwei schwere Fehleinschätzungen begangen: sie hatte damit gerechnet, den Krieg lokalisieren zu können und sie hatte mit einer schnellen

¹²⁵ hier zit. nach: Mommsen: War der Kaiser, a.a.O., S. 217, auch in: Mommsen: „Bürgerstolz, a.a.O., S. 547

¹²⁶ Mommsen: War der Kaiser, a.a.O., S. 217

¹²⁷ Mommsen: Bürgerstolz, a.a.O., S. 547/548

Reaktion Österreich-Ungarns gerechnet¹²⁸. Die dritte Fehleinschätzung: Entgegen allen Erwartungen schlug die serbische Regierung das Ultimatum nicht glatt aus, sondern kam den österreichischen Forderungen sehr weit entgegen. Damit aber entfiel jede Legitimation für ein militärisches Vorgehen gegen Serbien, auf der das gesamte deutsche Kalkül in der Julikrise aufgebaut war. Ging Österreich-Ungarn auf die serbische Antwort nicht ein, so war für die Staatsmänner der Entente klar, dass die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn nur einen Vorwand suchten, um die entscheidende Kraftprobe zu riskieren¹²⁹. „Jetzt rächte es sich, dass die Berliner Regierung kein Krisenkonzept besaß, das eine flexible Reaktion erlaubte. Eine diplomatische Lösung vor dem anlaufen der militärischen Aktion gegen Serbien hatte man von vornherein aus den Überlegungen ausgeklammert. So lief das Ganze fast zwangsläufig auf die Alternative hinaus: diplomatische Niederlage der Entente oder Weltkrieg.“¹³⁰

Hier hat man es mit dem klassischen Sicherheitsdilemma zu tun, welches Jack L. Snyder wie folgt beschrieb: „Neither deterrent nor spiral axioms can resolve this kind of security dilemma. Unyielding, „deterrent“ policies may be stabilizing when they defend a balanced status quo, because they induce caution in those who would overturn the balance. Given the circumstances and presuppositions of 1914, however, balance was unobtainable. There could be only an imbalance favoring one side or the other. As a consequence, threats did not produce caution; rather, they, underscored the zero-sum nature of the strategic competition, the dangers of inferiority, and the virtual inevitability of war. Directed toward the inferior party, threats heightened its resolve to redress the imbalance. Directed toward the superior party, threats encouraged it to strike before the balance was redressed.... Under the pressure of the security dilemma, this did not make them cautious but rather led them to seek an advantageous occasion to start the conflict.“ Genau dieses Sicherheitsdilemma prägte die Entscheidung der Akteure in der Juli-Krise 1914¹³¹ und führte zu zahlreichen Fehleinschätzungen über die Reaktion der beteiligten Mächte. Insofern kann man in der Tat mit Lebow und Gert Krell die Juli-Krise als Beispiel für Fehlwahrnehmungen und Fehlkalkulationen betrachten.

Gert Krell fasst den Aufsatz Lebows zur Juli-Krise treffend zusammen: „Sie wissen vielleicht..., dass die militärische und die politische Führung des Deutschen Reiches in der Juli-Krise 1914, die zum Ersten Weltkrieg führte, davon ausging, der Krieg gegen Serbien, mit dem sie rechnete, auf den sie sogar hinarbeitete, werde nicht zu einem Weltkrieg führen; sie glaubte, ihn lokalisieren oder wenigstens auf einen europäischen Kontinentalkrieg begrenzen zu können. Die russischen Warnungen wurden vom deutschen Botschafter in Sankt Petersburg nicht ernst genommen oder jedenfalls nicht nach Berlin weitergegeben. Der deutsche Botschafter in London jedoch, Fürst Lichnowsky, hat die Reichsleitung korrekt informiert und nachdrücklich zur Mäßigung aufgefordert. Die erhoffte Lokalisierung des Konflikts auf dem Balkan sei unwahrscheinlich, jedenfalls werde England nicht neutral bleiben, wenn es zu einem größeren Kontinentalkrieg kommen sollte. Lichnowsky bat seine Regierung darum, dem „deutschen Volk einen Kampf zu ersparen, bei dem es nichts zu gewinnen und alles zu verlieren hat“¹³² Wie Sie denn auch wissen, hat die Reichsleitung ihre Fehleinschätzung nicht korrigiert. Sie hatte es versäumt, sorgfältig die Folgen eines

¹²⁸ Wenn die Reichsleitung – wie Lebow schreibt – tatsächlich bis zum 29. Juli 1914 von der britischen Neutralität überzeugt war – Mommsen geht davon ja nicht aus -, so wäre dies die vierte folgenschwere Fehleinschätzung der Krise.

¹²⁹ So korrekt Ullrich, a.a.O., S. 258

¹³⁰ ebd.

¹³¹ im weiteren Verlauf seines Aufsatzes differenziert Snyder verschiedene Arten des Sicherheitsdilemmas. Ich komme darauf im Verlauf meiner Ausführungen weiter unten zu sprechen.

¹³² Lebow, a.a.O., S. 213, Krell, a.a.O., S. 352

Kontinentalkrieges gegen da Ziel abzuwägen, Österreichs Großmachtstellung zu erhalten. Ihre Erwartung, ein österreichisch-serbischer Krieg könne, wenn nicht auf den Balkan, so doch wenigstens auf einen Kontinentalkrieg ohne England begrenzt werden, war so tief verwurzelt, alle konkurrierenden Informationen waren so beharrlich ignoriert worden, dass sie schließlich, als der unerwartete, aber selbst verschuldete „worst case“ dann doch eintrat, schockiert und nicht mehr in der Lage war, die letzte Chance zur Korrektur zu nutzen; stattdessen fügte sie sich in das scheinbar Unvermeidliche. Sie wollte den Lokalkrieg Österreich-Ungarns gegen Serbien und war bereit, dafür einen Kontinentalkrieg in Kauf zu nehmen. Damit aber hat sie den Weltkrieg, der aus dem Kontinentalkrieg hervorging und bei dem sie nichts gewinnen und alles verlieren würde, wie ihr Botschafter in London vorausgesagt hatte, fahrlässig herbeigeführt.¹³³

Alles andere in der Juli-Krise sind diplomatische Spielchen bzw. machiavellistisches Kalkül. Machiavellistisches Kalkül war es, in der Krise alles zu unterlassen, was darauf hindeuten könnte, dass man in Berlin mit kriegerischen Entwicklungen rechnete. Deshalb wurde davon abgesehen, Generalstabschef Moltke aus seinem Sommerurlaub zurückzuholen, und auch sein Stellvertreter, Graf von Waldersee, wurde in Urlaub geschickt. Vor allem aber überredete Bethmann Hollweg den Kaiser, seine bevorstehende Nordlandfahrt, die er erst am 26. Juli abbrach, zunächst wie geplant anzutreten. „Bethmann aber nutzte seinen plötzlichen Handlungsspielraum [durch die Abwesenheit des Kaisers und des Generalstabschefs, B.N.] zu einer machiavellistischen Intrige. Während er die Wiener Regierung unablässig zum Losschlagen gegen Serbien drängen ließ, denn die Zeit sei günstig, leitete er in Berlin Vorbereitungen für den Mobilmachungsfall ein...Bethmann hintertrieb [nach dem österreichisch-ungarischen Ultimatum an Serbien am 23. Juli] alle Vermittlungsvorschläge des britischen Außenministers Grey, um dem Bündnispartner seinen Krieg gegen Serbien zu ermöglichen.“¹³⁴ Volker Ulrich hat hierzu treffend bemerkt: „Eben weil die Reichsleitung die Eröffnung des österreichisch-serbischen Krieges als entscheidende Eskalationsstufe ihrer Risikopolitik brauchte, behandelte sie alle britischen Vermittlungsinitiativen bis zum Beginn der Feindseligkeiten entweder ablehnend oder dilatorisch. Im Foreign Office war man über die Weigerung Berlins, gemeinsam mit London nach Wegen aus der Krise zu suchen, entrüstet. So bemerkte Unterstaatssekretär Nicolson am 27. Juli: „Wir sind Zeugen eines höchst zynischen und verwegenen Vorgehens, und Deutschland sollte um seines eigenen Ansehens willen durch Taten beweisen, dass es nicht gewillt ist, sich daran zu beteiligen.“ Spätestens mit der Ablehnung der serbischen Antwortnote durch Österreich-Ungarn interpretierten nicht nur die russische, sondern auch die französische und die britische Regierung die deutsche Politik als kriegsbereit, und alle drei zeigten sich entschlossen, auf diese Provokation mit Entschiedenheit zu antworten.“¹³⁵

Am 28. Juli erfolgte dann tatsächlich die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien. „Europa stand am Rande der allgemeinen Katastrophe.“¹³⁶ In Berlin wurde die Vorbereitung auf den für immer wahrscheinlicher gehaltenen großen europäischen Krieg zunehmend durch die innenpolitisch motivierte Taktik bestimmt, Russland als den Verantwortlichen für den Ausbruch des Konflikts erscheinen zu lassen. Nur unter dieser Voraussetzung konnte Bethmann Hollweg hoffen, die Unterstützung auch der deutschen Sozialdemokratie für den Krieg zu finden. „Russland aber muss rücksichtslos unter allen Umständen ins Unrecht gesetzt werden.“, forderte der Reichskanzler in einem Telegramm an Wilhelm II. vom 26. Juli. Der Telegrammwechsel zwischen Wilhelm II. und Zar Nikolaus dem II. diente eindeutig

¹³³ Krell, a.a.O., S. 353

¹³⁴ Förster: Die Ursachen, a.a.O., S. 242

¹³⁵ Ullrich, a.a.O., S. 258

¹³⁶ Förster: Die Ursachen, a.a.O., S. 242. Ein

diesem Ziel.¹³⁷ Es war denn auch die russische Führung, die in letzter Minute tatsächlich den gewünschten Vorwand zum Kriegsausbruch lieferte. Nach zähem Ringen war es dem russischen Außenminister Sasonow am 30. Juli gelungen, den Zaren davon zu überzeugen, die militärisch unsinnige Teilmobilmachung in eine volle Mobilisierung umzuwandeln. Damit waren die zum Krieg gefallen. Am 31. Juli, als die russische Mobilmachung anließ, traf ein deutsches Ultimatum in St. Petersburg ein. Am nächsten Tag mobilisierte auch das Deutsche Reich, was laut Planung einen sofortigen Angriff auf Belgien nach sich zog und damit den Krieg im Westen eröffnete. Dieser Völkerrechtsbruch verlieh dem britischen Kabinett genügend Argumente, um entgegen der Mehrheitsmeinung in der eigenen Liberalen Partei in den Krieg einzutreten und Frankreich zu Hilfe zu kommen. So begann der Erste Weltkrieg.¹³⁸

Russland hatte sich – nicht wie 1909 – zurückgehalten. Das Kalkül der Reichsleitung, mit dem österreichisch-serbischen Konflikt die Kriegswilligkeit Russlands zu prüfen, war zwar aufgegangen, aber diese Politik war eben keine Politik des „kalkulierten Risikos“ mehr, da England in dem bevorstehenden Konflikt auf Seiten Frankreichs und Russlands eingriff. Kurz zuvor, am 29. Juli – nach Eröffnung der österreichischen Kampfhandlungen gegen Serbien und der darauf erfolgten russischen Teilmobilmachung hatte dies der englische Außenminister Grey der deutschen Regierung mitgeteilt. Erst daraufhin unternahm die deutsche Regierung zum ersten Mal den Versuch, die Eskalation der Krise abubrechen und den Bündnispartner auf den Weg einer diplomatischen Lösung der Krise zu drängen.¹³⁹ Doch wie sollte die Wiener Regierung für dieses „plötzliche Bremsmanöver“ (Volker Ullrich) Verständnis aufbringen, nachdem sie zuvor von Berlin immer nur in entgegengesetzter Weise beeinflusst worden war? Die Risikoschwelle zum Weltkrieg war bereits überschritten. Am 30. Juli musste der Kanzler vor dem preußischen Staatsministerium eingestehen, dass „die Direktion verloren (gegangen) und der Stein ins Rollen geraten“ sei. Die deutsche Politik des kalkulierten Risikos war gescheitert, weil sie von vornherein mit unkalkulierbaren Risiken belastet war.

Diese Kurzzusammenfassung der Juli-Krise zeigt eindeutig, dass Wolfgang J. Mommsen mit seiner Feststellung recht hat: „In Wahrheit war der Krieg das Resultat des machiavellistischen Kalküls einer kleinen, innerlich bereits überlebten Führungsschicht, welche in einer kritischen weltpolitischen Situation leichtfertig und mit zu hohem Einsatz gespielt hatte, weil sie hoffte, derart ihre eigene geschwächte Machtstellung stabilisieren zu können. Walther Rathenau hat diesen Sachverhalt im Dezember 1914 in unübertroffener Weise zum Ausdruck gebracht: „In diesem Krieg klingt ein falscher Ton, es ist nicht 1813, nicht 1866, nicht 1870. Notwendig oder nicht, höhere Gewalt oder nicht – so, wie es hier geschah, musste es nicht geschehen.“¹⁴⁰

Versucht man abschließend ein Gesamturteil über die deutsche Risikopolitik in der Julikrise, so bietet sich – in Anlehnung an Volker Ullrich – vielleicht folgende Kurzformel an: Die hausgemachte Einkreisungs-Psychose, vor allem die Furcht vor einer angeblich drohenden „russischen“ Gefahr, verbunden mit dem Bedürfnis, endlich den gordischen Knoten der innenpolitischen Blockade zu durchschlagen, trieben die deutsche Reichsleitung in eine hochgefährliche Konfliktstrategie mit den Ententemächten, die auf einer völlig ungesicherten, im Kern realitätsfernen militärischen Lagebeurteilung beruhte und die – mit innerer Folgerichtigkeit – zum Weltkrieg eskalierte. Bedrohungsangst und Aggressionslust waren auf

¹³⁷ vgl. Mommsen: War der Kaiser..., a.a.O., S. 219

¹³⁸ Förster: Wochen der Entscheidung, a.a.O., S. 19

¹³⁹ Es ist umstritten, ob dieser Vermittlungsvorschlag auf Drängen Wilhelms II. erfolgte, wie Mommsen es darstellt (vgl. Mommsen: War der Kaiser..., a.a.O., S. 217/18) oder ob es sich um eine „Angstreaktion“ des Reichskanzlers Bethmann handelte, als er am Abend des 29. Juli die Warnung Greys, England werde im bevorstehenden Konflikt nicht neutral bleiben, erhielt (Lebow, a.a.O., S. 217 f.).

¹⁴⁰ hier zit. nach: Mommsen: Bürgerstolz, a.a.O., S. 563.

eigentümliche Weise miteinander verknüpft. „Es ist deshalb auch müßig, darüber zu streiten, ob die deutsche Politik im Juli 1914 offensiv oder defensiv gewesen sei: Sie war beides zugleich.“¹⁴¹ Auf jeden Fall ist die Bilanz Hans-Ulrich Wehlers zutreffend: „An der Bedeutung der welthistorischen Zäsur ist nicht zu rütteln: Als im August 1914 wegen der deutschen Kriegspolitik für Europa die „Urkatastrophe“ (Kennan) des Ersten Weltkrieges ausbrach, endete das lange 19. Jahrhundert und das kurze 20. Jahrhundert bis 1990 begann...“¹⁴²

Lässt man die ältere apologetische Version vom „Hineinschlittern“ der europäischen Mächte in den Weltkrieg beiseite, die kaum noch Fürsprecher findet, so stehen sich bis heute in der Geschichtswissenschaft im wesentlichen drei Interpretationen gegenüber.¹⁴³ Die erste verbindet sich mit dem Namen Fritz Fischers und seiner Schüler, die nachzuweisen glaubten, die deutsche Reichsleitung habe im Juli 1914 in der sicheren Erwartung, England neutral halten zu können, den Kontinentalkrieg mit Russland und Frankreich provoziert, um über die Erringung einer Hegemonie in Europa endlich auch den deutschen Anspruch auf eine Weltmachtstellung in die Tat umzusetzen. Eine zweite Gruppe von Historikern, repräsentiert vor allem durch Wolfgang J. Mommsen und Hans-Ulrich Wehler, interpretiert die deutsche Politik im Juli 1914 vor dem Hintergrund der verfahrenen innenpolitischen Lage des Kaiserreichs. Angesichts wachsender innerer Schwierigkeiten und mangels Reformalternativen hätten sich die in die Defensive gedrängten konservativen Führungsschichten dazu entschlossen, die „Flucht nach vorn“ anzutreten, das heißt die system-immanente Blockade durch eine aggressive Wendung nach außen zu durchbrechen.

Das deutsche Handeln in der Julikrise war demnach nicht Ergebnis einer zielstrebigem Kriegsplanung zur Durchsetzung expansiver Ziele, sondern Ausdruck einer primär innenpolitisch bedingten Krisenbewältigungsstrategie, mit deren Hilfe die traditionellen Eliten ihre gefährdete Machtstellung stabilisieren wollten. Eine dritte Gruppe, zu deren Exponenten unter anderem Egmont Zechlin, Karl Dietrich Erdmann, Andreas Hillgruber und Klaus Hildebrand zu rechnen sind, betrachtet demgegenüber die Entscheidungen des Juli 1914 vornehmlich im Lichte außenpolitisch-strategischer Überlegungen. In der damaligen Krisensituation sei es darum gegangen, den Prozess einer ständigen Verschlechterung der internationalen Position des Reiches umzukehren und damit letztlich seine Bewegungsfreiheit als Großmacht zu bewahren. In einer als defensiv verstandenen Gesamtkonstellation habe die Reichsleitung zu einer diplomatischen Offensive Zuflucht genommen, die zwar von vornherein das Risiko eines großen Krieges einkalkulierte, diesen aber nicht wirklich herbeiführen wollte. Vielmehr habe sie gehofft, den österreichisch-serbischen Konflikt lokalisieren zu können. Mit dieser Politik des „kalkulierten Risikos“ sei sie indessen gescheitert.

Keine der hier nur kurz skizzierten Denkschulen kann für sich beanspruchen, auf alle Probleme, die sich im Zusammenhang mit dem Kriegsausbruch 1914 und der Rolle der deutschen Reichsleitung stellen, überzeugende Antworten gegeben zu haben. Alle genannten Aspekte sind bei einer Analyse der Ursachen des Krieges zu berücksichtigen. Fritz Fischers große Leistung ist zweifellos, die Frage nach den ökonomischen und gesellschaftlichen Antriebskräften des deutschen Hegemoniestrebens und damit auch die nach den Kontinuitätslinien zwischen Kaiserreich und Drittem Reich scharf markiert zu haben. Für seine Deutung scheint zunächst der Umstand zu sprechen, dass schon kurz nach Kriegsausbruch sehr weitreichende Kriegsziele formuliert wurden, die dann im berühmt-

¹⁴¹ Ullrich, a. a. o., S. 263

¹⁴² Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte Band 3, a.a.O., S. 1168

¹⁴³ Ich folge hier Ullrich, a.a.O., S. 251 f.

berüchtigten Septemberprogramm Bethmann Hollwegs ihren Niederschlag fanden. In seinem zweiten großen Werk *Krieg der Illusionen* von 1969 hat Fischer dokumentiert, dass in diesem Kriegszielprogramm nichts auftaucht, was nicht schon vor 1914 von einflussreichen wirtschaftlichen Interessengruppen und nationalen Agitationsvereinen gefordert worden wäre.

Volker Ullrich hat in seinem hervorragenden Werk: „Die nervöse Großmacht“ von 1997, deren Argumentation ich hier folge, jedoch gut herausgearbeitet, dass es Fischer nicht gelungen ist, überzeugend nachzuweisen, dass die aus ökonomischen Interessen abgeleiteten Ziele tatsächlich die Entscheidungen der maßgeblichen politischen Instanzen in Berlin bestimmt haben und nicht erst als Reaktion auf den Kriegsausbruch und in Überschätzung der ersten großen militärischen Erfolge Eingang in die politischen Überlegungen der Reichsleitung gefunden haben. Unaufgelöst bleibt zudem der Widerspruch zwischen der von Fischer behaupteten Dominanz sozioökonomischer Faktoren und der zugleich von ihm betonten individuellen Verantwortung für die Auslösung des Krieges, was in seiner Äußerung: „Zwei oder drei Leute entschieden das Schicksal Europas“ treffend verdeutlicht wird. Als revisionsbedürftig hat sich schließlich die Annahme Fischers erwiesen, dass der Reichskanzler und seine Mitarbeiter – ich habe dies oben im Zitat Mommsen schon ausgeführt – fest mit der britischen Neutralität gerechnet hätten. Für die meisten politisch Verantwortlichen in der Reichsleitung lässt sich dies vielmehr nicht nachweisen.¹⁴⁴

Der von Wolfgang J. Mommsen und Hans-Ulrich Wehler gewählte Ansatz scheint geeignet, ein schlüssiges Erklärungsmodell für das Verhalten von Machteliten in Krisensituationen zu liefern: „Eliten, die sich derart mit dem Rücken zur Wand verteidigen, ist in erhöhtem Maße die Einstellung eigen, hohe Risiken einzugehen, um ihre Spitzenposition in der soziopolitischen Hierarchie zu behaupten.“¹⁴⁵ Das Problem dieser Deutung besteht – ähnlich wie bei Fischer – in der Verbindung der allgemeinen soziostrukturellen Erklärungsebene mit den konkreten Entscheidungen deutscher Politik in der Julikrise. Von Bethmann Hollweg sind mehrfach Äußerungen überliefert, in denen er sich nachdrücklich von der Vorstellung distanzierte, man könne mittels eines Krieges die innere Ordnung des Kaiserreiches stabilisieren. So wies er gerade am Tage des Blankoschecks am 6. Juli 1914 die Auffassung des konservativen Parteiführers von Heydebrand, „ein Krieg würde zu einer Stärkung der patriarchalischen Ordnung und Gesinnung führen“, als „empörenden Unsinn“ zurück. Die entscheidende Frage ist, wie hoch man den innenpolitischen Spielraum des Kanzlers veranschlagt und ob man ihm – trotz seiner geschwächten Position – ein gewisses Maß an Entscheidungs- und Durchsetzungsfähigkeit zugesteht oder ob man den „Bürokraten an der Spitze der kaiserlichen Regierung“ (Hans-Ulrich Wehler) lediglich als Gefangenen „in der Polykratie der formellen und informellen Entscheidungszentren“ sieht, der die Reichspolitik weder führen noch koordinieren können¹⁴⁶.

Den Forschungen vor allem Zechlins und Hillgrubers verdanken wir eine differenzierte Motivanalyse der handelnden deutschen Politiker in den verschiedenen Phasen der zum Weltkrieg eskalierenden Krise. Die auf Persönlichkeit und Konzeption Bethmann Hollwegs konzentrierte Sichtweise bringt es allerdings mit sich, dass die Darstellung der sozioökonomischen Grundlagen der deutschen Weltpolitik und der innenpolitischen Zwänge, denen sich der Kanzler ausgesetzt war, in den Hintergrund rückt. Problematisch erscheint auch die Kennzeichnung der deutschen Politik als „präventive Abwehr“ einer „als zunehmend gefährlich erscheinenden außenpolitischen Bedrohung.“¹⁴⁷ Denn von einem „Prävenire“ kann

¹⁴⁴ Ullrich, a.a.O., S. 253

¹⁴⁵ Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, a.a.O., S. 1168, hier zit. nach Ullrich, a.a.O., S. 254

¹⁴⁶ Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, a.a.O., S. 1159, hier zit. nach Ullrich, a.a.O., S. 254

¹⁴⁷ so E. Zechlin: Ein Nachwort in W. Schieder (Hrsg.): Erster Weltkrieg. Ursachen, Entstehung und Kriegsziele, Köln, Berlin, 1969, hier zit. nach Ullrich, a.a.O., S. 254

man im üblichen Wortsinn nur sprechen, wenn von der Gegenseite die unmittelbare Gefahr einer Aggression droht. Diese Situation war im Juli 1914 nachweislich nicht gegeben. Es gibt auch keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass die Entente für 1916/17 einen Angriffskrieg plante. Hier wird relativ unkritisch die Sichtweise der handelnden deutschen Akteure der Juli-Krise übernommen, obwohl diese sich – wie oben gezeigt – nicht durch besonderen Realitätssinn ausgezeichnet hatten.

Was die Motive von Reichskanzler Bethmann Hollweg angeht, der ohne Frage in der Juli-Krise 1914 eine Schlüsselrolle gespielt hatte, sind außer dem amtlichen Schriftverkehr keine privaten Dokumente überliefert, die Aufschlüsse über seine wirklichen Intentionen geben könnten. Umso größere Bedeutung kommt dem Tagebuch seines Vertrauten Kurt Riezler zu, das Karl Dietrich Erdmann 1972 veröffentlicht hat. Bedenken gegen die Authentizität des Tagebuches scheinen nicht stichhaltig zu sein.¹⁴⁸ Dieser Quelle muss daher weiterhin ein zentraler Stellenwert in der Auseinandersetzung um die Kriegsschuldfrage zugesprochen werden. Zum einen deshalb, weil Riezler in den kritischen Julitagen 1914 immer in der Nähe des Reichskanzlers gewesen ist und sein Vertrauter war. Zum anderen besteht zwischen der von Riezler in seinem Anfang 1914 unter dem Pseudonym J. J. Ruedorffer veröffentlichten Buch *Grundzüge der Weltpolitik der Gegenwart* entwickelten Theorie des kalkulierten Risikos und der politischen Konzeption des Kanzlers in der Juli-Krise ein auffälliger Zusammenhang. Angesichts der hochgerüsteten, in zwei Lager erstarrten Bündnissysteme, so Riezlers bereits oben kurz dargestellte Theorie, könne nur der Staat eine Verschiebung der Mächtekonstellation erreichen, der mit der Methode des „Bluffs“ die Kriegsdrohung möglichst überzeugend vortrage, das heißt zu einer Risikopolitik hart am Rande des Krieges bereit sei. Solche Vorstellungen haben im Sommer 1914 die Hemmschwelle unter den deutschen Politikern offenkundig gesenkt; diese ließen sich auf ein „todernstes Spiel“ ein, „das sie zwar zu kalkulieren versuchten, das aber doch insgesamt unwägbar war.“¹⁴⁹ Die Aufzeichnungen Riezlers zeigen eines ganz deutlich: als die Reichsleitung mit ihrem Blankoscheck dem Verbündeten Österreich-Ungarn freie Hand für eine militärische Aktion gegen Serbien gab, war sie nicht kriegswillig in dem Sinne, dass sie den großen Krieg unter allen Umständen herbeiführen wollte; wohl aber tat sie alles, um diesen Krieg unvermeidlich zu machen. Kein festumrissenes Eroberungsprogramm trieb diese Politik an, auch nicht eine exzessiv übersteigerte sozialimperialistische Krisenstrategie, sondern ein merkwürdiges Gemisch, irrationalen Erwartungen und dilettantischen Fehlleistungen.

Wenn man die verschiedenen historischen „Schulen“ zum Kaiserreich einmal mit den Theorien in den Internationalen Beziehungen vergleicht, so kann man meines Erachtens¹⁵⁰ sowohl die Schule Fritz Fischer als auch die Gruppe um Hans-Ulrich Wehler und Wolfgang J. Mommsen dahingehend zusammenfassen, dass sie von einer Interdependenz zwischen Innen- und Außenpolitik des Kaiserreiches ausgehen. Nicht umsonst wird der Erste Weltkrieg von Ihnen als „Flucht nach vorn“ interpretiert.

Vergleicht man nun die entsprechenden Theorien der Internationalen Beziehungen mit dieser Gruppe, so lassen sie sich meines Erachtens dem Liberalismus in der Tradition Czempels zuordnen¹⁵¹. Zwar gehen beide Theorien nicht (mehr) von einem „Primat der Innenpolitik“¹⁵²

¹⁴⁸ so die Ansicht Volker Ullrichs, a.a.O., S. 255, der ich hier folge.

¹⁴⁹ Klaus Hildebrand: *Das vergangene Reich*, a.a.O., S. 302, hier zit. nach: Ullrich, a.a.O., S. 254

¹⁵⁰ dieses sind eigene Gedanken zum Thema.

¹⁵¹ Die verschiedenen politischen Theorien in den Internationalen Beziehungen werden gut abgehandelt in: Krell: *Weltbilder und Weltordnung*, a.a.O. oder Jürgen Hartmann: *Internationale Beziehungen*. – Opladen: Leske + Budrich, 2001

¹⁵² Die Äußerung stammt von dem linksliberalen früh verstorbenen Historiker des Kaiserreiches, Eckart Kehr, dessen Schriften von Hans-Ulrich Wehler erneut herausgegeben worden ist. Wehler selber, der noch in seiner

des Kaiserreiches aus, sehen aber eine wechselseitige Abhängigkeit von Innen- und Außenpolitik und räumen demzufolge den innenpolitischen Bestimmungsfaktoren der deutschen Außenpolitik¹⁵³ einen hohen Stellenwert ein. Die fehlende Liberalisierung und Demokratisierung des politischen Systems des Kaiserreiches wird für dessen „aggressive Defensivpolitik“ (Hans-Ulrich Wehler)¹⁵⁴ verantwortlich gemacht.

Kennzeichen der liberalen Theorie in den Internationalen Beziehungen ist, dass das Interesse des Liberalismus der Gesellschaft, der Innenpolitik gilt: „Nicht der Staatenwelt, ihrer Machtverteilung, ihren strukturellen Kooperationshindernissen oder ihren Institutionen, nicht der Weltgesellschaft oder der Weltwirtschaft, sondern der Welt der staatlich organisierten Gesellschaften gilt das vorrangige Interesse des (neuen) Liberalismus...Die Präferenzen der Staaten, also ihre Ziele, ihre Interessen, die Wahl der Mittel zur Verfolgung dieser Ziele und Interessen, ergeben sich aus ihrem gesellschaftlichen Umfeld. So wird die Reihenfolge von Ursache und Wirkung in der internationalen Politik umgekehrt: Nicht das internationale System bestimmt das Handeln der Staaten und ihre Präferenzen, die entscheidenden Akteure sind vielmehr Individuen und Gruppen, die ihren materiellen und ideellen Interessen nachgehen.“¹⁵⁵ Nicht umsonst wurde die Theorie des „Demokratischen Friedens“ von Liberalisten entwickelt.¹⁵⁶ So ist beispielsweise die starke Stellung des Militärs im wilhelminischen Staat eine Ursache für dessen „aggressive Defensivpolitik“ gewesen. Es lohnt sich also, die innere Struktur der wilhelminischen Gesellschaft anzuschauen und als Erklärungsmodell für das Verhalten des Kaiserreiches – wie oben dargelegt – zu benennen. Man könnte daher meines Erachtens sowohl Fischer als auch Wehler und Czempiel als „Liberalisten“ bezeichnen. Gemäß der liberalistischen Sicht hat der Erste Weltkrieg letztlich seine Ursache darin, weil mangelnde Demokratisierung und Liberalisierung der politischen Systeme des Kaiserreiches zu Spannungen führten, die sich im Krieg („Flucht in den Krieg“) entluden.

Die Gruppe um Zechlin, Hillgruber und Hildebrandt gehen vom „Primat der Außenpolitik“ aus. Sie lassen sich daher eindeutig der realistischen bzw. neo-realistischen Schule in den Internationalen Beziehungen zuordnen. Diese geht vom Interesse der Staaten, die als geschlossene Einheiten („Units“) definiert werden, aus, in der eine zentrale Autorität mit Gewaltmonopol fehlt. „Eine Stärke des strukturellen Realismus ist seine Sensibilität für die Zwänge des internationalen Systems bzw. der Staatenkonkurrenz“¹⁵⁷. Oberstes Ziel in der Außenpolitik der Staaten muss sein, das eigene Überleben in einer potentiell feindseligen internationalen Umwelt zu sichern. Staaten, die als einheitliche, rational kalkulierende Akteure aufgefasst werden, versuchen, ihre relative Machtposition in der Welt aufrechtzuerhalten oder gar auszubauen, wenn sie überleben wollen.¹⁵⁸

Im Sinne des Realismus bzw. des Neorealismus ist der Erste Weltkrieg entstanden, weil die beteiligten Staaten, insbesondere Deutschland, einen Verlust ihrer Rolle als Großmacht und eine Verschlechterung ihrer internationalen Position befürchteten. Genau dies ist die These Hillgrubers, Hildebrandts und Zechlins. Sie kann – wie die Äußerungen der beteiligten Akteure zeigen, hohe Plausibilität in Anspruch nehmen. Sie kann aber – ebenso wenig wie der

Publikation über das Kaiserreich von einem „Primat der Innenpolitik“ ausging, hat im Band 3 seiner Deutschen Gesellschaftsgeschichte stärker die Wechselwirkung zwischen Innen- und Außenpolitik betont.

¹⁵³ So ein Aufsatz von Wolfgang J. Mommsen in: „Der autoritäre Nationalstaat“, a.a.O., S. 316-357

¹⁵⁴ so in Wehler: Kaiserreich, a.a.O., S. 193

¹⁵⁵ vgl. Krell, a.a.O., S. 202 f.

¹⁵⁶ ebd., S.208 ff.

¹⁵⁷ ebd., S. 159

¹⁵⁸ Rosemarie Reusch/Holger Reusch: Internationale Beziehungen. – Darmstadt: Studiengemeinschaft, o. J., S.

Liberalismus – alleine eine befriedigende Erklärung für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges bieten.

Auch alle drei Denkschulen zusammen vernachlässigen etwas: den Faktor „Subjektivität“¹⁵⁹. Dies hat auch Gert Krell deutlich thematisiert: „Keine der bisher diskutierten Großtheorien – mit einer partiellen Ausnahme des politischen Realismus – kann erklären, warum sich Menschen in der Politik, gerade auch in der internationalen Politik, nicht nur nicht menschendienlich rational, also „vernünftig“, in einem aufgeklärt-humanen Verständnis, sondern häufig nicht einmal im engeren Sinne zweckrational verhalten. Zu oft sind die von ihnen verfolgten Interessen und die von ihnen vertretenen Ideen massiv selbstschädigend. Für diese Dimension ist die politische Psychologie zuständig. Ihr Fokus der Analyse ist die Bedeutung individueller und kollektiver Subjektivität für die Erklärung politischen Handelns.“¹⁶⁰

Mit Hilfe der politischen Psychologie kann – ergänzend zu den genannten Theorien der Politikwissenschaft, des [Neo-]Realismus und des Liberalismus, der Ausbruch des Ersten Weltkrieges am Handeln der Entscheidungsträger erklärt werden. In der Tradition von Robert Jervis hat sich insbesondere Richard Ned Lebow um eine Analyse der Juni-Krise 1914 mit Hilfe der kognitiven Psychologie bemüht. Dieser Erklärungsansatz soll im nächsten Kapitel vorgestellt werden, um dann zu klären, ob der Krieg hätte verhindert werden können. Die Analyse Lebows ist sicherlich nicht nur für die Entstehung des Ersten Weltkrieges, sondern für zahlreiche Konfliktursachen zwischen Menschen, Individuen, Gruppen und Staaten, von Interesse, da sie hilft, Konflikte deeskalieren zu lassen. Sie gibt auch eine Antwort auf die Frage, ob der Krieg vielleicht hätte verhindert werden können.

2.3 Hätte der Krieg verhindert werden können?

„Niemand ist so törricht, Krieg dem Frieden vorzuziehen, denn im Frieden begraben die Söhne die Väter, im Krieg aber die Väter die Söhne“¹⁶¹

Diese Frage kann bei der Ursachenvielfalt, die zu seiner Entstehung geführt hat, hier nur ansatzweise beantwortet werden. Von einem „Fatum größer als Menschenmacht“¹⁶² sprach Reichskanzler Bethmann Hollweg am 27. Juli 1914, als alle Nachrichten aus den europäischen Hauptstädten bereits das Scheitern seiner Realpolitik signalisierten. Doch der Krieg war kein unabwendbares Schicksal, so sehr sich die deutschen Militärs und Politiker diese Vorstellung auch eingeredet hatten.

Volker Ullrich bilanziert: „Welcher Weg aus der Krise hätte herausführen können, wird etwa in einem Gespräch des stellvertretenden französischen Außenministers Bienvenue-Martin mit dem deutschen Botschafter in Paris am 28. Juli deutlich: „Das beste Mittel zur Vermeidung eines allgemeinen Krieges sei die Verhinderung eines lokalen.“¹⁶³ Volker Ullrich bilanziert:

¹⁵⁹ Vgl. hierzu: Die vergessene Dimension internationaler Konflikte: Subjektivität / Redaktion: Reiner Steinweg u. Christian Wellmann. – Frankfurt am Main: Suhrkamp-Verl., 1990.

¹⁶⁰ Krell, a.a.O., S. 354

¹⁶¹ Herodot: Historien, Bd. 1, 87, zit. nach: Loretana de Libero: Antike Wege in den Krieg in: Wie Kriege entstehen, a.a.O., S. 25

¹⁶² Riezler-Tagebücher, hier zit. nach Ullrich, a.a.O., S. 260

¹⁶³ Immanuel Geiss: Julikrise und Kriegsausbruch 1914: Eine Dokumentation, 2 Bände. Hannover, 1963, Band II, Nr. 578 S. 187, hier zit. nach: Ullrich, a.a.O., S. 260

„Mit anderen Worten: Die Donaumonarchie musste auf die militärische Aktion gegen Serbien verzichten, zu der sie von Berlin gedrängt worden war, und sich mit der serbischen Antwortnote als Grundlage für weitere Verhandlungen zufrieden geben. Nur auf dieser Basis war Russland ein Disengagement ohne Gesichtsverlust zuzumuten. Das hätte jedoch zuallererst verlangt, dass die deutsche Reichsleitung von dem Grundgedanken ihrer Risikopolitik – nämlich Russland massiv herauszufordern und die Entente geradezu provokativ vor die Alternative Krieg oder diplomatische Demütigung zu stellen – Abstand nahm. Dazu aber war sie bis Ende Juli 1914 nicht bereit, und deshalb trägt sie eindeutig die Hauptverantwortung für die Entfesselung des Ersten Weltkrieges.“¹⁶⁴

Darüber waren sich die deutschen Machteliten während der ersten Monate und Jahre des Krieges durchaus im klaren. Ende August 1914 berichtete Arthur Gwinner, einer der Direktoren der Deutschen Bank, der beste Kontakte zur Reichsleitung unterhielt, seinem Gesprächspartner Admiral von Clapelle, dass man in Berlin „planmäßig darauf hingearbeitet“ habe, „Österreich fest zu engagieren, um seiner sicher zu sein“ Die ganze Aktion gegen Serbien sei doch von vornherein in solcher Form eingeleitet worden, dass der Konflikt unvermeidlich war...Sie haben ein gefährliches Spiel in der Wilhelmstrasse gespielt, wollten mit Russland ebenso verfahren wie in der Bosnischen Krise und haben sich geirrt.“¹⁶⁵ Wenig später äußerte er sich noch schärfer über die deutsche Politik in der Julikrise 1914: „Die ganze Art, wie der hochernste Zwischenfall von Sarajewo von Deutschland behandelt worden ist, war eine Dummheit, was im Staatshandwerk ein Verbrechen ist.“¹⁶⁶ Auch die deutschen Entscheidungsträger selbst haben gewusst, dass sie durch ihre eigene Politik den Krieg heraufbeschworen hatten: „Wir haben nicht geblufft“, versicherte Unterstaatssekretär Stumm dem Chefredakteur des Berliner Tageblatts, Theodor Wolff, im Februar 1915: „Wir waren darauf gefasst, dass wir Krieg mit Russland haben würden. Aber Österreich musste seine Sache mit Serbien doch endlich einmal austragen. Wenn der Krieg jetzt nicht gekommen wäre, hätten wir ihn unter schlechteren Bedingungen in zwei Jahren gehabt.“¹⁶⁷ Es war die Auffassung vorhanden, dass wenn Österreich sich das (die Ermordung des Erzherzogs) gefallen lasse, sei es keine Großmacht mehr. Reichskanzler Bethmann Hollweg selber äußerte nach seiner Entlassung 1918: „Ja Gott, in gewissem Sinne war es ein Präventivkrieg. Aber wenn der Krieg doch über uns hing, wenn er in zwei Jahren noch viel gefährlicher und unentrinnbarer gekommen wäre, und wenn die Militärs sagen, jetzt ist es noch möglich, ohne zu unterliegen, in zwei Jahren nicht Mehr! Ja die Militärs!“¹⁶⁸

Mit diesen Äußerungen schließt sich erneut der Kreis. Es zeigt sich, dass Wolfgang J. Mommsen mit seiner These, eine Vielfalt struktureller Ursachen, etwa eine Kriegsmentalität, das Weltmachtstreben, die innere Verfasstheit des wilhelminischen Deutschland sowie das ungeklärte Kompetenzverhältnis zwischen der Politik und dem Militär – dafür verantwortlich machen, dass die deutschen Handlungsspielräume vor 1914, sei es subjektiv oder objektiv, eingeschränkt worden waren.¹⁶⁹ Bethmann Hollweg spricht selber die Militärs direkt an. Sie haben für einen Präventivschlag plädiert. Sicherlich lässt sich auch – wie Stig Förster und Wolfgang J. Mommsen zeigen – eine Kriegsmentalität im deutschen Bürgertum

¹⁶⁴ Ullrich, a.a.O., S. 260

¹⁶⁵ A. von Tirpitz: Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkrieg, Hamburg; Berlin, 1926, S. 66, hier zit. nach: Ullrich, a.a.O., S. 261

¹⁶⁶ Lothar Gall: Die deutsche Bank 1870 bis 1995, München, 1995, S. S. 107, zit. nach: Ullrich, a.a.O., S. 261

¹⁶⁷ Theodor Wolff: Tagebücher 1914-1919. Boppard, 1984, Nr. 95S. 166 f., zit. Nach: Ullrich, a.a.O., S. 262

¹⁶⁸ W. Steglich: Die Friedenspolitik der Mittelmächte 1917/18, Bd. 1. Wiesbaden, 1964, S. 418, Anm. 3, zit. nach: Ullrich, a.a.O., S. 262

¹⁶⁹ Edgar Wolfrum: Krieg und Frieden in der Neuzeit: Vom westfälischen Frieden bis zum Zweiten Weltkrieg. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2003, S. 102, Mommsens Aufsatz: Der Topos..., a.a.O. zusammenfassend.

nachweisen.¹⁷⁰ Auch die Legitimationsprobleme im politischen System des deutschen Kaiserreiches haben den Kriegsausbruch begünstigt, vor allem der Zutritt der konservativen Eliten zum Kaiser und dessen Vorliebe für das Militär.

Aber alle diese schon erwähnten Aspekte greifen meines Erachtens zu kurz. Entscheidend waren ausgeprägte Dichotomie, Denken in Freund-Feind-Kategorien und mangelnde Vertrauensbildung im internationalen Staatensystem, die zu den Fehlwahrnehmungen und –kalkulationen der Akteure führten. Zum einen führte dies zu einem Sicherheitsdilemma, wie Jack L. Snyder gezeigt hat. Die eigene Sicherheit konnte nur auf Kosten anderer Staaten erkaufte bzw. erhalten werden. Wie Jack L. Snyder gezeigt hat¹⁷¹, handelt es sich um ein nicht friedlich aufzulösendes Sicherheitsdilemma, mutmaßlich um das sogenannte „Imperialist's dilemma“. „At least one of the states in the system desires to expand, even if this entails some risk to its security“ und er bilanziert denn auch am Ende: „In sum, world War I can plausibly be viewed as a preventive and perhaps preemptive war in which decisions to capitalize on windows of opportunity foreclosed the search for solutions short of war. In this sense, the war can be seen as the consequence of a security or imperialist's dilemma, not just a deadlock of inexorably opposed interests.“¹⁷²

Doch wie kommt dieses zustande? Letztlich durch einen Mangel an Vertrauen. Gert Krell schreibt über „Fehlwahrnehmungen und Fehlkalkulationen“: In den internationalen Beziehungen reagieren die Akteure nicht unvermittelt auf die Handlungen anderer Akteure. Sie müssen deren Handlungen interpretieren, und erst auf der Grundlage dieser Interpretationen können sie selbst aktiv werden. Die Interaktionen haben also nicht nur eine strategische, sondern auch eine symbolische Dimension. Jeder Entscheidungsprozess über eine (Re-)Aktion beginnt mit der Verarbeitung von Informationen, keineswegs nur ein passiver Vorgang, sondern ein aktiver Prozess der Konstruktion von Realität. Denn Informationen müssen erkannt, ihre Relevanz für die anstehende Problematik muss eingeschätzt werden. Neue Informationen sind in bereits vorhandenes Wissen zu integrieren, dieses Wissen muss aktualisiert, erweitert oder verändert werden. Dieser Prozess der Informationsverarbeitung – und hier beginnt der Unterschied zum Konstruktivismus – folgt nicht unbedingt strengen Kriterien der Rationalität.¹⁷³

Richard Ned Lebow hat die Kurzsichtigkeit und Irrationalität der deutschen Reichsleitung in der Juli-Krise hervorragend in seinem schon mehrfach zitierten Aufsatz herausgearbeitet.¹⁷⁴ Er stellte folgende „Fehler“ der Reichsleitung fest: Sie sei durch frühere Erfolge „blind“ gewesen und habe neue Sachverhalte – wie die Änderung des russischen Verhaltens 1914 gegenüber 1909 – nicht zur Kenntnis genommen. Sie habe Realitäten bewusst nicht zur Kenntnis genommen, weil sie unabhängige Meinungen und von ihren Illusionen abweichende Meinungen nicht ertragen wollten. So kritisierten die deutschen Diplomaten Missstände selbst dann nicht, wenn sie wussten, dass sie der Realität Hohn sprachen¹⁷⁵ Die Reichsleitung war daher auch nicht bereit, warnende Hinweise, die zu einer Änderung ihrer „Politik des kalkulierten Risikos“ hätte führen können, aufzunehmen.

So gab sich die deutsche Führung nach Auffassung Lebows¹⁷⁶ der Illusion hin, England werde im kommenden Konflikt neutral bleiben, obwohl ihr Botschafter das Gegenteil versichert

¹⁷⁰ Förster: Die Ursachen..., a.a.O., S. 237

¹⁷¹ siehe oben

¹⁷² Snyder, a.a.O., S. 178

¹⁷³ Krell: Weltbilder und Weltordnung, a.a.O., S. 362

¹⁷⁴ Lebow, a.a.O.

¹⁷⁵ ebd., S. 207

¹⁷⁶ die abweichende Meinung Mommsens und Ullrichs habe ich oben dargestellt

hatte. Wunschdenken und Realitätsferne, verbunden mit übertriebener Zuversicht kennzeichneten die Politik der deutschen Reichsleitung in der Julikrise. Erst, nachdem ihre Illusionen zerstoßen waren, führte dies zu Angstreaktionen beim Reichskanzler am 29. Juli bzw. zu abwehrendem Ausweichen beim Kaiser. Schuld trugen die anderen für die Situation (England, Russland) nur nicht man selbst. Fazit: „Unsere Fallstudie lässt vermuten, dass die kognitiven Verzerrungen der deutschen politischen Führung ein wesentlicher Grund für das Scheitern der deutschen Politik waren. Sie führten anfangs zu einer Strategie, die unrealistisch war, da sie auf irrigen Annahmen gründete, was die Reaktion der anderen Mächte auf einen österreichischen Versuch, Serbien zu unterwerfen, anbetraf. Sie waren ferner verantwortlich dafür, dass die deutsche Führung nicht das Ausmaß ihrer Fehleinschätzungen erkannte, als sich die Krise entfaltete. Entsprechende Hinweise wurden bis zur äußersten Zuspitzung der Krise entweder unterdrückt oder ignoriert. Als ihre lieb gewonnenen Illusionen schließlich zerstört wurden, erlitt die deutsche Führung einen enormen Verlust an Selbstvertrauen, was zu unkontrolliertem und unverantwortlichem Handeln führte. Aufgrund ihrer nahezu vollständigen Lähmung entglitt der politischen Führung Deutschlands in den schicksalsschweren Stunden der Krise die Kontrolle über den politischen Kurs. Dieser Zusammenbruch des politischen Entscheidungsprozesses hatte zur Folge, dass das auf Mobilmachung drängende Militär bei der politischen Führung nur auf schwachen Widerstand stieß und im Endeffekt die Entscheidungen fällte, die Europa in einen furchtbaren Krieg stürzten, den fast niemand gewollt hatte und der vermutlich zu vermeiden gewesen wäre.“¹⁷⁷

Woher kommen diese Fehleinschätzungen? Robert Jervis, der eines der besten und bekanntesten Bücher über „Perception and Misperception“ in der internationalen Politik geschrieben hat, nennt dieses Phänomen: „the Belief That the Other understands that you are not a threat.“¹⁷⁸ Das ist die Psycho-Logik, die das Sicherheitsdilemma...auf der subjektiv-emotionalen Ebene verschärft. Denn wenn ich fest davon überzeugt bin, dass meine Rüstung gar nicht als Bedrohung gedeutet werden kann, weil ich ja defensiv bin und nur auf die Rüstung der anderen Seite reagiere, dann kann ich gar nicht anders, als die Rüstung der anderen Seite als böse, d.h. als Ausdruck aggressiver Absichten zu deuten – denn warum sollte die sonst auf meine Rüstung reagieren?¹⁷⁹ Genau dies geschah ja auch vor dem Krieg: die Militärs forderten einen Präventivschlag, weil sie auf das als Bedrohung wahrgenommene Rüstungsprogramm Russlands reagierten und eben 1914 – und nicht 1916 das „Window of opportunity“ (Jack L. Snyder) zum Losschlagen entdeckten.

Warum reagierten die Akteure in Deutschland so realitätsfern und kurzfristig?¹⁸⁰ In den internationalen Beziehungen ist „information overload“ heute ein besonderes Problem. Zwar ist grundsätzlich jedes Individuum damit konfrontiert, denn die Wahrnehmungspsychologie hat gezeigt, dass jeder Mensch nur einen geringen Teil der Signale aufnehmen kann, die ihm die Umgebung liefert. Er ist deshalb zur Informationsauswahl gezwungen. Diese verzerrt die Wahrnehmung. Mehrere Studien haben einen Zusammenhang zwischen dem Komplexitätsgrad in der Informationsverarbeitung politischer Entscheidungsträger und dem Konfliktverhalten von Staaten festgestellt:¹⁸¹

Rigidität, also voreingenommene und starre Interpretation von äußeren Stimuli, Abwehr dissonanter Informationen, autoritäre Entscheidungsstrukturen und Prestigedenken korrelieren mit Gewaltbereitschaft und Konflikteskalation. Krell schreibt: „Die hier thematisierten

¹⁷⁷ Lebow, a.a.O., S. 231/232

¹⁷⁸ Robert Jervis: Perception and Misperception in International Politics, Princeton, N.J. 1976, S. 57 ff. und 357 f., hier zit. nach: Krell: Weltbilder, a.a.O., S. 365

¹⁷⁹ ebd.

¹⁸⁰ Lebow, a.a.O., S. 203

¹⁸¹ ich folge in diesem Abschnitt den interessanten Ausführungen von Gert Krell: Weltbilder, a.a.O., S. 360 f.

kognitiven Mechanismen bei der Informationsverarbeitung gelten für alle Phasen von Entscheidungsprozessen einschließlich der Zeit danach – auch dann, wenn sich eine Entscheidung als ungünstig oder gar verheerend herausgestellt hat. Besonders dann, wenn schwere Entscheidungen getroffen werden müssen oder die Wahl zwischen wenig attraktiven Alternativen ansteht und eine weitere Verschiebung nicht mehr möglich ist, greifen politische Entscheidungsträger zu Strategien der Informationsselektion. Die getroffene Wahl wird abgedeckt, durch Wunschdenken, durch Ignorieren oder Abwerten konkurrierender Informationen. Besonders massiv wirken diese Mechanismen, wenn eine Regierung schon sehr viel in eine bestimmte Richtung mit entsprechenden Entscheidungen investiert hat. „Entrapment“ nennt man eine Situation, in die sich Entscheidungsträger mehr oder weniger bewusst hineinmanövriert haben und aus der sie nur mit erheblichen realen oder symbolischen Verlusten wieder herauskommen. „Augen zu und durch“ wird dann, salopp formuliert, die Devise. Das oben zitierte Beispiel aus der Julikrise von 1914 kommt einem solchen Prozess sehr nahe.¹⁸² Richard Ned Lebow und Janice Gross Stein haben dies am Verhalten der sowjetischen Führung während der Kuba-Krise gezeigt¹⁸³ Dies lässt sich ebenso an der Juli-Krise 1914 nachweisen.

Ein weiterer Faktor der Krisenverschärfung war, dass die Blockbildung so weit fortgeschritten war, dass lediglich in Freund-Feind-Bildern gedacht wurde. Dichotomie und Schwarz-Weiß-Denken prägte die Sicht der Akteure. Feindbilder entstehen vor allem, wenn Wir-Bildungen nicht durch Dialog und Kompromiss entstanden sind (wie das Bündnissystem 1914), sondern diese Wir-Bindung aufgezwungen ist bzw. künstlich hergestellt werden muss. Dann muss der Zusammenhalt durch ständige Beschwörung von Bedrohungen politisch (pseudo-)stabilisiert werden: „Das Böse, das man an sich selbst nicht mag, kann man bekanntlich vortrefflich an anderen bekämpfen.“¹⁸⁴

Stavros Mentzos hat dazu geschrieben: „Nehmen wir folgendes an: Angehörige einer Nation werden von einem inneren Konflikt bewusst oder halb bewusst gequält. Einerseits lieben und mögen sie sich selbst und ihre Nation im Sinne eines „gesunden“ Narzissmus und sie sind stolz auf sich. Andererseits aber haben sie aufgrund verschiedener Vorkommnisse Schuldgefühle und schämen sich, bis hin zu Verachtungsgefühlen. Wird nun eine andere Nation, der Regierungschef einer anderen Nation oder ein Diktator, also eine besonders negative Figur, als „Böser“ wahrgenommen, so ergibt sich wie bei den individualpsychologischen Beispielen die große Versuchung, das Böse und Gute in sich selbst aufzuspalten, den bösen Anteil nach außen zu projizieren und ihn in einem dritten Schritt dann auch zu bekämpfen. Je mehr diese andere Nation oder der Diktator auch objektiv „böse“ ist oder auch dazu verführt wird, noch „böser zu sein, desto mehr eignet sich diese Person für eine real abgesicherte Projektion, desto eher werden wir es also mit einer Realexternalisierung zu tun haben. Jetzt handelt es sich nicht um eine einfache Phantasie, sondern um eine Überzeugung, die – durch die Realität begünstigt – sehr resistent gegen Deutungen wird.“¹⁸⁵

¹⁸² Krell, a.a.O., S. 360/61

¹⁸³ Richard Ned Lebow/Janice Gross Stein: We all lost the Cold War. - Princeton: Univ.-Pr., 1994, insbesondere Kapitel 4: Why did Khrushchtshev miscalculate?, S. 67-93

¹⁸⁴ Krell, a.a.O., S. 366

¹⁸⁵ Stavros Mentzos: Der Krieg und seine psychosozialen Funktionen. – Frankfurt am Main, 1993, S. 150 ff. zit. nach: Krell, a.a.O., S. 367. Krell merkt an: Mentzos konnte nicht ahnen, wie hoch aktuell sich seine Analyse auch im neueren Konflikt speziell zwischen den USA und dem Irak erweisen würde. Die aktive Mitwirkung des Westens, insbesondere der USA, am Aufstieg und an den Untaten des Diktators, einschließlich seines Erwerbs und Einsatzes von Massenvernichtungswaffen, wird gerade in der Rhetorik von US-Präsident Bush jr. Auf eine schon fast neurotisch-bigotte Art und Weise verleugnet.

Die Reaktion Kaiser Wilhelms II. zeigt genau diese Art „abwehrendes Ausweichen und Projektion auf Feindbilder an, wie sie Mentzos beschreiben hat: „England, Russland und Frankreich haben sich verabredet [...] den Österreich-Serb[ischen] Konflikt zum Vorwand nehmend gegen uns den Vernichtungskrieg zu führen.“¹⁸⁶ Mommsen weiter: „Das es eher umgekehrt war, wollte der Kaiser sich nicht eingestehen.“¹⁸⁷ Lebow konstatiert: „Das ganze Ausmaß der Paranoia des Kaisers enthüllte sich an diesem Abend in seiner ausführlichen Randbemerkung auf dem Telegramm, indem Pourtales mitteilte, dass die (gegen Österreich gerichtete) russische Teilmobilmachung nicht mehr rückgängig gemacht werden könne. Nun erschien der Krieg als unvermeidliche Katastrophe, für die der Kaiser ein gerüttelt Maß an Verantwortung trug. Seit seiner Thronbesteigung hatte er wiederholt versucht, Frankreich und Russland zu demütigen, und hatte England herausgefordert, indem er unsinnigerweise dessen Überlegenheit zur See in Frage gestellt hatte. Mehr noch als seine Politik hatten Wilhelms aggressive Reden Deutschlands Nachbarn dazu gebracht, ihre Streitigkeiten untereinander zu begraben und sich zusammenzuschließen, um sich zu schützen. Im Verlauf der Krise selbst hatte der Kaiser Österreich freie Hand gegeben und alle englischen Vermittlungsangebote verschmäht. Da er unfähig war, den Bankrott seiner Politik zuzugeben, verschaffte er sich mit einer traumatischen projektiven Entladung Erleichterung.“¹⁸⁸

Um Kriege zu vermeiden, ist es also notwendig, realistisch die gegebene Situation einschätzen zu können. Dies setzt voraus, die Realitäten so zu sehen, wie sie sind und auch unbequeme Wahrheiten an sich herankommen zu lassen. Es setzt aber auch Vertrauen voraus und das Schaffen von Vertrauen. Ein Verharren in Feindbildern und Stereotypen führt bei Konflikten rasch zu einseitiger Wahrnehmung und Eskalation. Unabhängige Berater, eine Vielfalt an Meinungen, die in Gremien diskutiert werden und vorgetragen werden, sind also notwendig, um aus dem „information overload“ die relevanten und wichtigen Informationen herauszufiltern und zu realitätsnahen und sachorientierten Entscheidungen zu kommen. Wunschdenken und Realitätsverweigerung haben darin keinen Platz. Hierzu gehört auch die realistische Einschätzung der Handlungen der anderen Macht. Wenn wir unterschiedliche Maßstäbe anlegen zur Bewertung des eigenen bzw. fremden Verhaltens, ist dies ein Schritt zur Eskalation.

Gert Krell schreibt: „Als „fundamentaler Attributionsfehler“ – das gilt für Individuen wie für Gruppen – wird die Überbewertung von Charaktereigenschaften bei gleichzeitiger Unterschätzung situationsbedingter Faktoren im Verhalten des Gegenüber bezeichnet. Diesen „Attributionsfehler“ finden Sie auch in der internationalen Politik. So hat ein großer Teil der westlichen Politiker im Ost-West-Konflikt negative Verhalten der Sowjetunion eher aus dem Regime-Charakter der UdSSR zu erklären versucht als aus bestimmten situativen Zwängen und Notlagen, in die sich die sowjetische Führung begeben hatte. Umgekehrt wurden bei vergleichbarem Verhalten auf der eigenen Seite die situativen Züge hervorgehoben. Ein häufig genannter Fall ist der Abschuss eines koreanischen Zivilflugzeuges über Sibirien durch sowjetische Luftabwehrraketen im Jahre 1983, bei dem 269 Menschen ums Leben kamen, und der Abschuss einer iranischen Maschine im Golf durch die amerikanische Marine 1988 mit 290 getöteten Zivilisten. Das erste Ereignis interpretierte US-Präsident Reagan als Beweis für die Barbarei und den Militarismus der Sowjetunion, das zweite als einen tragischen, aber verzeihlichen Fehler, der auf unglückliche Umstände zurückzuführen sei. Ein ähnlicher und sehr bekannter Mechanismus ist der „double standard“, das zweierlei Maß mit dem dasselbe Verhalten bewertet wird. Mein Lieblingsbeispiel dafür ist die Technologie der Mehrfachgefechtsköpfe, mit denen im Laufe der 1970er Jahre zunächst die

¹⁸⁶ Mommsen: War der Kaiser..., a.a.O., S. 220

¹⁸⁷ ebd.

¹⁸⁸ Lebow, a.a.O., S. 228

Interkontinentalraketen der USA und dann auch die der UdSSR ausgestattet wurden. Präsident Nixon bezeichnete in einer Rede von 1975 die schon existierenden amerikanischen Mehrfachsprengköpfe als eine stabilisierende defensive Waffe, eine mögliche sowjetische MIRV-Entwicklung aber als destabilisierend, als einen Beweis für Erstschlagsbestrebungen.¹⁸⁹

Die Rüstungsspirale der Mittelmächte und der Entente in den Zeiten der wachsenden Spannung nach 1904 kann daher ebenso unter diesem Aspekt des „Attributionsfehlers“, aber auch unter dem Aspekt des „Sicherheitsdilemmas“ erklärt werden. Die Angst vor der wahrgenommenen russischen Bedrohung durch seine Rüstung verdeckt, dass die deutsche Rüstung ebenso bedrohlich auf die Nachbarn wirken musste. Die Rüstungsausgaben des deutschen Reiches stiegen zwischen 1880 und 1913 um 360%. Wie schon 1875 beanspruchten sie bei stark anwachsenden Reichseinnahmen auch 1913 noch 75 % des Gesamtbetrages. Mithin wurden drei Viertel des Reichsetats 1913 für Rüstungszwecke ausgegeben, für alle anderen Zwecke blieben 25% übrig.¹⁹⁰

Das gegenseitige Misstrauen forcierte – insbesondere nach der zweiten Marokko-Krise von 1911 - eine Rüstungsspirale insbesondere zwischen Deutschland, Frankreich und Russland¹⁹¹, die schließlich ihr Ziel, die Konfliktvermeidung durch Abschreckung herbeizuführen, nicht mehr erreichte, da der Erste Weltkrieg – wie oben gezeigt wurde – als „Flucht nach vorn“ begriffen wurde. Die deutsche Reichsleitung glaubte, den Prozess einer ständigen Verschlechterung der internationalen Position des Reiches umkehren zu müssen. Man glaubte an die Unvermeidlichkeit des Krieges, der – je später er geführt werde – zu schlechteren Bedingungen geführt werde, weil die Koalition der „Feinde“ dann stärker wäre und die deutsche Reichsleitung nur so überzeugt war, ihre Bewegungsfreiheit als Großmacht zu bewahren. Diese Deutung Egmont Zechlins und anderer Historiker erscheint mir – nach den zitierten Äußerungen – durchaus plausibel zu sein.

All diese Faktoren – neben den in Kapitel 2.2: Julikrise genannten, von den Historikern benannten Ursachen, trugen zur Krisenverschärfung und schließlich zum Ausbruch des Krieges bei. Daraus kann nur die Lehre gezogen werden: Vertrauensbildung und der Abbau von Feindbildern sind wichtig, um Konflikte zu vermeiden bzw. konstruktiv zu lösen und deren Eskalation zu verhindern. Dies setzt voraus, die Absichten des anderen zu verstehen und dessen Interessen, definiert als legitime Bedürfnisse, zu akzeptieren und zu einem allseitigen Kompromiss zu kommen. Wären diese Lehren beherzigt worden, hätte meines Erachtens der Erste Weltkrieg vermieden werden können¹⁹².

Bernhard Nowak
An der Obermühle 15
63322 Rödermark
06.02.05

¹⁸⁹ Krell, a.a.O., s. 364

¹⁹⁰ Wehler: Kaiserreich, a.a.O., S. 146

¹⁹¹ vgl. etwa Haffner: Die Todsünden..., a.a.O., S. 30

¹⁹² Natürlich gilt dies nicht in sogenannten „Deadlock“-Situationen (Jack L. Snyder), d.h. in Situationen, in denen ein Beteiligter in jedem Fall Krieg bzw. die bewaffnete Auseinandersetzung will (klassisches Beispiel: Hitler 1938/39). Dieses „Sicherheitsdilemma“ ist nicht durch Vertrauensbildung auflösbar.